ES leuchtet – Weltwirtschaft in Turbulenzen

▶ Außerdem: ▶ Islam und Revolution ▶ Schulden und Deutschland ▶ Keynes und Kritik ▶ Magie und Realismus ▶ Fanon und Feminismus ...

iz3w ◀

▲ blätter des informationszentrums 3. welt



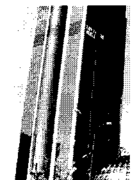


In dieser Ausgabe

Schwerpunkt:

Weltwirtschaft in Turbulenzen

Politik und Ökonomie



Kultur



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

FernWeh – Forum Tourismus & Kritik

»Neue Wege in die Traumzeit – Die Aborigines sind es leid, von weißen Touristikern vermarktet zu werden«, frohlockt der Titel einer Reisereportage. Die Bildunterschrift verspricht: »Zur Olympiade 2000 in Sydney wollen Australiens Fremdenverkehrsmanager ein korrektes Bild ihres Volkes weitergeben.« Der Einsatz »seriöser Aboriginal Guides« soll »das Volk vor der Zooperspektive bewahren und ein authentisches Bild über die letzten Überlebenden aus der Urzeit der Menschheit« garantieren. Versprechungen wie diese geben seit Jahren Anlaß zu einer Hinterfragung nicht nur des konventionellen Tourismusgeschäftes. Das Zugpferd der wirtschaftlichen Effizienz beherrscht auch den Markt der alternativen Reiseanbieter, die längst zu einer Kommerzialisierung der »vergessenen Naturparadiese« und der »unwiderstehlichen Exotik« kultureller Ausdrucksformen beitragen.

Das wachsende Angebot der sanftgrünen Reisen in den letzten 10 Jahren ist auch ein Ergebnis der Auseinandersetzung mit der Tourismusbranche. Ein Blick auf den Boom des internationalen Fernverkehrs, auf die ungebremste Reiselust und die zunehmend schamlose Vermarktung von freundschaftlichen Kontakten mit den Einheimischen verrät jedoch, daß für die Tourismuskritik noch lange kein Ende in Sicht ist. Das **iz3w** bietet nun dem *Trouble in Paradise* – so der Titel des 1997 im **iz3w**-Verlag erschienenen Buches zum Tourismus in die Dritte Welt – ein Diskussionsforum: Seit Januar 1999 besteht im **iz3w** das von der EU finanzierte Projekt ***FernWeh – Forum Tourismus & Kritik***.

Es geht uns dabei um die Auseinandersetzung mit dem Tourismus als ökonomisches, ökologisches und kulturelles Phänomen. Sie sollte drei Perspektiven integrieren:

Erstens kann die Kritik des Tourismus in die Dritte Welt nicht in den engen Wänden der westlichen Vorstellungen geschmiedet werden. Ohne Austausch mit den Sichtweisen aus den bereisten Ländern wird es weder eine ernstzunehmende Strategie für verträglichen Tourismus noch eine fundierte wissenschaftliche Theorie über den Tourismus geben. Wir verstehen uns als Plattform für VertreterInnen der betreffenden gesellschaftlichen Gruppen und für tourismuskritische NGOs aus den bereisten Ländern. Den bekannten Schwierigkeiten und den unvorhersehbaren Hürden zum Trotz streben wir eine Vernetzung der europäischen Tourismuskritik mit den Sichtweisen und Wünschen der Bereisten an.

Zum zweiten sollte die tourismuskritische Debatte jetzt, da nachhaltiger, integrativer und sanfter Tourismus als Schlagwort in aller Munde ist, nicht bei der Korrektur des konventionellen Reiseangebotes stehenbleiben. Die Vergabe von Gütesiegeln als Instrument der Festschreibung von Öko- und Sozialstandards auf der Mikroebene und die Diskussionen über völkerrechtlich verbindliche Richtlinien für eine zukunftsfähige Entwicklung des Tourismus auf der internationalen Ebene bestimmen zu Recht die tourismuskritische Lobbyarbeit. Doch es wäre ein Fehler, den Blick in die eine Richtung zu beschränken. Mit innovativen Konzepten, angepaßten Technologien und partizipativen Instrumenten alleine lassen sich die negativen Auswirkungen des touristischen Sektors nicht kompensieren.

Daher werden wir uns mit den vielfältigen Motivationen der Reiselust hier vor Ort in der reisenden Gesellschaft beschäftigen. Da rassistische Bilder und Verhaltensweisen in Deutschland und in Europa die Formen des Tourismus wesentlich prägen, wird eine Reflexion exotistischer Sichtweisen auf »fremde Kulturkreise« auch im eigenen Land Teil unserer Arbeit sein. Es geht um das Selbstbild des Touristen und die Notwendigkeit für tourismuspolitische Bildungsarbeit vor der eigenen Haustür.

Drittens will das *Forum Tourismus & Kritik* durch interdisziplinäre und publizistische Arbeit dazu beitragen, die Lücke zwischen der wissenschaftlichen Theorie des Tourismus und der Praxis der politischen Akteure, die sich über die Formulierung von Leitlinien und Positionspapieren an der Entwicklung einer verantwortungsvollen Tourismusstrategie beteiligen, zu schließen.

Um bei derart hehren Vorstellungen nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren, soll die Reflexion über Tourismuskonzepte in der Entwicklungspraxis ein zusätzlicher Arbeitsschwerpunkt des Projektes sein. Nicht zuletzt ist Tourismus nämlich ein zunehmend wichtiger Faktor in der Entwicklungszusammenarbeit, sei es als Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung, sei es als Strategie des Naturschutzes zum Erhalt fragiler Ökosysteme oder als Rettungsperspektive für indigenes Wissen.

Mir dieser kurzen Beschreibung von *FernWeh* möchten wir alle Interessierten zur Mitarbeit einladen.

Das FernWeh im iz3w

Keynes und Kritik

Radikalreform statt Radikalkritik

von **Ulrich Brand**

► In der letzten Ausgabe der iz3w stritten Georg Lutz und Jörg Später in ihrer Kontroverse über den Keynesianismus. Vor allem ging es dabei um das Verhältnis von Markt und Staat. Uli Brand, Mitglied im »Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft« des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), greift die begonnene Debatte auf und sucht nach politischen Handlungsmöglichkeiten. Martin Janz, Mitarbeiter der iz3w, sieht dagegen eine Auseinandersetzung zwischen Theorie und Praxis in den Beiträgen aus der iz3w 234, die bloßes »Pingpong« sei. Sein Schwerpunkt liegt auf der Kritik.

Weitere Positionen und Auseinandersetzungen um Keynes finden sich im Themenblock dieser Ausgabe. Denn die Wirtschaftskrisen in Japan, Südostasien und Rußland hängen genauso mit der alten, neuen Debatte zusammen wie die Börsenkrisen des vergangenen Herbstes. Die Frage nach der Rolle des Staates zieht sich durch die Beiträge des Themenschwerpunkts.

► In den Feuilletons und Wirtschaftsteilen der Tages- und Wochenzeitungen wird ein bißchen Kapitalismuskritik wieder schick. *Die Zeit* veröffentlicht seit November letzten Jahres eine Serie zur »Krise des Marktes«, derzufolge heute große Brüche zu beobachten seien: »Neoliberale Lehren und die Angebotspolitik wirken entzaubert, Keynes' Theorien und die Nachfragesteuerung erleben ein Comeback.« Der Zürcher *Tagesanzeiger* (16.11.98) sieht einen »neu entfachten Titanen-Streit der Ökonomen« um die Frage, wie Wohlstand geschaffen wird. Nicht mehr durch das freie Spiel der Marktkräfte, in denen der Staat nur störend wirke (so jahrzehntelang die neoliberale Ideologie), sondern durch »mehr Staat«, um die Fehler »des Marktes« auszugleichen. Kurzum: »Die Ideen von Keynes kehren zurück.« Nur der *FAZ* (28.11.98) ist das natürlich alles viel zu staatsgläubig und die Debatte um eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik eine »Ergebenheitsbekundung an den Zeitgeist«.

Beim Bezug auf Keynes geht einiges durcheinander, denn dessen Erbe ist umstritten. Zunächst gibt es weder in der wirtschaftswissenschaftlichen noch in der wirtschaftspolitischen Diskussion »den« Keynesianismus. Theoretisch und politisch progressive LinkskeynesianerInnen wie Joan Robinson sind mit ihren Argumenten kaum mit den sog. Monetärkeynesianern zusammenzubringen, die extrem anschlußfähig sind an die heute dominierende Neoklassik. »Keynes« scheint heute eher ein Label zu sein für eine Abwendung von orthodoxen neoklassisch-neoliberalen Vorstellungen hin zu staatlichen Nachfrage und Umverteilungspolitiken. Das ist die Essenz aller neokeynesianischen Beiträge, die allesamt keine Neuauflage des »alten« Keynesianismus wollen, sondern eine dem heutigen Kontext angemessene Weiterentwicklung. Dabei ist der Grad der Abwendung genauso unterschiedlich wie die Antwort auf die Frage, was denn heute genau der vielbeschworene sich verändernde Kontext ist.

Auch im kapitalismuskritischen linken Spektrum scheint eine Debatte um »den« Keynesianismus zu beginnen, so etwa in der letzten *iz3w* mit kontroversen Beiträgen von Jörg Später und Georg Lutz. In entscheidenden Punkten würde ich beiden Recht geben. Letzterem in seinem Insistieren darauf, daß es um die schwierige Suche nach Anknüpfungspunkten einer radikalen Reformpolitik geht. Allerdings scheint bei ihm ein Verständnis von Staat auf, das diesen als relativ homogenen Akteur im Interesse gesellschaftlicher Allgemeininteressen konzeptualisiert. Später hingegen ist kritischer in seinem Verständnis des kapitalistischen Staates, der keine neutrale Instanz ist, die quasi Probleme zum Wohle aller bearbeitet. Allerdings reduziert er den Staat auf seinen Herrschaftscharakter und vergißt dabei, daß Herrschaftsverhältnisse außer in diktatorischen Ausnahmesituationen auf gesellschaftlichen Konsens angewiesen sind, ja der Staat diesen Konsens zentral mitorganisiert. Insofern bleibt die Staatsanalyse unvollständig und versprerrt den Blick auf politische Handlungsmöglichkeiten (womit keinem Etatismus das Wort gesprochen werden soll). Aus der Sicht eines radikalen Reformismus geht es darum, die historisch-konkreten Formen der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften zu erfassen, um soziale Kräfteverhältnisse einschätzen und verändern zu können – in der Perspektive, die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden. Späters Argumentation bleibt gegenüber einer solchen Perspektive zu abstrakt, und seine politische Konsequenz müßte eigentlich die der »Anti-Politik« sein. Allenfalls eine radikale Kritik ohne Handlungsperspektive verbleibt als mögliche Form kapitalismuskritischer Politik.

Eine Zeitlang krisenfrei

► Es ist m.E. verkürzt, nur auf die materialistische Staatstheorie und einen allgemeinen Kapitalismusbegriff zurückzugreifen, um den keynesianischen oder fordistischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit und die heutigen Umbrüche zu erklären. Historisch evident ist, daß in einer bestimmten historischen Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg sich als Folge sozialer Kämpfe ein Klassenkompromiß etablierte, der auf die Entwicklung eines Binnenmarktes und bestimmte staatliche Politiken setzte. In dieser Phase war eine keynesianische Politik funktional für dynamische Kapitalakkumulation und deren institutionelle Einbettung. Der Kern des Fordismus bestand darin, daß die Produktivität der Arbeit immens erhöht wurde durch eine neue Form der Arbeitsorganisation (Taylorismus) und durch die tiefgreifende Umgestaltung der Lebensverhältnisse. Die Subsistenzproduktion als dominante Form der Lohnabhängigen, sich vor dem Fordismus zu reproduzieren, wurde durch den Konsum kapitalistisch produzierter Waren ersetzt. Insofern war die Herausbildung des Massenkonsums ein wesentlicher Bestandteil der fordistischen Dynamik. Es erfolgte eine gleichgerichtete und dynamische Entwicklung der Produktion von Produktions- und Konsumgütern (volkswirtschaftlich gesprochen: von Abteilung 1 und Abteilung 2) und damit einhergehend von Produktions- und Konsumnormen. Dies war ein entscheidender Grund, warum sich der Nachkriegskapitalismus eine zeitlang krisenfrei entwickelte. Er war zwar in weltweite Verhältnisse eingebunden, aber wesentlich binnenzentriert und vom Staat mit abgesichert. Der Keynesianische Wohlfahrtsstaat war somit entscheiden-

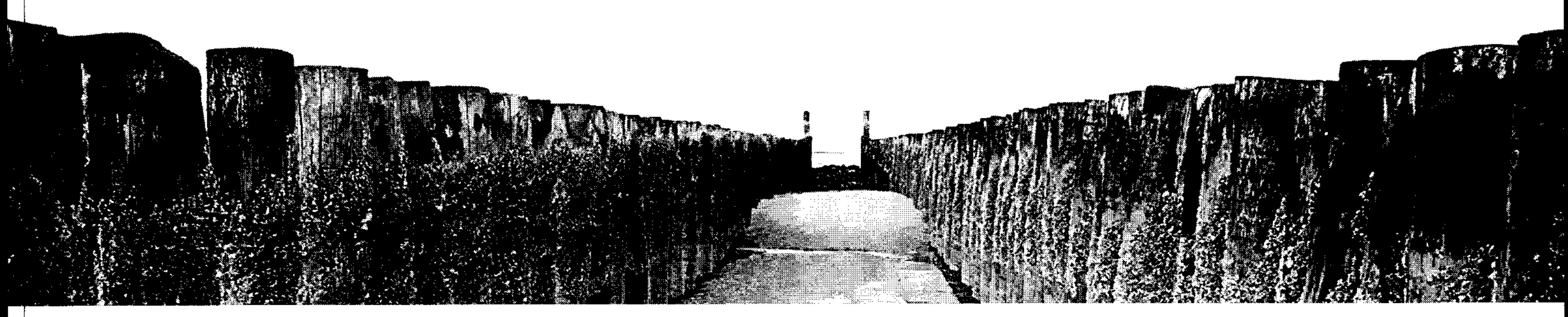


Foto: H. Sachs/version

der Teil des Fordismus, aber eben nur ein Teil. Gerade das ändert sich heute. Die Krise der letzten Jahrzehnte ist keine Wachstums- und Konjunkturkrise, wie die Neo-Keynesianer behaupten, sondern ein viel umfassenderer Bruch, dem eben nicht nur mit anti-zyklischer Krisenpolitik zu begegnen ist. Die Internationalisierung der Produktion und der damit einhergehende radikale Umbau der Gesellschaften sind umkämpfte und durchaus widersprüchliche Strategien zur Überwindung der Krise des Fordismus – politisch und ideologisch durch das abgesichert, was neoliberale Politik genannt wird. Diese machen eine nationalstaatliche Steuerung der Nachfrage im Sinne von Keynes schwieriger. Der Staat als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen ist heute in der Tat ein Wettbewerbs- und Leistungsstaat. Der nationalstaatliche Raum ist gerade nicht mehr relativ abgeschottet und nationalstaatliche Politik in diesem Rahmen immer weniger interventionsfähig in sozialpolitischen Fragen. Dies ist eine in sozialen Kämpfen hergestellte Rahmenbedingung, die heute durchaus wirkungsmächtig ist. Die dominante Antwort, auch der Keynesianer, ist: Mitmachen im globalen Rennen um Wettbewerbsfähigkeit und eine gewisse Binnenzentrierung, wobei letzteres vor dem Hintergrund der aktuellen Kräfteverhältnisse und der geschaffenen »Sachzwänge« schwierig ist. Selbst wenn innerhalb Europas ein Großteil der ökonomischen Aktivitäten abläuft, so geschieht das doch in den meisten Branchen unter weltweiten Wettbewerbsbedingungen. Kapitalismusimmanent ist aber bis heute unklar, unter welchen Bedingungen die Produktivität der Arbeit entscheidend erhöht wird und wie weltweit Konsum- und Produktionsnormen sich gleichlaufend entwickeln. Theoretisch gesprochen: Es geht also nicht nur um die Steigerung der effektiven Nachfrage, wie die Keynesianer meinen, sondern auch um die Erhöhung des relativen Mehrwerts bzw. die Senkung des Werts der gesellschaftlichen Arbeitskraft.

Eine aktuelle Grundfrage bleibt also, was die Bedingungen eines sich erst herausbildenden »postfordistischen« Kapitalismus sind. Der setzt sich allerdings wesentlich komplexer durch als nur durch staatliche Politiken. Die Frage nach aktuell sich herausbildenden Vergesellschaftungsformen ist nicht deshalb zu stellen, weil solche politisch zu begrüßen wären, sondern weil sie den Handlungsrahmen auch für herrschaftskritische und emanzipatorische Politiken darstellen, wobei durchaus unklar ist, was genau darunter verstanden werden kann. Insofern gilt es weiterhin, sich kritisch mit den dominanten und dominant werdenden Politiken auseinanderzusetzen – also auch mit (neo-)keynesianisch inspirierten und modifizierten.

Eine internationalistische, kapitalismuskritische Position sollte in der Debatte einige Punkte verdeutlichen und vertiefen:

– Zunächst drängt sich heute die Vermutung auf, daß in der dominierenden Sichtweise eine Synthese von neoliberalen und neokeynesianischen Vorstellungen möglich und nötig ist. »Keynes aus der Versteinerung lösen« heißt für viele, ihn der neoklassisch-neoliberalen Perspektive anzunähern – ganz im Gegensatz zum Vorschlag von Georg Lutz in der letzten *iz3w*. Das wird insbesondere daran deutlich, daß auch von den Keynesianern die Notwendigkeit einer möglichst starken internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht infrage gestellt wird. Der »Sachzwang Weltmarkt« gilt weitgehend auch hier und herrschaftskritische Argumente sind vergeblich zu suchen.

Auch Keynesianer machen mit im globalen Rennen um Wettbewerbsfähigkeit

– Aus internationalistischer Perspektive muß die Fokussierung auf die kapitalistischen Metropolen kritisiert werden. Es geht in der Debatte weitgehend »um die Erhaltung unseres Wohlstandes«, auch ein Euro-Keynesianismus wird aber auf der Ausbeutung der Peripherien, Rassismus und anderen Exklusionen beruhen. Während in den Metropolen – zu Recht – Verteilungsfragen gestellt werden, scheint es für die Peripherien nur ein Rezept zu geben: neoliberale »Strukturanpassung«.

– Die Neo-Keynesianer fragen nicht nach der Entstehung des Sozialprodukts, sondern nur nach dessen teilweise staatlicher Umverteilung. Damit fallen Kritiken am Arbeitsbegriff oder an der Wachstumsorientierung unter den Tisch. »Nachfrage« ist ein rein makroökonomischer Begriff – heute ist die Nachfrage nach mehr Autos und Computern unhinterfragt. Die sozial-ökologischen Vorschläge einer Joan Robinson spielen in der Debatte kaum eine Rolle. Der in der Keynesianismus-Debatte dominierende Arbeitsbegriff kümmert sich nicht um einen herrschaftskritischen Blick auf internationale, geschlechts- oder klassenspezifische Arbeitsteilung. »Arbeit«, das ist vor allem Lohnarbeit, die Einkommen und damit Nachfrage schafft, letzteres korrigiert durch staatliche Umverteilungspolitiken.

– Die Neo-Keynesianer haben ein Staatsverständnis, das von einem relativ autonomen Staat ausgeht, der im Grunde Einsicht in die Umverteilungs- und Nachfrageproblematik haben müßte. Dabei wird leicht übersehen, daß Politik und Ökonomie in kapitalistischen Gesellschaften getrennt und dennoch eine widersprüchliche Einheit sind, d.h. es geht nicht um eine Art Nullsummenspiel zwischen »Markt« und »Staat«, sondern um das historisch-konkrete Verhältnis zueinander. Dabei handelt es sich beim Staat als eine zentrale Instanz der Politik (nicht der einzigen!) um ein soziales Verhältnis – genauer: um die spezifische institutionelle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse (Nicos Poulantzas). Der kapitalistische Staat ist damit kein einheitlicher Akteur, sondern vielmehr ein institutionelles Terrain, auf dem höchst asymmetrisch Kämpfe ausgetragen werden und spezifische Kräfteverhältnisse sich verfestigen. Staatliche Politik ändert sich daher nicht aufgrund von staatlicher Weitsicht, sondern als Folge und Teil von sozialen Kämpfen und Kräfteverhältnissen. Daher ist es aktuell eine grobe Fehleinschätzung, die neoliberale Sozialdemokratie zu einer progressiv-keynesianischen machen zu wollen. Die keynesianischen Politikvorstellungen wirken zudem allesamt technokratisch, Gesellschaft soll »von oben« gesteuert werden.

– Ein weiteres Problem an der Debatte ist, daß so getan wird, als ob es aus neo-keynesianischer Sicht eine klare Alternative zu den neoliberalen Politiken der 80er und 90er Jahre gäbe. Dann muß aber offen gelegt werden, welche Position vertreten wird. Ich habe oft den Eindruck, daß auch sogenannte oder selbsternannte Links-Keynesianer eben einen etwas anderen Kapitalismus wollen. Selbst wenn es Brüche im neoliberalen Gebälk gibt (was teilweise stimmt), so scheint selbst bei den progressiven keynesianischen Positionen, daß sie anschlußfähig sind an neoliberale Essentials – um mit Kanzler Schröder zu sprechen: »Modernisierung plus soziale Gerechtigkeit«.

Keynes und Kritik

Kritik statt Pingpong! von Martin Janz

► In der letzten Ausgabe der *iz3w* wurde ein typischer linker Theoriestreit vorgeführt. Gegenstand des Streits waren Keynes bzw. der Keynesianismus. Verhandelt wurde die Frage: »Kann sich die Linke positiv auf Keynes beziehen?«. Es stritten sich: Ein linker Pragmatiker und ein linker Theoretiker. Der Pragmatiker sorgt sich im Jargon der Politik, der sich nur unwesentlich von den üblichen Worthülsen prominenter Politiker unterscheidet, um die »Zukunftsperspektiven (der Linken) hier und heute«, fordert »eine gesellschaftliche Diskussion über die Rahmenbedingungen der Produktion und Distribution«, bei der, selbstverständlich, »auch der Staat gefragt« ist, nämlich »als Verwalter öffentlicher Güter« etcpp. Als geläuterter Linker macht er sich noch nicht einmal die Illusionen, über die Marx bereits 1844 schreibt: »Selbst die radikalen und revolutionären Politiker suchen den Grund des Übels nicht im *Wesen* des Staats, sondern in einer bestimmten *Staatsform*, an deren Stelle sie eine *andere* Staatsform setzen wollen.«(MEW1, 401). Er hat sich von vorn herein mit Staatlichkeit als solcher arrangiert und versöhnt.

Der Theoretiker hingegen polemisiert gegen linke Hoffnungen auf einen keynesianischen Staat, der nur »schönere Tapeten im eisernen Gehäuse« verspreche und die Perspektive auf eine Assoziation freier Individuen aus den Köpfen verbannt habe. Er kritisiert das »Ping-Pong« zwischen Markt und Staat, zwischen Neoliberalismus und Keynesianismus, zwischen Deregulierung und Regulierung, das nicht nur die offizielle politische und ökonomische Debatte charakterisiere, sondern von »linken« Theoretikern reproduziert werde. Was zähle, sei nicht das »Räsonieren von Politikern oder die Wunschzettel, die auf dem Jahrmarkt der Protestbewegungen verlesen werden«, sondern man müsse den kritischen Blick auf die Wurzel des Übels werfen: auf »die Notwendigkeiten des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozeß«.

Leider jedoch macht seine Kritik an der Staatsfixiertheit der keynesianischen Linken auf halbem Wege halt. Sein Einwand, Staat sei nicht gleich Staat, weshalb materialistische Staatskritik nicht ausreiche, die historischen Besonderheiten der verschiedenen staatlichen Eingriffe in das Marktgeschehen zu erklären – die Unterschiede zwischen dem Sowjetstaat, dem keynesianischen Staat des 'New Deal' und dem nationalsozialistischen Staat – offenbart die Defizite linker Theoriebildung im allgemeinen, linker Staatstheorie im besonderen. Deutlich werden diese Defizite in dem Bild, das illustrieren soll, daß es verschiedene historische Ausformungen von Staatlichkeit gibt: »In ein und dasselbe Gefäß kann man sowohl Wasser als auch giftige Brühe schütten.«. Was auf den ersten Blick plausibel erscheint, erweist sich bei näherer Betrachtung als Fallstrick: Daß Wasser sich von giftiger Brühe unterscheidet, stellt fest, wer die Probe aufs Exempel macht – die Unterschiede sind empirisch feststellbar. Was aber ist das Gefäß? Oder anders gefragt: Worin besteht die Qualität dessen, was unter ein und denselben Begriff, den des Staates, subsumiert wird? Durch das Verschieben der Perspektive auf die historischen Besonderheiten wird suggeriert, es ließe sich aus diesen ein Staatsbegriff ableiten, der Auskunft über das Wesen des Staats des Kapitals gibt. Ein solcher wäre jedoch nur zu haben, wenn Form und Inhalt (im Bild: Gefäß und Flüssigkeit) nicht voneinander getrennt, sondern in ihrer widersprüchlichen Einheit reflektiert werden. Im Gegensatz zur Theorie, die in Kategorien der Trennung von Form und Inhalt denkt, durch Analyse zu positiven Bestimmungen (Definitionen) gelangt, die jedoch nur Rationalisierungen eines in sich widersprüchlichen Gegenstandes sind, geht es materialistischer Kritik darum, zu zeigen, daß ein Begriff des Staates nur im Verfahren der Negation, d.h. der Kritik entfaltet werden kann. Nebenbei bemerkt, hat die Trennung von Form und Inhalt zur Folge, daß, bei aller Kritik am Keynesianismus, dieser dann doch noch zur »vielleicht sozialsten Staatsformation des Jahrhunderts« verklärt wird.

Krisen gehören zum Kapitalismus wie Salz in die Suppe

Anstatt also aus der Kritik an der notwendigen Staatsbezogenheit keynesianischer Politik die Konsequenz zu ziehen und eine Kritik der Politik und des Staates anzuvisieren, verliert sich der Theoretiker in einem unklaren Einerseits – Andererseits: Einerseits sei Staatskritik für emanzipatorisches Denken wichtig, müsse der »Staat als zentraler Baustein einer falschen Totalität« erkannt werden. Andererseits sei materialistische Staatskritik zu allgemein. Die ihm vorschwebende Theorie des Staates soll den jeweiligen Besonderheiten gerecht werden und auch »ein Phänomen wie Auschwitz erklären« können. Mit der Forderung, das Unsägliche »erklären« zu wollen, fällt er hinter eine zentrale Einsicht Kritischer Theorie zurück, derzufolge »die antisemitische Gewalttat ... mit der Grenze der Aufklärung zusammen(fällt)« (Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Ffm 1987, S. 29), und reproduziert genau jene instrumentelle Vernunft, die Theorie einem vorgegebenen Zweck dienstbar macht. Die von ihm selbst ins Spiel gebrachte Kategorie der Totalität bleibt daher völlig inhaltslos. Anstatt diese Kategorie ernst zu nehmen und die Bedingungen zu reflektieren, die sowohl die Form des Politischen (Staat) als auch die Form des Denkens (der theoretischen Erklärung) als Momente der Totalität konstituieren, wird umstandslos die Frage nach der Erklärung historischer Besonderheiten aufgeworfen. Dadurch handelt er sich zurecht den Vorwurf des Pragmatikers ein, der den neuralgischen Punkt linker Theorieproduktion anspricht, wenn er behauptet, Teile der marxistischen Linken könnten von einer »Überdosis Hegel nicht lassen«, sie würden das »key-word Totalität« ins Spiel bringen und vor dem philosophischen Hintergrund der Unterscheidung von »Wesen« und »Erscheinung« eine »saubere Wissenschaft von der bloßen Ideologieproduktion unterscheiden«. Dieser Einwand mag für linke Theorie zutreffen. Zugleich jedoch reproduziert er eine verkürzte, weit verbreitete Meinung über Hegel bzw. den Hegelmarxismus: Die Unterscheidung von »Wesen« und »Erscheinung« und der Begriff der Totalität dienen einem an Hegel geschulten kritischen Materialismus nicht dazu, »saubere Wissenschaft« von »Ideologie« zu Unterscheiden. Im Gegenteil: Ideologie wird verstanden als notwendig falsches Bewußtsein, das sowohl bürgerliche als auch linke Theorie, konservatives wie auch fortschrittliches Alltagsbewußtsein einschließt. Nicht richtige Theorie versus Ideologie steht also



Durch diese hohle Gasse müssen sie kommen Foto: H. Sachs/version

zur Debatte, sondern Ideologie als »objektive Gedankenform«, als eine Form des Denkens, die ihren Ursprung in der Form der gesellschaftlichen Synthesis hat.

Indem der Theoretiker davor halt macht, die Form seines eigenen Denkens zu reflektieren, bewegt er sich bei der Auseinandersetzung um den Keynesianismus auf ein und demselben Boden wie der Praktiker. Hier die Suche nach der richtigen Politik, die dazu beitragen soll, die herrschenden Verhältnisse wenigstens etwas erträglicher zu gestalten. Dort die Suche nach der richtigen Methode, historische Ereignisse und kapitalistische Entwicklung begrifflich einzufangen und zu systematisieren. Politik und Theorie jedoch – egal ob »links« oder »rechts«, konservativ oder fortschrittlich – stellen zwei Seiten derselben Medaille dar: Es sind die Formen, die innerhalb einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaft vorgesehen sind, sich am Prozeß der demokratischen Willensbildung einerseits, am Spiel um gesellschaftlich anerkannte Wahrheit andererseits zu beteiligen; die Formen also, in denen politisches Handeln und Denken im Kapitalismus stattfinden. Subversive Praxis (wie immer sie im einzelnen aussehen mag) und radikale, d.h. materialistische Kritik haben in diesem Spiel keinen Platz. Letztere, darin sind sich der Pragmatiker und der Theoretiker einig, bringe nichts: »Reine Ideologiekritik«, so der Pragmatiker, »verschiebt die Suche nach Problemlösungen, politischen Konzepten und Entscheidungen auf St. Nimmerlein«. »Materialistische Staatskritik«, so der Theoretiker, reiche nicht aus, angesichts der »evidenten historischen Unterschiede« der verschiedenen staatsinterventionistischen und keynesianischen Regime.

Statt also Selbstreflexion qua materialistischer Kritik anzustreben, ein Unterfangen, das die Linke meidet, wie der Teufel das Weihwasser, werfen sich der Pragmatiker und der Theoretiker gegenseitig die Bälle zu. Ihre Kontroverse gibt die linke Begleitmusik ab zur derzeit in Wirtschaftslehre, im Wirtschaftsteil jeder beliebigen Zeitung, in Radioforen etc. verhandelten Frage: »Vom Neoliberalismus zurück zu Keynes?« Es ist vorauszusehen, daß die Debatte auch diesmal wieder so ablaufen wird, wie beim letzten Mal. Als nach langen und zähen Theoriedebatten der Neoliberalismus endlich von A bis Z durchbuchstabiert war, brach, wie aus heiterem Himmel, die Asienkrise aus – obwohl eigentlich bekannt sein dürfte, daß Krisen zum Kapitalismus gehören wie Salz in die Suppe. Durch die Krise scheint nun wieder alles ganz anders zu sein. Erneut sind die Experten gefragt, Ordnung ins Chaos zu bringen, die an sich unvernünftige Akkumulationsbewegung des Kapitals mittels formallogischer Begrifflichkeit zu rationalisieren.

Das große Rätselraten wird sich auch in linken Debatten solange fortsetzen, wie der gemeinsame Gegenstand des Streits – die Sache selbst – nicht reflektiert, sondern abgespalten und auf materialistische Kritik – als deren Mangel – projiziert wird. Materialistische Kritik, die in der Lage wäre, sowohl das »Ping-Pong« zwischen Staat und Markt, Politik und Ökonomie als auch das Hin und Her zwischen Pragmatismus als Strategie des kleineren Übels und Theorie als vermeintliche Wegbereiterin einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu beenden, wird in der im linken Jargon üblichen Art und Weise als zu allgemein, zu abstrakt, zu isoliert etc. kritisiert. Anstatt also um jeden Preis das gesellschaftliche Übel mitgestalten zu wollen oder aber den Schein zu erzeugen, man könne, wenn man nur wolle – d.h. die richtige Methode hat –, die »falsche Totalität« (das kapitale Unwesen) erklären, und anstatt weiter den Schein zu produzieren, die Aussicht auf eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, hänge von der »richtigen« Theorie ab, begnügt sich Kritik damit, wenigstens im Denken nicht dem Kapitalfetisch – dem »Schein der Tatsachen« (Marx) – auf den Leim zu gehen. ◄

Bürger, Bauer, Bettelmann

Die Einbürgerung wird vereinfacht, aber nicht für Tunichtgute

von **Stephan Günther**

▶ Der Paß ist viel mehr als ein Stückchen Papier, auf dem die persönlichen Daten eines Bürgers oder einer Bürgerin festgeschrieben sind. Er ist, das zeigt die Debatte um Staatsbürgerschaft(en), ein identitätsstiftendes Dokument, das vermeintliche Eigenschaften eines »Volkes« ausdrückt, dem Staat Loyalität verspricht und deutliche Grenzen zu anderen »Völkern« zieht. Insofern wird das neue Staatsbürgerrecht, das die rot-grüne Regierung nun entworfen hat, der Staatsangehörigkeit und dem dazugehörigen Paß zunächst etwas von der Wichtigkeit nehmen, die sie seit dem Inkrafttreten des »Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes« am 22. Juli 1913 innehat. Genau dies erklärt den Protest der Konservativen, die Emotionalität, mit der um die Unterschriftensammlungen gegen das neue Gesetz gestritten wird und die deutsche Angst vor Identitätsverlust.

Der Paß wird ein wenig mehr zu einem Ausweispapier, ein bißchen weniger Identitätsdokument. Die Staatszugehörigkeit wird funktionaler. Damit ist – endlich – das Abstammungsrecht ins Wanken geraten, auch wenn es nach wie vor Bestand hat. Deutsche oder Deutscher ist, wer von Deutschen abstammt. Dieser Grundsatz, der sich auf die völkische Ideologie stützt, bleibt bestehen. Doch er wird nun ergänzt: Deutsche oder Deutscher kann jetzt schneller und leichter werden, wer einen deutschen Ehepartner hat, wer in Deutschland geboren ist oder schon lange im Lande lebt und – besonders umstritten – wer noch eine zweite Staatsbürgerschaft besitzt. Ziel der neuen Regelung, das wird immer wieder betont, sei die »Integration von Ausländern«. Was damit gemeint ist, machte Innenminister Otto Schily deutlich, als er betonte, daß auch eine »Ausbürgerung« möglich sei. Wer sich »nur zum Schein« zum Grundgesetz und zum deutschen Staat bekennt, der muß seinen Paß wieder zurückgeben. Die »Integration« drückt sich also in Anpassung, Staatsbekenntnis und Loyalität aus. Ein solches Bekenntnis, einem Gelübde ähnlich, ist auch Ausdruck eines Obrigkeitsdenkens, das die Deutschen – vor allem die »neuen« – an den Staat bindet wie den Mönch an seinen Orden.

»Ausbürgerung« derer, die nicht nach den Regeln dieses »Ordens« leben und das Gelübde brechen, ist den meisten anderen Staaten fremd. Die Schweiz allerdings hat ähnliche Maß-Regelungen. Im Einwanderungsland Schweiz sollte die »Assimilierung«, die Angleichung an nationale Normen und Verhaltensweisen, zu Beginn des Jahrhunderts durch erleichterte Einbürgerung gewährleistet werden. Schon in den 20er und 30er Jahre wandelte sich die politische Zielrichtung. »Assimilierung« wurde nicht mehr Ziel der Einbürgerung, sondern Voraussetzung.

Die Folgen beschreibt Rolf Lissy in seinem Film »Die Schweizermacher«: Jeder Antragsteller mußte zeigen, daß er ein guter Schweizer war – und das, bevor er Schweizer wurde. In diesem Sinne sind die Pässe und ihre Macher, seien es nun Schweizer- oder Deutschmacher, immer auch Gleichmacher. »Integration« und »Assimilierung« sind Ausdrücke für die Anpassung an eine »nationale Identität«. Der Deutschen Ausdruck von Identität ist ihr vermeintlicher Fleiß und ihre »Wertarbeit«. Kein Wunder also, daß EmpfängerInnen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe von der Einbürgerung ausgeschlossen werden. Hier treffen sich Tradition und Moderne. Der Wert der Arbeit drückt sich in der Staatsbürgerschaft aus. Deutlicher kann die Zuschreibung von »nationalen Eigenschaften« kaum geschehen. Der oder die Deutsche ist nicht mehr nur im Klischee fleißig und arbeitsam. Deutsch werden Menschen nur durch das Bekenntnis zur Arbeit. Der »Bettelmann« aber ist kein »Bürger« und kann auch keiner werden. Der moderne Wettbewerbsstaat möchte innovative Kräfte, geschulte Spezialistinnen und fleißige Malocher sein eigen nennen. Die Modernisierer haben den Wettbewerb um Erwerbsarbeit spannender gemacht, geht es doch nicht mehr nur um den Job und den Lohn, sondern auch noch um den Paß, den es zu erarbeiten gilt. Durch die Aussicht, deutsch zu werden, sind neue Anreize geschaffen. Das bringt auf der einen Seite Standortvorteile und beruhigt auf der anderen Seite die Beschützer deutscher Werte. Denn »ausländische« Faulenzer, Bettler und Terroristen müssen auch weiterhin nichtdeutsch bleiben. Insofern ist das Weniger an Diskriminierung, das durch die Einbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft möglich wird, verbunden mit einer neuen Stigmatisierung. »Ausländer« wird künftig noch mehr als bislang verbunden mit »arm« und »arbeitslos«, denn erst mit dem sozialen Aufstieg beginnt das Deutschtum.

Die identitätsstiftende Bedeutung des Passes wird also verändert, nicht jedoch gebrochen. Mit dem Erwerb einer neuen oder mehrerer Staatsbürgerschaften mögen auch mehrere Identitäten ausgedrückt werden. Antinationale Ziele, wie sie die »Weltbürger« und AnarchistInnen noch nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten, werden damit jedoch kaum erreicht. Als vor 50 Jahren Albert Camus, André Breton, Abbé Pierre, Garry Davis und andere »Weltbürger« die Generalversammlung der Vereinten Nationen stürmten, wollten sie ein Ende der Zugehörigkeit zu Staat und Nation. Mitglieder der Weltbürgerbewegung hatten ihre Pässe bei den Botschaften ihrer Länder abgegeben. Wer sich zu keiner Nation und keinem Staat bekennt, so ihre einfache und konsequente Lehre aus den beiden Weltkriegen, muß auch für keinen loyal in den Krieg ziehen.

Wenn nun Menschen mehrere Staatsangehörigkeiten erwerben oder wenn auch nur der Zugang zur Staatsbürgerschaft erleichtert wird, verringert sich die Loyalität zum Staat – da haben die Konservativen recht. Wer zwei Pässe hat, muß sich im Kriegsfall für eine Seite entscheiden oder aber für keine. Je mehr Pässe, desto größer die Irritationen. Wenn es schon nicht möglich ist, den Paß abzugeben, dann hilft vielleicht der Erwerb von möglichst vielen, den Wert jedes einzelnen zu reduzieren. Und das ist gut so.

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter der **iz3w**.



Die Kinder entlassen ihre Revolution

Der radikale Islamismus verliert an Dynamik

von **Jörn Schulz**

Als Ayatollah Khomeini 1979 die Führung des revolutionären Iran übernahm, propagierte er die Vereinigung aller Muslime in einem islamistisch regierten Staat. Das neue Regime rief eine Reihe von Organisationen zur Unterstützung islamistischer Bewegungen ins Leben. Heute ist von einer Gemeinschaft der Gläubigen nicht mehr die Rede. Die Dynamik des radikalen politischen Islam hat sich zwischen dem Bandenwesen der Taliban und den Erfordernissen eines modernen Verwaltungsstaates wie im Iran aufgerieben.

► Sunnitische Islamisten hatten die iranische Revolution zunächst als strategisches Vorbild betrachtet, bewies sie doch, daß der Sieg über ein hochgerüstetes Militärregime möglich ist. Ein direktes Vorbild konnte sie jedoch nicht sein, weil nur im Iran die Geistlichkeit die notwendige materielle und organisatorische Unabhängigkeit hat, um eine Revolution und einen Staat zu führen. Insofern kam auch eine Übernahme der Staatsideologie Khomeinis, die der Geistlichkeit die Überwachung von Staat und Gesellschaft überträgt, nicht in Frage. Grundsätzlich aber hatten sunnitische und schiitische Islamisten[1] das gleiche Interesse: die Macht der prowestlichen Oligarchie zu brechen und aus dem Islam eine Modernisierungs- und Mobilisierungsideologie zu machen.

Trotz einer Vielzahl von Initiativen kam es nicht zur Bildung einer islamistischen Internationale oder auch nur zu koordinierten politischen Aktivitäten. Der Iran unterhält zwar Verbindungen zu sunnitisch-islamistischen Organisationen und dürfte einige von ihnen auch materiell unterstützen. Diese Politik konnte jedoch nicht verhindern, daß sich im sunnitischen Islamismus eine antischiitische Tendenz verbreitete, die bereits zu bewaffneten Konfrontationen geführt hat. In Pakistan liefern sich sunnitische und schiitische Islami-

sten einen erbitterten Kleinkrieg, und im Herbst vergangenen Jahres stand der Iran kurz vor einem Krieg mit den Taliban.

Die konfessionelle Spaltung ist keine Folge theologischer oder ideologischer Differenzen, sondern des Zerfalls der islamistischen Bewegung in machtpolitische Blöcke. 1980, nach dem irakischen Angriff auf den Iran, hatten sich die meisten sunnitisch-islamistischen Organisationen auf die irakische Seite geschlagen. Bei dieser Entscheidung spielte der saudi-arabische Einfluß eine große Rolle. In ungleich größerem Ausmaß als der Iran finanziert Saudi-Arabien islamistische Gruppen und versucht, sie in eine anti-iranische Richtung zu lenken. Der Iran konterte mit dem Versuch, die schiitischen Minderheiten in den Golfmonarchien zu mobilisieren.



Schon als die Revolution noch in Kinderschuhen steckte, war mancher skeptisch
Foto: SCHWARZ-WEISS-VERLAG

Nach dem Ende des iranisch-irakischen Krieges 1988 setzte sich in der iranischen Führung der prokapitalistische Flügel unter Führung von Präsident Rafsanjani und Khamenei, dem Nachfolger Khomeinis, durch. Statt eines islamistischen Einheitsstaates wurde nun eine Föderation islamischer Staaten propagiert, und man bemühte sich mit einigem Erfolg um ein besseres Verhältnis zu den arabischen Staaten. Das Verhältnis zu den Golfmonarchien, vor allem zu Saudi-Arabien, blieb jedoch gespannt. Der Iran kritisierte die Ölpolitik der Golfmonarchien, die eine wirksame OPEC-Strategie zur Erhöhung des Ölpreises torpedierten. Hin und wieder gab es militärische Drohgebärden in Richtung der Golfstaaten, in politischer Hinsicht ist die Idee einer »islamischen Republik« für die herrschenden Monarchen bedrohlich. Besonders Saudi-Arabien bemüht sich daher, eine fundamentalistische Alternative zum islamistischen Republikanismus zu schaffen.

Teil dieser Strategie war die Finanzierung der Taliban-Bewegung. Sie sollte es ermöglichen, eine Pipeline durch Pakistan und Afghanistan zu legen, um bei der Erschließung der Öl- und Erdgasfelder Mittelasiens den Iran zu umgehen und zugleich jeglichen Einflusses auf die afghanische Politik zu berauben. Pakistan und die USA teilten dieses Interesse und schlossen sich der Koalition an.

Stammesgesellschaft mit Homepage

► Eine Bewegung läßt sich nicht allein mit finanziellen und geheimdienstlichen Mitteln schaffen, insofern wäre es falsch, die Taliban als Produkt ausländischer Mächte zu sehen. Doch eine neu gegründete Bewegung kann nicht aus eigenen Kräften in weniger als drei Jahren 90% eines Landes erobern, wenn sie nicht in großem Maßstab mit Waffen, Geld und Militärberatern versorgt wird. Bei den Taliban ist dies um so unwahrscheinlicher, als die Bewegung im Milieu der verarmten Landbevölkerung und der Flüchtlinge entstand.

Die Taliban organisierten sich 1994 in Koranschulen im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet. Gelehrt wird ein reaktionärer Fundamentalismus, dessen Wurzeln in der vorkolonialen Zeit liegen. Während der städtische, modernisierungsorientierte Islamismus darauf abzielt, den Rückstand zu den westlichen Industriestaaten aufzuholen, geht es im vorkolonialen Fundamentalismus um die Reform der Stammesgesellschaft, die von äußeren Feinden und innerem Zerfall bedroht ist. Die meisten Führungsmitglieder tragen, wie der Gründer und Befehlshaber der Bewegung, Mohammad Omar, den Titel eines Mullah, was eine abgeschlosse religiöse Ausbildung voraussetzt. Da es im sunnitischen Islam keine allgemein anerkannte geistliche Hierarchie gibt, existiert auch keine 'Qualitätskontrolle'. Die Studien der Taliban-Führer umfaßten nur einen kleinen Ausschnitt aus der islamischen Theologie. Kein Taliban-Mitglied hat einen überregionalen Bekanntheitsgrad als Gelehrter, und bislang hat die Bewegung auch noch keine politisch-theologischen Schriften produziert.

Die Realpolitik der Taliban steht im Gegensatz zu ihrem extremen Puritanismus

Obwohl die Taliban es heftig bestreiten, handelt es sich um eine paschtunische Bewegung. Die paschtunische Bevölkerungsgruppe, die in Afghanistan die Mehrheit bildet, hatte während des Bürgerkrieges an Einfluß verloren. Ideologie und Politik der Taliban zielen nun darauf ab, die durch den Krieg verursachte Zerrüttung der paschtunischen Gesellschaft und die Spaltung in lokale und Claninteressen zu überwinden. Die Sharia interpretierten die Taliban dann auch auf paschtunische Art. Maßnahmen wie der völlige Ausschluß der Frauen vom öffentlichen Leben und von der Bildung entsprechen den Traditionen der paschtunischen Landbevölkerung. Sowohl der orthodoxe Staatsislam als auch die bedeutenden islamistischen Organisationen vertreten eine deutlich gemäßigtere Position. Die großen islamistischen Bewegungen werden von den gebildeten städtischen Mittelschichten getragen, die sich der Notwendigkeiten der Modernisierung bewußt sind. Nur selten haben sie die Landbevölkerung mobilisieren können. Mit den Taliban ist zum ersten Mal eine Bewegung an die Macht gekommen, die von der Landbevölkerung (Bauern und Nomaden) getragen wird. Ihr Terror ist die Rache einer durch Krieg und gesellschaftliche Zerrüttung fanatisierten ländlichen Bewegung an der Stadtbevölkerung. Nachdem jahrzehntelang städtische Eliten dem Land ihre Version des Fortschritts aufzuzwingen versuchten, wollen sie nun die Stadtbevölkerung gewaltsam nach ihrem Bilde formen *(vgl. iz3w Nr. 229)*.

Der Anblick von Frauen, die gebildeter sind als sie selbst und womöglich selbständig leben, ist ihnen unerträglich. Symbole der städtischen Kultur wie das Fernsehen wollen sie nicht für ihre Zwecke nutzen, sondern zerstören – wobei zwei Produkte der westlichen Kultur erlaubt bleiben: zum einen bezeichnenderweise die Marschmusik, und zum anderen haben die Taliban eine eigene Homepage eingerichtet. In krassem Gegensatz zu ihrem extremen Puritanismus steht die »Realpolitik« der Taliban. Ihren Weg zur Macht ebneten sie sich mit Dollars des saudischen Geheimdienstes, die meisten Siege wurden durch die Bestechung feindlicher Kommandanten erkauft. Verträge mit US-Konzernen und das Werben um ausländische Investitionen sind ihnen nicht fremd.

Bei den Taliban mischen sich politische Unreife und Extremismus. Ohne die Mitarbeit der gebildeten Mittelschichten ist der Wiederaufbau unmöglich, doch die Taliban tun ihr Bestes, auch noch die letzten Fachkräfte zu vertreiben. Entwicklungspolitische Vorstellungen, ohnehin nie die starke Seite des Islamismus, fehlen völlig. Die Taliban haben kein politisches Programm und kein Staatsmodell. Ernsthafte Ansätze, einen zentralen Staat aufzubauen, gibt es bislang nicht – abgesehen von der Tätigkeit der Religionspolizei. Der Verzicht auf den Aufbau einer effektiven Verwaltung kommt den Interessen traditioneller Führer und lokaler Kommandanten entgegen, bedeutet aber auch, daß die Taliban kaum Steuern, sondern nur Han-

delsabgaben erheben können und die Loyalität der Provinzen immer wieder neu erkaufen oder erzwingen müssen.

Es war jedoch weniger der innenpolitische Terror als der Mangel an außenpolitischen Erfahrungen, der die Taliban in die Krise führte. Offenbar glaubten sie, sich sowohl von Saudi-Arabien und den USA als auch von deren geschworenem Feind Ussama Bin Laden unterstützen lassen zu können. Bin Laden weiter zu beherbergen, bedeutet internationale Isolation, ihn auszuliefern, könnte den Zusammenhalt der Bewegung gefährden. Ebenso brisant ist die Konfrontation mit dem Iran, die die Taliban im Herbst 1998 durch die Ermordung von neun iranischen Diplomaten auslösten. Das iranische Regime scheute das Risiko eines Krieges, verstärkte jedoch die Unterstützung für die oppositionelle Nordallianz, einen Zusammenschluß von Parteien der ethnischen und konfessionellen Minderheiten.

Die gescheiterte Revolution

► Khatami hat es geschickt verstanden, den Konflikt mit den Taliban für eine diplomatische Aufwertung des Iran zu nutzen. Der Iran präsentierte sich als verantwortungsvolle Regionalmacht, die sich militärisch zurückhält, wo andere unter vergleichbaren Umständen längst ihre Kriegsmaschine in Bewegung gesetzt hätten. Und im Vergleich mit den Taliban erschien der iranische Islamismus jetzt geradezu gemäßigt. Tatsächlich schneidet das Regime im »realpolitischen« Vergleich mit anderen Diktaturen der Region nicht schlecht ab. Gemessen an den eigenen Ansprüchen ist es jedoch gescheitert.

Seit dem Ende der 80er Jahre verfolgt das Regime einen prokapitalistischen Kurs entsprechend den Rezepten des IWF. Zwar lag das Wirtschaftswachstum in den 90er Jahren mit 3-8% recht hoch, die sozialen Unterschiede sind heute jedoch größer als zur Zeit des Schah, und der Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit sinkt. Die »islamische Wirtschaft« mündete in ein kapitalistisches System, in dem jede soziale Interessenvertretung verboten ist. An der Stellung des Landes in der Weltwirtschaft hat sich nichts geändert. Die Abhängigkeit vom Ölexport besteht fort, und trotz gelegentlicher propagandistischer Schaukämpfe sind die wirtschaftlichen Beziehungen zu den meisten westlichen Staaten gut. Auch die USA sind schon wieder einer der wichtigsten Handelspartner, obwohl wegen des Boykotts alle Geschäfte über Drittstaaten abgewickelt werden müssen.

In politischer Hinsicht hat sich eine Diktatur mit populistischen Elementen etabliert. Khomeinis »Islamische Republik« mischt religiöse, von der Geistlichkeit besetzte und republikanische Institutionen. Diese islamistische Version der Gewaltenteilung hat es ermöglicht, den Machtkampf innerhalb der revolutionären Führung (nach der Beseitigung der nichtislamistischen Kräfte) weitgehend unblutig auszutragen. Nach zehn Jahren hatte der bourgeoise Flügel der »Gemäßigten« die staatskapitalistisch orientierten »Radikalen« aus den Mittelschichten verdrängt.

Mittlerweile hat sich das Regime weiter ausdifferenziert. Die Fraktion um Khatami befürwortet, unterstützt vom weltmarktorientierten Flügel der Bourgeoisie, eine weitere Öffnung zum Westen und eine begrenzte Liberalisierung. Die von Khamenei geführte islamistische Rechte will die iranische Industrie vor überlegener ausländischer Konkurrenz schützen und befürchtet, die Öffnung könne gefährlichen Oppositionskräften Auftrieb geben. Obwohl auch Khatami ein Mann des Regimes ist und den islamistischen Zwangsstaat grundsätzlich bejaht, sind die Reformen mehr als ein propagandistisches Schauspiel. Daß sie möglich wurden, ist auch auf den Druck der Bevölkerung zurückzuführen, die mit Streiks und städtischen Aufständen immer wieder ihre sozialen und politischen Ansprüche anmeldet. Innerhalb des Regime haben sich Interessengruppen herausgebildet, die ihren Machtkampf öffentlich ausfechten. Das wird die Legitimität der religiösen Institutionen, die mit dem Übergang von der charismatischen zur bürokratischen Herrschaft ohnehin geschwächt wurde, weiter mindern. Ist die »Islamische Republik« dabei, an ihrer eigenen Überwindung zu arbeiten?

Langfristig wird der Druck für weitere Liberalisierung ebenso wachsen wie die sozialen Proteste, gerade wenn die kapitalistische Modernisierung gelingt. Noch aber hat das Regime die Lage im Griff. Obwohl eine große Mehrheit für die Lockerung des islamistischen Zwangsstaates stimmte, sobald sich mit Khatamis Kandidatur für die Präsidentschaft 1997 die Möglichkeit dazu ergab, sollte die soziale Basis des Regimes nicht unterschätzt werden. Nicht alle sahen in Khatami nur ein geringeres Übel, vielen gilt er als echter Hoffnungsträger. Der von der islamistischen Rechten dominierte gewaltige Repressions- und Verwaltungsapparat hat ein beträchtliches Eigengewicht, und das Regime hat durch die Kontrolle über Bildungsinstitutionen und Moscheen die Möglichkeit, seine Propaganda bis in den letzten Winkel des Landes zu verbreiten. Die großen Hoffnungen, die einst mit der Revolution verbunden wurden, sind jedoch längst verflogen.

Endstation Kapitalismus

► Von einer vergleichbaren Desillusionierung sind die meisten islamistischen Bewegungen betroffen. Ihr Einfluß stagniert oder ist zurückgegangen. Große islamistische Organisationen wie die ägyptische Muslimbruderschaft sind bestrebt, sich in das politische System zu integrieren. Mit der hierfür erforderlichen reformistischen, auf den Nationalstaat orientierten Linie sind viele, insbesondere jüngere Islamisten nicht einverstanden. So entstanden am Rande der großen Bewegungen extremistische Gruppen wie die algerische GIA und die ägyptischen Gama'at. Sie stehen in Verbindung mit dem islamistischen Netzwerk, das in den westlichen Medien mit Ussama Bin Laden identifiziert wird. Im Gegensatz zum revolutionären Islamismus der 70er Jahre, dem die Illusion zugrunde lag, die Staatsmacht im Handstreich erobern zu können, stehen diese Gruppen für einen perspektivlosen Militarismus, der häufig in schlichte Bandenkriminalität mündet.

Die Entwicklung des Islamismus ähnelt in vielem Aufstieg und Krise des arabischen Nationalismus. Beide Bewegungen warfen die soziale Frage auf, grenzten sich scharf vom »westlichen Neokolonialismus« ab und schufen sich damit eine Massenbasis. Die sozialen Versprechungen und die Aussicht auf eine politische Vereinigung der Araber bzw. der Muslime konnten beide jedoch nicht einlösen. Die Vereinigungsbemühungen des arabischen Nationalismus scheiterten an der Konkurrenz der nationalstaatlichen Eliten, die sich die Vereinigung nur als Übernahme anderer Staaten vorstellen konnten. Das Ergebnis war ein zuweilen blutiger Machtkampf und eine tiefe Spaltung der arabischen Welt. Auch der politische Islam erlebt infolge der Spaltung in machtpolitische Blöcke immer mehr eine Entwicklung in Richtung Nationalislamismus. Eine weitere Parallele liegt im wachsenden Gewicht der Bourgeoisie gegenüber den radikalen Fraktionen der Mittelschichten. Sowohl die »islamische Wirtschaft« als auch der »arabische Sozialismus« endeten im Kapitalismus.

Der Islamismus präsentiert sich heute zum einen in Gestalt eines autoritären Verwaltungsstaats und in Form gewalttätiger Banden, die sich jeglicher theologischer, politischer und sozialer Inhalte entledigt haben. Der Islamismus ist nicht unbedingt am Ende, aber Ermüdungserscheinungen sind unverkennbar.

Anmerkung:

1 Die Spaltung der islamischen Gemeinde in Sunniten und Schiiten erfolgte über die Frage der rechtmäßigen Nachfolge des Propheten Muhammad (Tod im Jahre 632). Die Partei Alis (schi'at Ali, die Schia), des Vetters und Schwiegersohns des Propheten, hatte von Beginn an ihre Ansprüche erhoben. 656 wurde Ali endlich zum Kalifen gewählt. Mu'awiya, das Oberhaupt der Umaiyadenfamilie des ermordeten Vorgängers Alis, Uthman, forderte Ali militärisch heraus und besiegte ihn letztendlich. Die Schia blieb hinfort politisch-religiöse Oppositionspartei: politisch im Widerstand gegen die Umaiyaden, religiös in der Erwartung des gerechten Imams.

► **Jörn Schulz** ist Erzieher und freier Journalist in Hamburg

Demokratie der Feudalherren

Europäischer Rat und G8-Gipfel in Köln

von **Klaus Wardenbach**

Gipfeltreffen sind in erster Linie symbolische Veranstaltungen. So wird es auch in Köln sein, wenn sich dort am 3. und 4. Juni die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und vierzehn Tage später die Oberhäupter der sieben mächtigsten Industriestaaten (plus Boris Jelzin) treffen. Gipfeltreffen zielen seit den Zeiten des Feudalismus immer auch auf die innenpolitische Wirkung: Das Volk auf der Straße soll staunen, wenn die Großen aus aller Welt im eigenen Land zu Gast sind. Die Treffen der EU und der G7/G8 sind trotzdem mehr als reine Showveranstaltungen. Auch wenn ihre Entscheidungskompetenz und ihre demokratische Legitimation unterschiedlich sind, sind beide Gipfel zu Symbolen realer »Global Governance« geworden.

► Der Europäische Rat (ER) besteht aus den Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, ihren Außenministern sowie dem Präsidenten und gegebenenfalls einem weiteren Mitglied der EU-Kommission. Er ist im rechtlichen Sinne kein Organ der EU, taucht aber im Maastrichter Vertrag als ein über allen Instanzen schwebender oberster Gesetzgeber auf. Entschieden wird hier im Konsensverfahren über Dinge, die schon in den Fach-Ministerräten, im Ausschuß der Ständigen Vertreter und in Arbeitsgruppen festgelegt wurden. Seit Mitte der 80er Jahre ist der 1974 gegründete Europäische Rat ein Ort der Verkündung von grundlegenden politischen Richtungsentscheidungen der EWG/EG/EU geworden, wie beim Maastrichter Vertrag im Jahre 1991 und beim Amsterdamer Vertrag 1997. Im Regelfall tritt der Europäische Rat immer in dem Land zusammen, das gerade den Vorsitz im Ministerrat der EU innehat. Der diesjährige Termin, zugleich Abschluß der deutschen Ratspräsidentschaft, bietet eine Woche vor den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) eine Bühne für den Wahlkampf. Da die Regierung Schröder die Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt ihrer Initiativen zur deutschen EU-Präsidentschaft gestellt hat, ist eventuell sogar mit einem »Europäischen Bündnis für Arbeit« zu rechnen. Ein weiteres prominentes Thema könnte die »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) der EU sein, die im Amsterdamer Vertrag (vermutlich ab Mai 1999 in Kraft) formuliert ist. Eine Richtungsentscheidung der EU läßt jedoch eher ein Sondertreffen des Europäischen Rats am 24. März erwarten. Dann soll über die »Agenda 2000« beschieden werden, die durch eine Neuordnung der EU-Finanzen und des Agrarmarktes die Voraussetzungen für die EU-Osterweiterung schaffen soll.

Mehr noch als im System der EU zeigt sich das Legitimationsproblem beim Gipfeltreffen der G7/G8, das erstmals 1975 stattfand. Der Gipfel war zwar als intimer Meinungsaustausch der mächtigsten Männer der Welt gedacht, markierte jedoch nicht den Rückfall in die Feudalzeit, sondern den Übergang in die Ära der Globalisierung. Das Treffen war eine direkte Reaktion auf den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1973, das die Währungen der Welt seit dem Kriegsende mit relativ festen Wechselkursen an den US-Dollar band. Im Mittelpunkt des Abschluß-Kommuniqués stand deshalb auch eine vage Initiative zur Wiederherstellung größerer Stabilität im Weltfinanzsystem. Die zweite Initiative diente dazu, die angeknackste wirtschaftliche Hegemonie der Industriestaaten zu restaurieren. 1973, im Jahr des ersten Ölpreis-Schocks, setzten die ölproduzierenden Staaten erstmals ihre ehemaligen Kolonialherren und den Rest der Welt durch höhere Rohstoffpreise unter Druck. Das war zwar noch nicht der Beginn einer »Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung«, wie sie von den Dritte-Welt-Staaten immer lautstärker gefordert wurde, hinterließ aber tiefe Spuren im Massenbewußtsein (Sonntagsfahrverbote und leere Autobahnen). Kissinger beschrieb eine Strategie, wie die Macht des OPEC-Kartells zu brechen und das alte Machtgefüge wiederherzustellen sei, eine Strategie, die sich in den folgenden Jahren als überaus erfolgreich erwies. Die Stabilisierung des Weltfinanzsystems und die Kontrolle der Weltwirtschaft im Interesse eines neoliberalen, kapitalfreundlichen Kurses sind auch die Grundzüge aller folgenden G7-Treffen (1976 stieß Kanada als siebter Staat hinzu) geblieben, auch wenn sich der Charakter der Treffen seither grundlegend geändert hat. Aus einer intimen Zusammenkunft wurde ein Medienspektakel, aus einem Treffen eine Institution. Das eigentliche Machtzentrum der G7 hat sich im Laufe der Jahre – ähnlich wie beim Europäischen Rat – in die Treffen auf Minister- und Staatssekretärsebene verlagert. Routinemäßig finden vor den Frühjahrstreffen und Jahrestagungen von IWF und Weltbank Abstimmungsrunden der Finanzminister und Notenbankchefs der G7-Staaten statt. Währungsfonds und Weltbank führen im Grunde die Beschlüsse dann nur noch aus. Da in den letzten Jahrzehnten eine de facto »Große Koalition der Neoliberalen« in den Bretton-Woods-Institutionen und in allen Regierungen der großen Industriestaaten den Ton angab, kam es in diesem Kreis zu keinen ernsthaften Konflikten. Seit einigen Jahren sind jedoch Stimmen aus der Gruppe der Sieben zu vernehmen, die auf eine Reform von IWF und Weltbank, auf einen großzügigeren Schuldenerlaß und auf eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte drängen. Auf dem Gipfel in Halifax im Juni 1995 wurde erstmals in einem G7-Dokument die Verschuldung der Entwicklungsländer bei den internationalen Finanzinstitutionen als Problem anerkannt. Zwei Jahre später in Denver wurde zwar noch einmal ein Loblied auf die Segnungen der Globalisierung angestimmt, gleichzeitig konnte man aus dem Text ein vorsichtiges Bekenntnis zur sozialen Regulierung des Welthandels herauslesen. Das Gipfeltreffen im Mai letzten Jahres in Birmingham stand dann ganz im Zeichen der Asienkrise und der Betonung einer sozialen Komponente bei der Strukturanpassung und Auflagenpolitik des IWF. Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs hatten pünktlich zum G8-Gipfel (Rußland saß erstmals gleichberechtigt mit am Konferenztisch) eine Initiative zur Schuldenentlastung vorgestellt, die aber am Widerstand Deutschlands und Japans scheiterte. Für den G8-Gipfel in Köln hat nun die Bundesregierung, allen voran die neue Entwicklungsministerin Heidi Wieczorek-Zeul, eine ähnliche Initiative in Aussicht gestellt. Doch nur eins ist sicher: Auch unter den nun mehrheitlich sozialdemokratisch-reformistisch geprägten Regierungen der G7/G8 wird aus der Schaltzentrale des Neoliberalismus nicht die Wiege einer sozial-ökologischen Regulierung der Weltwirtschaft.

► **Klaus Wardenbach** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei VENRO mit dem Schwerpunkt EU-Entwicklungspolitik

Zu den Veranstaltungen, Gegen-Kongressen, Demonstrationen und Camps, die die Gipfel kritisch begleiten werden, siehe Seite 44 und 50.

Illegale Sozialarbeit
Eingeschänkte Versorgung für Flüchtlinge

von der Gruppe »Medizinische Flüchtlingshilfe Berlin«

Mit den Reformen des Ausländerrechts seit 1991 hat sich die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge drastisch verschlechtert. Nur in akuten Fällen haben AsylbewerberInnen ein Recht auf Behandlung, Illegalisierte nicht einmal dann. Selbstorganisierte und halb-legale Anlaufstellen werden von den Behörden geduldet, um die schlimmsten Auswirkungen dieser Sparpolitik abzufedern – und um Kosten zu sparen.

► Tatsächlich existiert eine Mehrklassenmedizin, die MigrantInnen von einer umfassenden medizinischen Versorgung ausgrenzt und auch Obdachlose, Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfängerlnnen an den unteren Rand drängt. Für Flüchtlinge mit einem eingeschränkten Aufenthaltsstatus sind die Kürzungen seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes gesetzlich verankert: Keine Versorgung bei chronischen Erkrankungen, nur noch Akutbehandlung und somit der Ausschluß aus der Gesundheitsfürsorge. Bei der Verordnung von Medikamenten mag das Gesetz teilweise noch unterlaufen werden, aber immer wieder werden Operationen zur Linderung von chronischen Beschwerden durch die Behörden abgelehnt. Seitens der Standesorganisationen ist die Reaktion darauf sehr unterschiedlich. In Deutschland blieb ein breiter Protest gegen diese Unterversorgung aus. Ausnahmen waren der »Freiburger Appell«, in dem zur uneingeschränkten Behandlung von Asylsuchenden aufgerufen wurde, und ein weitergehender Beschluß der Ärztekammer Niedersachsen, in dem dazu aufgefordert wird, alle PatientInnen unabhängig von Ihrem Status zu behandeln. Im vergangenen Herbst verabschiedete der Weltärztebund eine Resolution, die dazu aufruft, Flüchtlinge zu versorgen, die durch das Netz garantierter Behandlung fallen. Sämtliche diagnostischen Handlungen und Maßnahmen, wie z.B. Handwurzelröntgen bei Minderjährigen zur Altersfeststellung[1] oder die Verabreichung von Beruhigungsmitteln zur vereinfachten Durchführung von Abschiebungen, werden als reine ordnungspolitische Mittel abgelehnt.

Illegalisierte können nicht einmal in akuten Fällen mit medizinischer Versorgung rechnen. Offiziell gar nicht existent, bleiben sie von medizinischer Hilfe ausgeschlossen. Ausnahmen gibt es nur in Bereichen, in denen die deutsche »Volksgesundheit« bedroht scheint, z.B. Tuberkulose- und HIV-Diagnostik, die über die Gesundheitsämter anonym angeboten wird. Auch vor Gründung des Büros für medizinische Flüchtlingshilfe (siehe Kasten) gab es in Berlin schon Gruppen von Flüchtlingen, die über Kontakte zu MedizinerInnen verfügten. Sie arbeiteten ausschließlich klandestin, so daß nur eine sehr kleine Gruppe Illegalisierter »heimlich« versorgt werden konnte. Die Kosten sind bei privater Bezahlung ohne Versicherung oft nicht zu tragen. Allerdings rechnen einige MedizinerInnen nur symbolisch ab.

Gesetz wider den hippokratischen Eid

► Jeder Besuch in einer unbekannten Praxis birgt das Risiko der Denunziation. Die größten Probleme tauchen für Illegalisierte immer dann auf, wenn ein Krankenhausaufenthalt unvermeidbar wird. Falls sich bei einer Anfrage durch ein Krankenhaus herausstellen sollte, daß ein Patient nicht versichert ist, leitet das Krankenhaus die Daten oft an die Ausländerbehörde weiter. Für die meisten Betroffenen bedeutet dies die Gefahr von Abschiebung. In vorauseilendem Gehorsam sind einige Krankenhäuser sogar dazu übergegangen, bei Verdacht auf einen falschen Namen von sich aus die Polizei zu rufen. Dabei spielen finanzielle Motive kaum eine Rolle: Die Sozialämter müssen die Behandlungskosten auch bei Nichtversicherten tragen. Das Defizit, welches durch alle Nichtversicherten – also nicht nur durch Illegalisierte – entsteht, macht jedoch de facto nur wenige Prozent des Budgets der Berliner Krankenhäuser aus. Für die Krankenhäuser, aber auch für die behandelnden Praxen, besteht keinerlei Meldepflicht gegenüber den Polizeibehörden. Im Gegenteil: Die BehandlerInnen müssen das Interesse der PatientInnen wahren und Rücksicht auf deren wirklichen oder mutmaßlichen Willen nehmen – eine Weitermeldung an die Polizei- bzw. Ausländerbehörden fällt sicher nicht darunter.[2] Eine Verfolgung der ÄrztInnen nach § 92a Ausländergesetz (Unterstützung zum unberechtigten Aufenthalt) scheint bei medizinischer Hilfe Illegalisierter ausgeschlossen, da sie sich an der Behandlung nicht bereichern. Darüber hinaus verpflichtet der hippokratische Eid MedizinerInnen, Leiden von Menschen abzuwenden, unabhängig von Geschlecht, Status oder Herkunft. Diese Verpflichtung gilt für alle Menschen, innerhalb der Standesorganisation kann die Verletzung des Eids den Entzug der Approbation nach sich ziehen.

Warum aber sind das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe und andere Gruppen, die Illegalisierte medizinisch unterstützen, bislang von staatlichen Übergriffen verschont geblieben? Es gibt zunächst keinen Hinweis darauf, daß eine solche Arbeit allein aus ethischen Gründen als legal betrachtet werden kann. Der Grund ist profaner: Eigentlich sind – nach dem Subsidaritätsprinzip – die Sozialbehörden für die Gesundheitsversorgung zuständig. Die unbezahlte Arbeit ist ein Ersatz dieser Leistungen und erspart den Sozialämtern Kosten. Allein deshalb fabulierte die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, John (CDU) , daß die Lösung des Problems der medizinischen Versorgung in Berlin bereits gefunden sei. Der Rückzug des Staats aus dem Gesundheitsbereich, insbesondere bei Flüchtlingen, führt dazu, daß medizinische Projekte und andere Unterstützungsorganisationen sich immer mehr auf dem Feld der politisierten Sozialarbeit engagieren, um wenigstens einzelnen helfen zu können. Allerdings wird damit weder die rassistische Asyl- und Einwanderungspolitik angekratzt noch das Verständnis von Gesundheitspolitik.

Anmerkungen:

1 Vgl. dazu: Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM) Heft 4, Sie behandeln uns wie Tiere, Berlin/Göttingen 1997

2 Nach Auskunft der Berliner Ärztekammer

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe

► Seit April 1996 bietet das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe illegalisierten Flüchtlingen zweimal wöchentlich – Montag und Donnerstag jeweils zwischen 16.30 und 18.30 Uhr – die Vermittlung medizinischer Behandlung an. Und das in weitestgehend allen medizinischen – nicht nur schulmedizinischen – Fachrichtungen. Die Behandlungen sind grundsätzlich kostenlos und anonymisiert, eventuell anfallende Kosten für Krankenhausaufenthalte, z. B. bei Entbindungen, Medikamente, Brillen oder sonstiges Hilfsmaterial, werden aus Spendenmitteln finanziert. Die Anlaufadresse ist Gneisenaustr. 2a (Mehringhof), 10961 Berlin, Tel.: 030-6946746. Getragen wird das Büro von ca. 40 Leuten, die die Dienste abdecken, knapp über 100 medizinischen BehandlerInnen und über 30 DolmetscherInnen. Steuerabzugsfähige Geldspenden an: FFM e.V., Stichwort »Medizinische Hilfe«, Kto.-Nr. 610 027 263 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00.



Schuldlos schuldenfrei

Wie das Londoner Abkommen Deutschland normalisierte

von **Ralph-Bodo Klimmeck**

Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 gilt als wirtschaftspolitisches Pendant zum Deutschlandvertrag der vier Siegermächte. Es förderte den Wiedereintritt der deutschen Wirtschaft in den internationalen Wirtschaftsverkehr und war Voraussetzung für eine anhaltende Prosperität. Gleichzeitig diente das Abkommen politischen Zielen: zum einen der Normalisierung der politischen Beziehungen zu den westlichen Staaten und zum anderen dem Aufschub etwaiger Reparations- oder Entschädigungzahlungen aus dem Ausland auf den Sankt-Nimmerleinstag.

► Das Londoner Schuldenabkommen, das die Bundesrepublik am 27. Februar 1953 mit zunächst 20, durch weitere Beitritte dann mit insgesamt 32 Staaten abgeschlossen hatte, regelte die Vorkriegsschulden des ehemaligen Deutschen Reiches und die bundesdeutschen Nachkriegsschulden, die aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Alliierten entstanden waren. Im Rahmen des hier festgelegten Zahlungsplans wurden die Vorkriegsschulden, hauptsächlich Auslandsanleihen, die seit dem Ende des Ersten Weltkrieges noch offen standen, aber auch die Nachkriegsschulden um ca. 50 % auf zusammen ca. 14,5 Mrd. DM herabgesetzt. Zudem wurde vereinbart, daß in den ersten fünf Jahren lediglich die Zinsen beglichen werden sollten. Diese Wiederaufnahme der Zahlungen hat speziell der exportorientierten Privatwirtschaft zu Kreditwürdigkeit verholfen, die Rückkehr zu einer »normalen« Außenhandelsfinanzierung ermöglicht und damit zur ökonomischen Prosperität der Bundesrepublik beigetragen.

In erster Linie war die Schuldenregelung jedoch eine hochpolitische Angelegenheit. So hatte die Bundesrepublik mit dem Abkommen nicht nur formal die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches angetreten. Bereits im Gegenzug zur Erklärung der Bundesregierung vom 6. März 1951, die Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches zu übernehmen und an einer zentralen Regelung öffentlicher und privater deutscher Schulden im Ausland mitzuwirken, hatten die USA, Großbritannien und Frankreich die Grundlage ihrer Besatzungsherrschaft, das Besatzungsstatut, in zentralen Punkten revidiert: Der Bundesrepublik wurde nun vor allem mit der Wiedererrichtung eines Auswärtigen Amtes eine formal eigenständige Außenpolitik ermöglicht. Das Londoner Schuldenabkommen kam aber nicht nur dem Normalisierungsbestreben der Bonner Regierung entgegen, es enthielt zusätzlich ein »Bonbon«, das den wirtschaftlichen Take-off der jungen Bundesrepublik entscheidend prägte.

Das Abkommen regelte nämlich nicht nur staatliche und private Vor- und Nachkriegsschulden, sondern enthielt auch eine versteckte Reparationsregelung: Artikel 5 (2) stellte »Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnde Stellen oder Personen« bis zur »endgültigen Regelung der Reparationsfrage« in einem Friedensvertrag zurück. Mit dieser Regelung war gewährleistet, daß alle während des Zweiten Weltkriegs aufgelaufenen Staatsschulden, von deutschen Finanzsachverständigen 1949 im Auftrag der Alliierten Hohen Kommission auf ca. 380 Mrd. DM geschätzt, auf unabsehbare Zeit nicht würden beglichen werden müssen, da ein

▶ *Die Bundesrepublik Deutschland ist fünfzig Jahre alt. Landauf, landab wird eine erstaunliche Erfolgsgeschichte gefeiert: Politisch und gesellschaftlich erfolgte eine Demokratisierung, ohne daß ihr eine Entnazifizierung vorausging oder sie begleitete, die diesen Namen verdient gehabt hätte; außenpolitisch entwickelte sich die Bundesrepublik von einem Paria der Staatengemeinschaft zu einer zunächst wirtschaftlichen, und nun auch politischen wie militärischen Großmacht, die ohne Tschingdarassabum in den Weltsicherheitsrat einziehen wird. Aus dem Problemfall Deutschland wurde das vielfach bewunderte und geachtete, zuweilen aber immer noch gefürchtete und beargwöhnte Modell Bundesrepublik. In einer historisch angelegten Reihe wollen wir Aspekte der fünfzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik hervorheben, die ihre Stellung in der Welt betreffen: ihre internen Selbstverständnisdebatten – auf neudeutsch: Identitätsdiskurse –, ihre Außen- und Entwicklungspolitik und ihre Einbettung in den internationalen Wirtschaftsverkehr. Wir beginnen die Reihe mit einem Artikel über das Londoner Schuldenabkommen, dem eine ebenso große politische Bedeutung zukam wie dem Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg.*

Dieser Beitrag hat über die Reihe hinaus einen eigenen Entstehungshintergrund. In den Nummern 232 und 233 kritisierten wir die Argumentationsweisen der »Erlaßjahrkampagne 2000«, die sich mit den Slogans »Von Abs lernen« und später »Von London lernen« für eine Entschuldung von Entwicklungsländern im Jahr 2000 einsetzt. Die Träger der Kampagne wiesen seinerzeit unseren Hinweis auf die Fragwürdigkeit eines positiven Bezugs auf die teilweise Entschuldung der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zurück, indem sie erklärten, es sei in London ja nicht um die Kriegsschulden der Nazis gegangen. Daß genau in der Ausklammerung sämtlicher Entschädigungs- oder Reparationsansprüche der eigentliche Skandal liegt, ist auch uns zunächst entgangen. Das Londoner Schuldenabkommen hatte damit eine andere politische Dimension, als es die Erlaßjahrkampagne herausstellen möchte. Denn, so lautet die »Lehre aus London«: Beginne ruhig einen Weltkrieg, betreibe eine konsequente Vernichtungspolitik, raube, was dir in die Finger fällt – und dir wird hinterher dennoch geholfen werden, wenn es in die politische Großwetterlage paßt.

Friedensvertrag der Zustimmung aller Siegermächte, damit auch der Sowjetunion, bedurft hätte.

Der Reparationsaufschub bedeutete faktisch einen Reparationsverzicht, der es Staatsangehörigen der Unterzeichnerstaaten unmöglich machte, individuelle Entschädigungsforderungen an die Bundesrepublik oder an westdeutsche Industriebetriebe, die während des Zweiten Weltkriegs KZ-Häftlinge und Fremdarbeiter eingesetzt hatten, heranzutragen, da diese streng juristisch nur über eine Reparationsregelung durchzusetzen waren. Erst die Anerkennung des »Zwei-plus-Vier-Vertrages« als Ersatzfriedensvertrag hat Ende 1997 Bewegung in die Entschädigungsdebatte gebracht, da die Regelung des Art. 5 (2) der »gerichtlichen Überprüfung von aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Individualforderungen« nun juristisch nicht mehr entgegensteht.

Wie kam es zu dieser für die Bundesrepublik vorteilhaften Regelung, rechtzeitig zu dem Zeitpunkt, da die größten Schwierigkeiten des Wiederaufbaus überwunden waren und sich das 'Wirtschaftswunder' bereits abzeichnete? Der damalige deutsche Delegationsleiter in London, Hermann Josef Abs, hat immer wieder betont, er hätte immer wieder auf die begrenzten Mittel und die drohende Zahlungsunfähigkeit der jungen Bundesrepublik hingewiesen und deshalb eine solch günstige Schuldenregelung ausgehandelt. Diese Angabe kann jedoch schon deshalb nicht befriedigen, weil bereits lange vor Abschluß des Abkommens die politische Entscheidung gefallen war, die Bundesrepublik vor möglichen Entschädigungsforderungen vor allem aus dem kommunistischen Machtbereich zu schützen und sie in das westliche Bündnis zu integrieren. Daß es nicht allein um die »Wiedererlangung der kaufmännischen Kreditfähigkeit« bei der Regelung der Schuldenfrage gegangen ist, zeigt ein Schreiben der Alliierten vom 23.10.1950, in dem sie die Bundesregierung zur Schuldenübernahme aufgefordert hatten. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde primär ein politisches Ziel genannt: nämlich eine »dauerhafte Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu den Ländern des Westens« einzuleiten, um die »politische Stellung der Bundesrepublik in der westlichen Welt zu stärken«. Und im Einladungsschreiben der Alliierten an die Bundesrepublik (12.5.1951), an den Vorverhandlungen für eine Schuldenkonferenz teilzunehmen, wurden kriegsbedingte Forderungen explizit ausgeschlossen. Man darf hinter dem Londoner Schuldenabkommen daher dieselben handfesten außen- und sicherheitspolitische Interessen vermuten, wie beispielsweise hinter dem sogenannten Marshall-Plan. Aus amerikanischer Sicht wäre es aberwitzig gewesen, wären die Gelder, die sie nach Deutschland pumpten, über den Umweg der Reparationszahlungen schließlich in der Sowjetunion gelandet.

Erneut kreditfähig: wirtschaftlich, politisch, moralisch

▶ Mit der Forderung nach Rückzahlung der Vorkriegsschulden wurde die Bundesrepublik erstmals Ende 1949 im Anschluß an die Unterzeichnung eines Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA konfrontiert. Zuvor hatten grundlegende Absprachen stattgefunden, die die Westalliierten noch vor Gründung der Bundesrepublik getroffen hatten: Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA verständigten sich im April 1949 darauf, von der Bundesregierung eine formale Anerkennung ausländischer Forderungen zu verlangen, falls sie eines Tages auf alliierte Vorbehaltsrechte im Bereich der bundesdeutschen Außenpolitik verzichten würden. In der gemeinsamen Absichtserklärung waren noch alle finanziellen Forderungen gegenüber Deutschland enthalten, ohne öffentliche und private Schulden voneinander zu trennen. Auch hatten sie kriegsbedingte Forderungen besonders berücksichtigt und sich das Recht vorbehalten, zu einem späteren Zeitpunkt alle finanziellen Forderungen, somit auch Entschädigungsfragen, einer Regelung zuzuführen. Noch in der Vorbereitung der Außenministerkonferenz vom Mai 1950 war nicht absehbar, daß die Deutschlandpolitik in ihren Mittelpunkt treten werde. Man beschränkte sich auf wirtschaftspolitische Vorüberlegungen, auf Maßnahmen gegen die Inflation und die Ausweitung langfristiger Kredite für Westdeutschland.

Die sich zuspitzende Ost-West-Konfrontation, vor allem Sicherheitsbedenken US-amerikanischer und britischer Militäroberbefehlshaber änderten dies; die Westintegration der Bundesrepublik sollte deutlich forciert werden. Vor allem die US-Amerikaner deuteten an, auch Westdeutschland könne einen finanziellen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Außerdem mußte ein Weg gefunden

werden, um dem alliierten Mißtrauen gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner zu begegnen: Man verabredete ein Stufenprogramm zur Verbesserung der politischen Situation der Bundesrepublik, das mit bundesdeutschen Gegenleistungen aktiviert werden sollte. Um für diese Zielvorstellung eine Lösung zu erarbeiten, sollte die »Intergovernmental Study Group on Germany« bis zum September einen abschließenden Bericht vorlegen.



Wieder im Mittelpunkt: Nazi-Bankier Abs inmitten der Verhandlungsdelegation.

Das aus Diplomaten der USA, Großbritanniens und Frankreichs zusammengesetzte Gremium nahm seine Arbeit im Juni 1950 in London auf. Vor allem die US-Amerikaner wollten der Bundesrepublik die rasche Rückkehr auf das diplomatische Parkett ermöglichen. Das hieß aber, neben dem völkerrechtlichen Problem der Rechtsnachfolge für das Deutsche Reich auch praktische Fragen wie die Übernahme der alten Schulden zu erörtern. Man wollte von der Bundesregierung als Gegenleistung zur Revision des Besatzungsstatuts eine Zusage einfordern, daß sie zur Begleichung der Auslandsschulden bereit sei. Allerdings war allen Beteiligten klar, daß die Bundesrepublik auf absehbare Zeit zahlungsunfähig wäre, würde man die vollständige Begleichung der Schulden einfordern. Dennoch vereinbarten sie, zusätzlich zu den Vorkriegsschulden die Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe zu berücksichtigen. Diese Erweiterung nahm vor allem die USA als größtes Gläubigerland in die Verantwortung, damit Großbritannien als vorrangiger Gläubiger von Vorkriegsforderungen nicht als einziger Staat umfassende Verzichte würde erklären müssen. Alle französischen Initiativen, auch kriegsbedingte Forderungen zu berücksichtigen, scheiterten am britisch-amerikanischem Veto. Die Anerkennung der Schulden sollte vor allem ein symbolischer Akt sein, um wirtschaftlich, politisch und moralisch wieder kreditwürdig zu sein.

Die New Yorker Außenministerkonferenz vom September 1950 akzeptierte die Vorschläge der Study Group nahezu diskussionslos. Damit war als kleinster gemeinsamer Nenner nur noch die Forderung nach Übernahme der staatlichen Vorkriegsschulden und die Forderung nach Mitarbeit an einem zentralen Regelungsplan, der auch private Vorkriegsschulden umfassen sollte, übrig geblieben, ergänzt um die Maßgabe, nochmals die Haftung für die Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe zu erklären. Die Nichtberücksichtigung kriegsbedingter Forderungen war somit das Ergebnis einer politischen Nützlichkeitserwägung, die Schuldenfrage ein Instrument, um einen neuen Bündnispartner mit einer formal eigenständigen Außenpolitik zu gewinnen.

Unwürdiges Ringen um einen symbolischen Akt

► Der Bundesregierung wurde wenige Tage nach der New Yorker Konferenz am 23.9.1950 mitgeteilt, daß man von ihr erwarte, die »Haftung für die deutschen Auslandsschulden der Vorkriegszeit sowie für die aus der wirtschaftlichen Unterstützung in der Nachkriegszeit entstandenen Schulden anzuerkennen und sich bereit zu erklären, bei der Aufstellung eines angemessenen Planes für die Regelung dieser Schulden mitzuarbeiten«. Die Bundesregierung rührte sich zunächst nicht und versuchte die Schuldenproblematik auszusitzen. Daraufhin erhöhten die Alliierten noch einmal den diplomatischen Druck und übersandten der Bundesregierung einen Monat später erneut eine schriftliche Aufforderung, nunmehr in der Form eines Entwurfes für die Schuldübernahmeerklärung. Sie schlug jetzt vor, den Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe solle der Vorrang vor allen anderen Forderungen eingeräumt werden. Damit signalisierten die Alliierten der Bundesregierung, daß sie gewillt waren, der Einforderung kriegsbedingter Schulden einen Riegel vorzuschieben.

Nach mehreren Monaten der Diskussion präsentierte die Bundesregierung Anfang Februar 1951 einen eigenen Entwurf. Sie übernahm den Gedanken der wirtschaftlichen Zweckbestimmung nunmehr in das Anerkennungsschreiben: Die Schuldenregelung sollte der »Wiedererlangeung der Kreditfähigkeit« dienen. Diese Maßgabe sollte für alle Beteiligten verpflichtenden Charakters sein und präjudizierende Wirkungen auf die politisch unausweichliche Schuldenregelung ausüben. Die Bundesregierung schlug zudem vor, nun auch alle privaten kommerziellen Forderungen vorrangig zu bedienen, da diese aus kaufmännischer Sicht der Normalisierung der Handelsbeziehung und damit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau am förderlichsten seien. Die Priorität der alliierten Forderungen und der privaten kommerziellen Auslandsschulden ließen die Begleichung kriegsbedingter Forderungen in weite Ferne rücken.

Die Alliierten akzeptierten die von der Bundesregierung angeregte Zweckbestimmung weitgehend widerspruchslos. Das Londoner Schuldenabkommen war Ausdruck eines gemeinsamen Anliegens: Eine politische Diskreditierung der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches sollte verhindert werden, die eine breite Debatte nationalsozialistischer Tötungsverbrechen und Raubzüge zwangsläufig bedeutet und die eine Integration in ein westliches Bündnis gegen die Sowjetunion erschwert hätte. Die »Wiedererlangung der Kreditfähigkeit« diente somit als Deckdiskurs, mit dem langfristige Politikziele kaschiert werden sollten. Die Bundesregierung hatte mit der Aufnahme der Zweckbestimmung in den Notenwechsel zudem erreicht, daß auch unkalkulierbare finanzielle Belastungen aus möglichen Entschädigungsforderungen vertagt werden konnten.

Artikel 5 (2) des Schuldenabkommens vom 27. Februar 1953 war das Ergebnis einer konzertierten Zusammenarbeit der Alliierten, hier vorrangig der US-Amerikaner, und der Bundesregierung. Der Kalte Krieg hatte sich als glücklicher Umstand und erster Verbündeter der Bundesrepublik erwiesen, um die Folgen des Zweiten Weltkrieges für Deutschland deutlich abzumildern. Die Bundesrepublik sicherte sich im Schatten des sich in Westeuropa abzeichnenden ökonomischen Take-offs – Stichwort Korea-Boom – einen maßgeblichen Anteil an einer Wohlstandsentwicklung, der den meisten der ehemaligen Fremdarbeitern versagt bleiben sollte. Noch im Sommer 1944 war jede dritte bis vierte Arbeitskraft in der Industrie ein Zwangsarbeiter. Von der Bundesrepublik entschädigt wurden bis heute nur wenige von ihnen.

► **Ralph-Bodo Klimmeck** studiert Neuere und Neueste Geschichte in Freiburg und hat gerade seine Magisterarbeit *»Die Vorgeschichte des Londoner Schuldenabkommens vom Februar 1953«* beendet.

Investitionsklima turbulent, Donnerwetter über Asien, weitere Aussichten: unbeständig

Im Sommer 1997 platzte mit dem Beginn der Währungskrise in Bangkok der Traum vom pazifischen Zeitalter. Das von vielen Experten – auch innerhalb der Weltbank – als dauerhaftes »East Asian Miracle« betitelte Entwicklungsmodell zerbrach innerhalb weniger Wochen. »In einem grauen Betonbau am Rande der Hauptstadt Bangkok«, so der SPIEGEL, »hatten sich die Beamten der Bank von Thailand mit ihrem Chef Rerngchai Marakanond verschanzt und verteidigten verzweifelt ihre Währung, den Bath. Tag und Nacht harrten sie hinter ihren Computern aus und rangen mit übermächtigen Spekulanten in den Geldmetropolen der Welt, die Millionen von Bath abstießen wie Müll.«

Solche strukturell antisemitischen 'Analysen', die das Zerrbild vom raffenden Kapital und seiner Zinsknechtschaft immer wieder reproduzieren, verstellen den Blick auf kapitalistische Strukturkrisen, die nun wahrlich nichts Neues sind, und auf die politischen und ideologischen Triebkräfte von Währungstransaktionen wie Monetarismus und Neoliberalismus. Es agieren keine finsteren Spekulanten, sondern gut ausgebildete Fondsmanager, die für ihre Kunden das Optimale rausholen. Sie können das in immer größerem Umfang tun, da seit Mitte der 70er Jahre die sogenannten Eurogeldmärkte – frei von jeder Aufsicht und Beschränkung – rapide gewachsen sind. Die Welthandelsumsätze haben sich seit zwanzig Jahren etwa verdreifacht, die Devisenmarktumsätze aber mehr als verachtfacht.

Bei diesem Geschäft standen für die Anleger die 'emerging markets' der Tigerstaaten, aber auch Schwellenländer wie Brasilien und zeitweise sogar Rußland ganz oben auf der Liste. Es lockten sonnige Aussichten: vergleichsweise hohe Wachstumszahlen, die harte Hand einer autoritären Regierung und das Versprechen einer schnellen Rendite. Die früher vorherrschenden langfristigen Investitionen wurden von den Yuppies mit einem hoffnungslos veralteten klassischen Kapitalismus in Verbindung gebracht. Für sie gab es nur einen crash, und zwar den nach oben. Doch in den Sommern 1997 und 1998 wiederholte sich das Spiel von 1987, als eine Vorgängergeneration an die Schranke fallender Kurse gestoßen war.

Allerdings sind heute die Dimensionen der Währungs- und Börsenschwankungen ungleich größer. Droht in einem Land vermeintliche oder reale Gefahr für die Anleger, wird ein neuer Markt gesucht, und das kostet heute nur noch einige Mausklicksekunden. Plötzlich haben die kurz vorher noch gelobten Regierungen eine schwache Bankenaufsicht oder sind schlichtweg korrupt. Der Dominoeffekt mit all seinen psychologischen Lawinen überrollt dann nicht nur die Kapitalmärkte. Betroffene Regierungen verpulvern ihre Devisenreserven und versuchen, über höhere Zinsen einige der Anleger zu halten. Damit belasten sie in- und ausländische Kreditnehmer, die entweder in Fabriken investieren oder Konsumentenkredite aufnehmen wollen. Und plötzlich heißt es 'rien ne va plus': Der Präsident muß eine Blut-, Schweiß- und Tränenrede halten und nicht selten einige Monate später abtreten.

Die Verlierer dieser Krisen sind nicht nur die Armen, die schon seit Jahren unter neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen zu leiden haben, sondern neuerdings auch Mittelklassen, die in den letzten dreißig Jahren nicht nur in Südostasien entstanden sind. Ähnlich wie 1995 in Mexico werden heute in Indonesien große Teile der Gesellschaft in den finanziellen Ruin getrieben. Die Einkommensschere öffnet sich noch weiter. In Brasilien entläßt das Management die Kernbelegschaften bei Ford/Sao Paulo. Mitte Januar 1999 stehen sie protestierend vor den Werkstoren ihrer Kollegen bei VW und suchen Solidarität. Ihr Zeichen ist das Logo ihrer früheren Firma, die Ford-Pflaume, auf der nun aber »Fame« (Hunger) steht. Derweil verteilt die Metallgewerkschaft Notpakete an die Familien der Arbeiter, die noch vor kurzem die Einkaufszentren bevölkerten. Auch andernorts gibt es soziale Bewegungen, die die Folgen dieser Krisen nicht mehr ertragen wollen. In Chiapas 1994 mit »Ya basta!« oder in Frankreich 1997 mit »Ras le bol« gingen die Warnungen in die eine, in Indonesien 1998 mit der Plünderung der Geschäfte der chinesischen Minderheit in die andere Richtung *(vgl. iz3w Nr 228).*

Hierzulande beschäftigen sich die Medien kaum mit der zunehmenden Armut, sondern allabendlich – kurz vor der Wettervorhersage – mit den zuckenden Kursausschlägen der Börsen. Denn es gibt ja auch Gewinner: Wer im Sommer letzten Jahres seine Papiere rechtzeitig abstieß, konnte die crashs über sich hinwegziehen lassen und zu Beginn diesen Jahres wieder voll einsteigen. Auf dem Frankfurter Parkett rollt wie bei jedem erneuten Überspringen einer Tausender-Marke des DAX-Index eine riesige Torte mit Wunderkerzen durch den Raum.

Immer offensichtlicher wird, daß der globalisierte Kapitalismus in Krisen geraten ist, die transformatorische Bedeutung bekommen haben. Nicht zuletzt die Erosion des neoliberalen Modells und die Renaissance keynesisanischer Krisenbewältigungsstrategien weisen darauf hin. Doch was genau macht die Turbulenzen des Weltmarktes eigentlich aus? Wie unterscheiden sich die Krisen etwa in Asien und Lateinamerika voneinander? Von *einer* Krise zu reden, das zeigen die Beiträge dieses Themenschwerpunktes, wird der Vielschichtigkeit weltwirtschaftlicher Strukturen jedenfalls nicht gerecht. Und ebensowenig, wie es eindeutige Kausalitäten beim Zustandekommen der Krisen gibt, lassen sich einfache Lösungen finden: Wer verspricht, die Strukturkrisen kapitalistischer Verwertung mit der Einrichtung einer neuen Weltfinanzordnung zu beheben, möchte von der grundlegenden Irrationalität und der destruktiven Energie des Kapitalismus nichts wissen.

die redaktion

Tödliche Medizin

Klaus Peter Kisker über Spekulationen, Krisen und die »Irrationalität des Kapitalismus«

► **iz3w:** *Die Turbulenzen auf dem Weltmarkt, die Krisenereignisse in Südostasien und Rußland oder die Börsencrashs werden häufig psychologisch begründet. Triebe und Gefühle, Habgier und Panik brächten die Finanzwelt in Schwierigkeiten. Der SPIEGEL schreibt von »aberwitzigen Finanzspekulationen«, die die Welt an den Rand einer Wirtschaftskrise geführt habe. Alles nur Panikmache?*

► **Klaus Peter Kisker:** Wir haben zweifellos im Moment eine aberwitzige Spekulation und Turbulenzen auf dem Weltmarkt, aber das sind eher Symptome einer dahinterliegenden realen Krise. Die Gründe dafür liegen letztlich in der Ökonomie, in der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Ich würde diese Spekulationskrise nicht mit Psychologie, mit Habgier oder mit Panik begründen. Natürlich spielen diese Momente mit und forcieren die Krise.

Wie kann eine Krise, die in Asien beginnt, auf Rußland übergreifen und bis nach Lateinamerika reichen?

► Das hat mit realen ökonomischen Fakten zu tun. In Westeuropa und Nordamerika gibt es sehr viel anlagesuchendes Kapital, weil die realen Investitionsmöglichkeiten weit hinter den Gewinnen zurückgeblieben sind. Das hat zu einer Aufblähung des internationalen Geld- und Kapitalmarktes geführt. Das Geld wird hochspekulativ in die ostasiatischen und lateinamerikanischen Staaten gepumpt – und zwar in der Regel als kurzfristige Anlage. Der Mechanismus ist folgender: Man hat den südostasiatischen und auch den lateinamerikanischen Ländern sehr viel Geld zu relativ günstigen Bedingungen an die Hand gegeben, praktisch aufgedrängt, ohne ihnen die entsprechenden Absatzmöglichkeiten für die damit zu entwickelnden produktiven Anlagen zu schaffen. Die weltweiten Überkapazitäten in fast allen Branchen machen es für die asiatischen und lateinamerikanischen Länder äußerst schwer, die Gelder wirklich gewinnbringend in produktiven Anlagen anzulegen. Der Druck, daß die Schulden schnell und kurzfristig zurückgezahlt werden müssen, hat dazu geführt, daß in äußerst spekulative Felder investiert wurde, zum Beispiel in Immobilien. Oder das Geld wurde für Aktienkäufe ausgegeben.

Warum wird denn das Geld nicht längerfristig angelegt, sondern in kurzfristige Spekulationsobjekte, wo doch jetzt klar ist, daß die Risiken dort mindestens genauso groß sind?

► Es ist eine aus der Not geborene Situation. Die riesigen, nicht realwirtschaftlich verwendbaren Gelder suchen Anlagemöglichkeiten. Die Kapitalgeber wissen sehr gut, daß die Aussichten für langfristige Anlagen nicht sehr günstig sind, also versuchen sie, kurzfristig Gewinne einzustreichen. Das Risiko lassen sie sich über sehr hohe Zinsen verbuchen.

Korea und Brasilien galten lange als Musterschüler einer nachholenden Entwicklung, jetzt sind sie Patienten auf der Intensivstation. Hat das Konsequenzen auf die Entwicklungstheorie, die ja zuletzt wieder stark an die traditionelle Modernisierungstheorie angelehnt war?

► Ja, die Vorstellung, daß man durch möglichst viele Direktinvestitionen einem Dritte-Welt-Land zur Entwicklung verhelfen kann, daß also die kapitalimportierende Entwicklung der Schlüssel zum Erfolg ist, ist gründlich ins Wanken geraten. Es zeigt sich auch hier, daß diese Staaten kein abstraktes Kapital brauchen, sondern Kapital, das sie auch gebrauchen können. Die Kapitalisierung, die Einbindung der Dritte-Welt-Staaten in den kapitalistischen Weltmarkt, ist fast ausschließlich nach den Interessen der multinationalen Konzerne und nicht nach den Bedürfnissen der die Direktinvestitionen aufnehmenden Staaten geschehen. Das ist in Südostasien sehr deutlich geworden. Auch die Investitionen, die nicht direkt in Immobilien flossen, sind nach den Interessen der Konzerne getätigt worden, unabhängig davon, ob die Leute in Indonesien oder Taiwan etwas mit dem produzierten Zeug anfangen konnten. Man hat Fabriken versprochen und auch hingestellt, ohne Absatzmärkte zu garantieren. Die Kapitale sind unter den gegenwärtigen Bedingungen gezwungen, kurzfristige Gewinne zu maximieren. Sie können nicht darauf warten, daß sich in den nächsten zehn Jahren in Indonesien oder sonstwo langsam ein einheimischer Markt entwickelt.

Das ist aber doch eine Entwicklung, wie sie seit Mitte der 70er Jahre läuft. Was macht die spezifische Situation aus, die dazu geführt hat, daß es seit Mitte letzten Jahres crasht?

► Richtig. Im Grunde genommen hat sich das seit längerer Zeit schon angedeutet. Seit Mitte der 70er Jahre explodieren die Schulden der Entwicklungsländer. Es ist also kein ganz neues Phänomen, nur haben die wachsenden Geldmengen das Problem verstärkt.

Jetzt ist eine Art von Dominoeffekt zu beobachten. [Vgl. dazu den Beitrag von Martina Metzger in diesem Heft.] Die Krise begann in Asien, ging dann auf Rußland und Lateinamerika über. Woran liegt dies, und wird sich der Effekt noch fortsetzen?

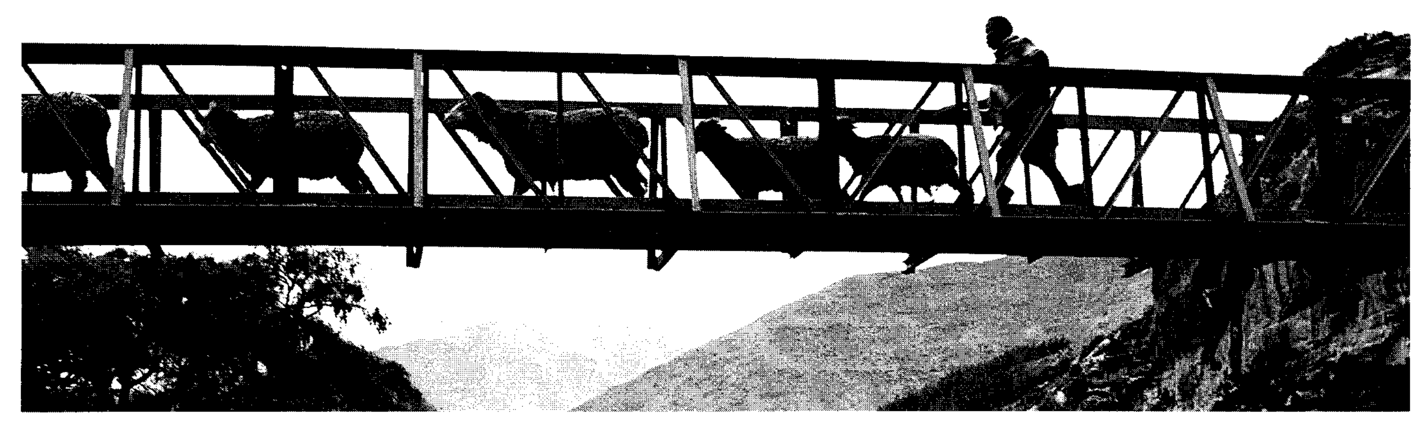
► Dominoeffekte gibt es in den asiatischen Ländern. Die Krise in den sogenannten Tigerstaaten hat sich sehr schnell auf den ganzen südostasiatischen Raum und insbesondere auch auf Japan ausgedehnt. Von einem unmittelbaren Dominoeffekt auf Lateinamerika kann man aber nicht sprechen. Dort liegen nur die Probleme ähnlich. Auch da wurde sehr viel spekulatives Geld angelegt. Die beiden parallelen, vordergründig Finanzkrisen genannten Entwicklungen werden sich auf Nordamerika stärker als auf Westeuropa auswirken, weil aus Nordamerika sehr viel mehr Geld in die südostasiatischen und lateinamerikanischen Staaten geflossen ist als aus Europa. Wenn jetzt einige Länder ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können, kommt wahrscheinlich eine ganze Reihe amerikanischer Banken in Schwierigkeiten. Das hat jedoch auch einen realwirtschaftlichen Effekt. Der Zwang, kurzfristig Kredite zurückzahlen zu müssen, führt dazu, daß die verschuldeten Länder ihre Importe einschränken werden. Das beeinträchtigt ganz erheblich die Exportfähigkeit der nordamerikanischen und westeuropäischen Staaten.

Diese Argumentation gab es ja auch schon zu Beginn der Schuldenkrise.

► Es wurde versucht, die Schuldenkrise auf Kosten der Bevölkerung zum Beispiel der lateinamerikanischen Staaten zu lösen, indem der Internationale Währungsfonds eine sehr harte Austeritätspolitik verordnete. Ein Teil des Schuldenproblems ist letztlich via Steuern auch der Bevölkerung Nordamerikas und Westeuropas aufgeladen worden. Zweifellos hat dies die Einkommenskluft zwischen »erster« und »dritter« Welt verschärft, zweitens aber auch jeweils innerhalb der Metropolen und innerhalb der »Dritten Welt«.

Was meint eigentlich der Begriff »Krise«? Sind es die Pleiten und Crashs, ist es die Arbeitslosigkeit oder die Verschuldung?

► Das alles sind nur Auswirkungen der eigentlichen Krise. Dem zugrunde liegt eine längerfristige strukturelle Überakkumulationskrise, die wir seit Ende der 70er Jahre weltweit als Trend, unterbrochen nur durch konjunkturelle Schwankungen, sehen können. Seitdem sind die Gewinne der Unternehmen durch Realinvestitionen nicht mehr zu erhöhen. Das heißt: auf fast allen relevanten Märkten ist so viel Kapital angesammelt wor-



»Kapitalverkehrssteuern wären ein Schritt in die richtige Richtung.« Foto: H. G. Schiele

den, daß die Neuinvestitionen nicht mehr zur Erhöhung der Gewinne führen. Seitdem gibt es Überkapazitäten, und wenn Überkapazitäten existieren, wird nicht mehr investiert. Wenn nicht mehr investiert wird, fehlt ein erheblicher Teil der Nachfrage. Das ist ein Teufelskreis.

... der durch den »tendenziellen Fall der Profitrate« begründet werden kann?

▶ Der tendenzielle Fall der Profitrate ist ein alter Hut, den es seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gibt – unterbrochen durch die Kriege und eine kurze Prosperitätsphase nach dem zweiten Weltkrieg. Das haben Keynes und Marx gleichermaßen beschrieben, bei Keynes heißt das fallende Grenzleistungen. Damit konnten die Unternehmen so lange und so gut leben, wie der Fall der Profitrate durch steigende Profitmassen kompensiert werden konnte. Die einzelnen Unternehmen sind – grob gesagt – in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts so stark gewachsen, daß die Profitmasse gesteigert werden konnte. Jetzt aber hat sich so viel Kapital angesammelt, daß das, was zusätzlich durch Investitionen dazukommt, nicht mehr ausreicht, diesen Fall der Profitrate zu kompensieren. Das Ergebnis ist: Jede Mark, die heute in Erweiterungsinvestitionen gesteckt wird, mindert den absoluten Gewinn morgen. Dieses Problem hat zu einer starken Drosselung der Investitionstätigkeit geführt. Wir haben in den Metropolenstaaten weltweit das Problem, daß die Investitionsquote, also der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt, dramatisch zurückgegangen ist. Hinzu kommt, daß sich die Zusammensetzung der Investitionen sehr stark geändert hat. Waren bis in die 60er Jahre ein wesentlicher Teil der Investitionen Erweiterungsinvestitionen, so besteht heute die Masse aus Rationalisierungsinvestitionen.

Das hört sich so an, als prophezeiten Sie einen Crash.

▶ Ich bin kein Crash-Prophet, weil ich sehr genau sehe, daß das Kapital Maßnahmen ergriffen hat, die zumindest für die nächste Zeit die Auswirkungen dieser geschilderten Situation mindern können. Diese Gegenmaßnahmen lassen sich mit dem Stichwort Deregulierung beschreiben. Seit Ende der 70er Jahre werden Löhne gedrückt, gibt es einen Abbau von Sozialstaatlichkeit, einen Reallohnabbau, incl. der Lohnnebenkosten. Es hat eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden durch die Deregulierungsmaßnahmen und den Abbau des Sozialstaates. Das sind aus der Sicht des Kapitals erfolgreiche Strategien gewesen. Abzulesen ist das an der Lohnquote, dem Verhältnis von Lohn und Gewinnen, die so niedrig ist wie zuletzt in den 60er Jahren. Damit hat das Kapital den Fall der Profitrate ein wenig kompensieren können.

Die Deregulierung, die Sie als Erfolgs-Projekt des Kapitals bezeichnet haben, wird jetzt verantwortlich gemacht für die jüngsten Turbulenzen. Es wird gesagt, man brauche wieder eine gewisse Finanzarchitektur, um die Börsen wieder in ein Gleichgewicht zu bringen. Generell wird dem Neoliberalismus – zumindest im Feuilleton – attestiert, an ein Ende gekommen zu sein.

▶ Diese Deregulierung ist eine tödliche Medizin. Eine Medizin, mit der das Kapital kurz- bis mittelfristig die Profitrate stabilisieren konnte, die sich langfristig jedoch als fatal herausstellt. Das Ganze ist erkauft mit und durch hohe Arbeitslosigkeit. Die Gewinne sind zwar stabilisiert, aber die Nachfrage ist geschwächt – natürlich immer als Tendenz gesprochen. Die Deregulierung ist verantwortlich für die Turbulenzen, für die Crashs. Sie ist auch verantwortlich, daß es diesen Geldüberhang und diese Massen an anlagesuchendem Kapital gibt. Dieses Regulierungssystem ist in seiner Widersprüchlichkeit im Augenblick an Grenzen gestoßen. Ich bin nicht der Meinung, daß der Kapitalismus am Ende ist, ich bin nur der Meinung, daß der Kapitalismus immer irrationaler wird – und immer kostspieliger. Die Schere zwischen arm und reich nimmt überall zu.

Kann ein Revival von Keynes einen Aufschub der substantiellen Krise bringen?

▶ Ich bemühe mich darum, Marx an ganz bestimmten Punkten mit Keynes zu verbinden und beide dadurch weiterzuentwickeln – in revidierter oder modernisierter Form. Zum Beispiel brauchen wir dringend Kapitalverkehrskontrollen. Bis in die 80er Jahre hatten die meisten Staaten solche Kontrollen. Für die meisten OECD-Länder sind sie erst 1991 weggefallen. Wir können es uns nicht leisten, diesen spekulativen Kapitalverkehr zuzulassen. Darüber sind sich inzwischen auch Banker einig. Keynes war für strikte Kapitalverkehrskontrollen. Kapitalverkehrssteuern, wie sie Tobin vorgeschlagen hat, wären ein Schritt in die richtige Richtung. Das ist eine notwendige, aber keine hinreichende Maßnahme, um die weltwirtschaftlichen Probleme wieder in den Griff zu kriegen, um den Staaten eine gewisse Souveränität in ihrer Wirtschaftspolitik zurückzugeben. Ein nächster Schritt wäre, den Profit neu zu definieren. Der Profitbegriff ist rein betriebswirtschaftlich definiert und als solcher gesetzlich sehr genau definiert. Dieser Begriff muß gesellschaftlicher definiert werden. Statt der bisherigen rein individualistischen Bewertungsgrundsätze müssen gesellschaftliche Grundsätze eingeführt werden. Ein Produkt, zum Beispiel ein Auto, darf nicht mehr nur nach den privatwirtschaftlichen Kosten bewertet werden, nach In- und Output, sondern auch nach den gesellschaftlichen Kosten.

Inwiefern lassen sich denn Keynes und Marx zusammenbringen? Marx ging es doch weniger darum, weltwirtschaftliche Probleme in den Griff zu bekommen als vielmehr, sie zu begreifen.

▶ Natürlich hat Marx das System analysiert, während Keynes Maßnahmen gefordert hat. Insofern finde ich es sehr sinnvoll, die beiden zu kombinieren. Der eine hat eine sehr tiefschürfende Analyse geliefert, der andere pragmatische Vorschläge.

▶ **Klaus-Peter Kisker** ist Professor für Volkswirtschaft an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitherausgeber von: »Das Ende des Neoliberalismus«, 1998. VSA-Verlag.
Das Interview führten Jörg Später, Stephan Günther und Georg Lutz.



Wie man es dreht und wendet, ...

An der Schwelle zum Bankrott

Währungskrise in Asien oder das Scheitern eines Entwicklungsmodells

von **Martina Metzger**

Stabilität und (nachholende) Entwicklung – für dieses zauberhafte Modell standen die südostasiatischen Tigerstaaten Pate. Als diese nun eine Währungskrise erlebten, die nicht nur ihre Binnenökonomien erschütterten, beeilten sich diejenigen Experten, die am Referenzmodell festhalten wollen, auf die Besonderheiten der asiatischen Krise beispielsweise gegenüber der lateinamerikanischen Schuldenkrise der 80er Jahre hinzuweisen. Es gibt diese Differenzen – für die Erklärung der jüngsten Krise jedoch sind sie nicht relevant.

► Die lateinamerikanische Schuldenkrise der 80er und die südostasiatische Währungskrise der 90er Jahre *(vgl. iz3w Nr. 226)* unterscheiden sich zumindest hinsichtlich dreier Faktoren: dem weltwirtschaftlichen Umfeld, in dem sie eingebettet sind, dem Charakter der Schuldner und dem Wechselkursregime. Hinsichtlich des weltwirtschaftlichen Umfeldes kann festgehalten werden, daß zum Zeitpunkt des Ausbruchs der lateinamerikanischen Schuldenkrise sich die Weltwirtschaft bereits in einer tiefen Rezession mit einem sehr hohen internationalen Zinsniveau und außerordentlich geringen Wachstumsraten befand, während sich die Asienkrise im Rahmen eines (noch) relativ entspannten weltwirtschaftlichen Klimas mit einem niedrigen internationalen Zinsniveau vollzog. Die Schuldner Lateinamerikas entstammten überwiegend dem regionalen und zentralen Regierungsapparat, einschließlich öffentlicher Unternehmen. In Asien dagegen kommen die in Fremdwährung Verschuldeten vorwiegend aus dem privaten Sektor. Bezogen auf das Wechselkursregime entschied sich Lateinamerika für duale oder sogar multiple Wechselkurse, die von Zeit zu Zeit abgewertet wurden. Asien dagegen favorisierte vereinheitlichte Wechselkurse, die an den US$ gebunden waren. Die nominale Bindung der heimischen Wechselkurse an den US$ beinhaltet den Verzicht auf Abwertungen der heimischen Währung gegenüber dem US$ und die Bereitschaft, die Schwankungen des US$ gegenüber den anderen Währungen mit der heimischen Währung entsprechend nachzuvollziehen.

Teufelskreis Auslandsverschuldung und Leistungsbilanzdefizite

► Trotz dieser Differenzen in Erscheinungs- und Verlaufsform der Krisen verbindet Lateinamerika und Asien eine wesentliche Gemeinsamkeit: Beide Regionen verzeichneten vor dem Ausbruch der Krise Nettokapitalimporte und Leistungsbilanzdefizite. Nettokapitalimporte und Leistungsbilanzdefizite sind ein ökonomischer Ausdruck der Überbewertung des Wechselkurses. Wenn aber die heimische Inflationsrate höher liegt als im Ankerland der Währungsanbindung oder die heimischen Zinssätze höher notiert sind als die auf den internationalen Finanzmärkten, dann führt eine administrative Fixierung des Wechselkurses in eine Überbewertung. Eine Überbewertung ist gleichbedeutend mit einem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produkte auf dem Weltmarkt, da sie eigene Exporte relativ verteuert und Importe relativ verbilligt. Die Überbewertung resultiert folglich in einem Leistungsbilanzdefizit: Das entsprechende Land verbraucht mehr, als es selbst produziert. Leistungsbilanzdefizite sind nur so lange aufrechtzuhalten, wie Nettokapitalimporte mindestens in der entsprechenden Höhe zur Finanzierung des Defizites angezogen werden können. Anhaltende Nettokapitalzuflüsse wiederum führen zu einem Aufbau von Auslandsverschuldung, die entsprechend ihrer Laufzeit in den folgenden Jahren bedient werden muß und damit die kommenden Leistungsbilanzen belastet. Je länger ein solcher Prozeß andauert, desto



... Last bleibt Last. Fotos: U. Rzadkowski

unwahrscheinlicher wird es, daß ein Land seinen Auslandsverbindlichkeiten ordnungsgemäß nachkommen, geschweige denn die akkumulierte Auslandsschuld jemals zurückbezahlen kann. Häufig endet ein solcher Prozeß damit, daß das Land neue Auslandsverbindlichkeiten eingehen muß, um seine alten Schulden weiter bedienen zu können.

Darüber hinaus verursachen Überbewertung und eine internationale Nettoschuldnerposition Abwertungserwartungen bezogen auf die heimische Währung. Als Kompensation für steigende Abwertungserwartungen muß das heimische Zinsniveau durch die Zentralbank angehoben werden. Aber höhere Zinssätze reduzieren nicht nur das Wachstum, sondern verteuern gleichzeitig heimische Kredite. Diejenigen Wirtschaftsakteure, die Zugang zu internationalen Kapitalmärkten haben, verschulden sich infolgedessen verstärkt im Ausland. Der oben beschriebene Prozeß – Überbewertung, Leistungsbilanzdefizite, allmählicher Aufbau von Auslandsverschuldung, Umschuldung und Neuaufnahme weiterer Verschuldung, Abwertungserwartungen, restriktive Geldpolitik und daraus resultierende beschleunigte Akkumulation von Verschuldung – beinhaltet kumulative Momente. Der Prozeß kann im Extremfall in einer kompletten Erosion des heimischen Geldsystems mit Hyperinflation und Dollarisierung wie in Lateinamerika enden oder aber wie in Asien zu einer scheinbar unbegründeten plötzlichen Umkehr von Kapitalflüssen sowie einem Verfall der Wechselkurse führen.

Unter Ökonomen findet eine Debatte über die Frage statt, wie lange Leistungsbilanzdefizite akzeptabel, neudeutsch »sustainable«, sind. Meines Erachtens sind Leistungsbilanzdefizite von Entwicklungsländern überhaupt nicht »sustainable«. Denn während sich beispielsweise die USA in ihrer eigenen Währung verschulden können und im Falle einer Abwertung ihre Auslandsverschuldung ebenfalls abwerten, müssen sich Entwicklungsländer, wenn sie ein Leistungsbilanzdefizit realisieren, in Fremdwährung verschulden. Dadurch steigt bei einer Abwertung die Auslandsverschuldung relativ. Ein Land kann ein Leistungsbilanzdefizit über Jahre, sogar Jahrzehnte aufrechterhalten, solange internationale Investoren dieses Defizit finanzieren. In dem Moment, in dem die internationalen Kapitalmärkte eine weitere Finanzierung verweigern, stürzt das Land in eine ganz ordinäre Zahlungsbilanzkrise, und es steht unter dem Zwang, Devisen zu erwirtschaften, d.h. das Defizit muß in einen Überschuß umgewandelt werden. Und das wiederum erfordert harte ökonomische und soziale Anpassungsmaßnahmen.

Leistungsbilanzdefizite von Entwicklungsländern sind nie »sustainable«

Mythen der Mainstream-Ökonomen

► Warum hat die überwiegende Mehrheit der Ökonomen nicht bemerkt, daß der asiatische Entwicklungsprozeß instabile Tendenzen aufwies? Die Antwort ist so einfach wie tragisch: Selbst heute noch halten Mainstream-Ökonomen an dem Mythos von der Sparlücke fest. Eine Sparlücke ist dadurch definiert, daß der für Entwicklung prognostizierte Investitionsbedarf höher eingeschätzt wird als das tatsächlich vorhandene Volumen der heimischen Ersparnisse. Aus der angeblichen Sparlücke wird die Notwendigkeit abgeleitet, (niedrige) heimische Ersparnisse um ausländische Ersparnisse, sprich Nettokapitalimporte, zu komplementieren. Diese Vorstellung beruht auf der sog. Schuldenzyklushypothese: Ein armes Land muß sich im Ausland verschulden, um mit diesen zusätzlichen Kapitalmitteln heimische Produktionsstätten aufzubauen und damit die Industrialisierung voranzutreiben. Im Verlauf der Industrialisierung benötigt das Land immer weniger ausländische 'Ersparnisse', da es mit der Industrialisierung sein Einkommensniveau und gleichzeitig seine eigenen 'Ersparnisse' erhöht. Ab einem bestimmten Einkommensniveau erfolgt kein Rückgriff mehr auf ausländisches Kapital, im Gegenteil können die Schulden dann nach und nach zurückbezahlt werden. Die Zeitspanne, in der sich das 'arme Schuldnerland' zum 'reifen Schuldnerland' wandelt, ist dadurch charakterisiert, daß das Land nicht nur Kapital, sondern auch Güter (netto) importiert, während es in der Phase, in der sich das 'reife Schuldnerland' zum 'reifen Gläubigerland' entwickelt, einen Güter- und Kapitalexportüberschuß realisiert. Fast alle theoretischen Herleitungen der 'nachholenden Entwicklung' als auch ihre konkreten Umsetzungen haben sich an der Sparlücken-These bzw. der Schuldenzyklushypothese orientiert. Nettokapitalzuflüsse und Leistungsbilanzdefizite werden deshalb zu Beginn einer Entwicklungsphase als wün-

schenswert begrüßt und keinswegs als Einstieg in die Misere. Man glaubt, die Verschuldung an sich sei kein Problem und die Höhe des Schuldenberges spiele keine Rolle. Entscheidend sei vielmehr, wie das geliehene Geld verwendet werde und von wem es stamme.

Das ist keineswegs so. Die asiatischen Länder wurden zu Metaphern eines wirtschaftlich erfolgreichen Aufholprozesses, weil sie in der Lage waren, private Kapitalströme in sehr hohem Ausmaß auf sich zu ziehen, während Lateinamerika zumindest bis Anfang der 90er immer Schwierigkeiten hatte, private, ohne staatliche Garantien operierende Kapitalgeber für Investitionen anzulocken. Die Kapitalzuflüsse nach Asien wurden insgesamt als ein positives Zeichen für die Dauerhaftigkeit und Stabilität des dortigen Entwicklungsprozesses interpretiert, gerade weil sie hauptsächlich von privaten Kapitalgebern zur Verfügung gestellt wurden. Aber mit der Asienkrise wurde in aller Deutlichkeit offenbart, daß es für die Entwicklung von Preisen, wie z.B. von Wechselkursen – die heimisches versus ausländisches Vermögen sowie Verschuldung bewerten – völlig irrelevant ist, von welchem Wirtschaftssubjekt Aktivitäten durchgeführt werden, die letztendlich zu einer Überbewertung führen. Es ist die ökonomische Aktivität selbst – in diesem Fall Nettokapitalimporte und eine damit einhergehende Akkumulation der Auslandsverschuldung -, die die Preisentwicklung bestimmt. Darüber hinaus ist offensichtlich geworden, daß die administrative Festlegung von Preisen wie Wechselkursen nicht automatisch eine dauerhafte Akzeptanz dieser Preisfixierung durch die Marktakteure garantiert.

Zweierlei Stabilität

► 'Staat versus Markt' ist ebenfalls ein populäres, jedoch falsches Gegensatzpaar. Der Nationalstaat ist ebenso wie alle privaten Akteure ein Marktteilnehmer mit einer entsprechenden Budgetrestriktion, einer internen sowie einer externen: Erstere Restriktion besteht in der Zahlungsfähigkeit nach innen und letztere in der Zahlungsfähigkeit nach außen. Eine relativ niedrige Inflationsrate und die Stabilität der Wechselkurse ist unabdingbar, um diese Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Lateinamerika bis Anfang der 90er hat sowohl die interne als auch die externe Budgetrestriktion durch den häufigen Rückgriff auf die Notenpresse und die kontinuierliche Akkumulation von Auslandsverschuldung permanent verletzt. Dollarisierung, Hyperinflation und Kapitalflucht sind Resultate einer solchen Wirtschaftspolitik. Die asiatischen Länder dagegen waren bekannt für ihre niedrigen Inflationsraten. Aber interne Stabilität ist eben nur eine notwendige und keine hinreichende Bedingung für externe Stabilität. Durch den Aufbau ausländischer Verschuldung werden Abwertungserwartungen geschürt, die irgendwann zwingend in einer tatsächlichen Abwertung münden und somit die externe Budgetrestriktion verletzen.

Und so wie andere Marktakteure scheitern und aus dem Marktgeschehen ausscheiden müssen, kann auch der Nationalstaat scheitern. Der einzige Unterschied zwischen dem privaten Akteur und dem Staat besteht darin, daß private Unternehmen im Falle eines Konkurses nicht nur ihre ökonomische Funktion verlieren, sondern auch physisch aufgelöst werden, demgegenüber der Staat nach und nach 'nur' seiner ökonomischen Funktion verlustig geht, aber seine physische Existenz beibehält.

Das Dilemma des Nullsummenspiels

► Der Konkurs eines Staates kann nur durch eine Schuldenstreichung abgewendet werden. Wenn politische Verhandlungen zu keiner Übereinkunft hinsichtlich der Schuldenstreichung gelangen, so werden im Rahmen des Marktprozesses eigene Schuldenreduzierungsinstrumente entwickelt. Seit etwa Mitte der 80er Jahre ist ein Sekundärmarkt entstanden, auf dem die Verschuldung von einzelnen Entwicklungsländern bei privaten Gläubigern notiert wird. Die Forderungen der privaten Gläubiger an Entwicklungsländer werden dort mit einem Abschlag von ca. 30-50%, in einigen Fällen sogar noch höher, gehandelt. Das bedeutet, daß ein Schuldenerlaß durchaus eine marktkonforme Maßnahme darstellt, in dem die Verluste sozialisiert, die Gewinne jedoch bei einer direkten Entschuldung im Rahmen des Marktprozesses privatisiert werden. Deshalb ist einer Verhandlungslösung immer der Vorzug zu gewähren, da hierbei der Spielraum der Regierungen der Entwicklungsländer für eine sozial und wirtschaftlich weichere Anpassung erhalten bleibt.

Aber die Lösung für einen Bankrott von einzelnen Staaten oder sogar ganzer Regionen kann nicht allein in einer Entschuldung liegen. Notwendig ist darüber hinaus eine Entwicklungsstrategie, die eine Überbewertung verhindert und somit auf Nettokapitalimporte verzichtet. Um sich entwickeln zu können, muß ein Land in der Lage sein, einen Leistungsbilanzüberschuß zu generieren. Und da wir alle in einer Welt leben, folgt aus dem Leistungsbilanzüberschuß eines Landes notwendigerweise ein Leistungsbilanzdefizit mindestens eines anderen Landes. Zum Höhepunkt der Verschuldungskrise in den 80er Jahren haben die USA die Hauptlast auf Seiten der Industrieländer übernommen, was sich in ihrem explodierenden Handels- und Leistungsbilanzdefizit ausdrückte. Im Jahre 1980 starteten die USA in das neue Jahrzehnt mit einem Leistungsbilanzüberschuß von 3-4 Milliarden US$, aber ließen das Jahrzehnt mit einem Defizit von über 90 Milliarden US$ hinter sich, während die Juniorpartner Bundesrepublik Deutschland und Japan nicht nur ihre jeweilige Leistungsbilanz positivierten, sondern den Überschuß von ca. 3,5 bzw. 7,0 Milliarden im Jahre 1982 auf 46,8 und 35,8 Milliarden stark ausweiteten.

Auf dem Hintergrund der Asienkrise stellt sich die Frage, wer die Anpassungslast für die Leistungsbilanzüberschüsse trägt, die die asiatischen Krisenländer generieren müssen, oder ob mit dem Ausbruch der Krise bereits eine Abwertungsspirale initiiert wurde, die nicht nur Asien, sondern auch den Rest der Welt in den Abgrund zieht. Denn die starken Abwertungen der krisengeschüttelten asiatischen Länder bedrohen direkt Entwicklungsländer der mittleren Einkommenskategorie, die eine ähnliche Exportpalette aufweisen wie sie selbst. Wenn die Abwertungen erfolgreich sind – und für 1998 läßt sich dies bereits nach vorläufigen Angaben bestätigen, denn alle fünf asiatischen Krisenländer haben einen Leistungsbilanzüberschuß erzielt – und die Exporte ausgeweitet werden können, so bedeutet dies, daß Mitkonkurrenten Marktanteile verlieren werden. Damit steigt die Gefahr, daß einer oder mehrere der Mitkonkurrenten ebenfalls ihre Währung abwerten müssen.

Deshalb hängt die Frage, ob ein weltweites Abgleiten in einen Abwertungswettlauf verhindert werden kann, nicht nur maßgeblich von der Beibehaltung des niedrigen internationalen Zinsniveaus und der Akzeptanz ansteigender Leistungsbilanzdefizite der USA ab, sondern auch davon, wie direkte Konkurrenten der asiatischen Krisenländer, insbesondere China, reagieren, und ob sie in der Lage sind, ihre Wechselkurse stabil zu halten. Nicht ohne Grund beteiligte sich China – ein Land, das als eines der ärmsten Länder dieser Welt gilt – an dem 1997 und 1998 geschnürten internationalen Hilfspaket zur Unterstützung der krisengeschüttelten Nachbarstaaten. Wenn sich die chinesische Regierung entscheidet, ihre Währung abzuwerten, um ihre Position auf dem Weltmarkt zu verteidigen und ihre Exporte zu schützen, wird sicherlich eine neue Welle von Abwertungen über Asien hinwegrollen, die die ohnehin fragilen Ökonomien Lateinamerikas, insbesondere Brasiliens und Argentiniens, sowie Südafrikas noch weiter schwächen wird.

► **Martina Metzger** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte der FU Berlin.
Der Artikel basiert auf dem Diskussionspapier »Of Magic Dragons and Other Strange Beasts: A Reassessment of the Latin American and Asian Crises«, das in der Volkswirtschaftlichen Reihe des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaft, 1998/40, erschienen ist.

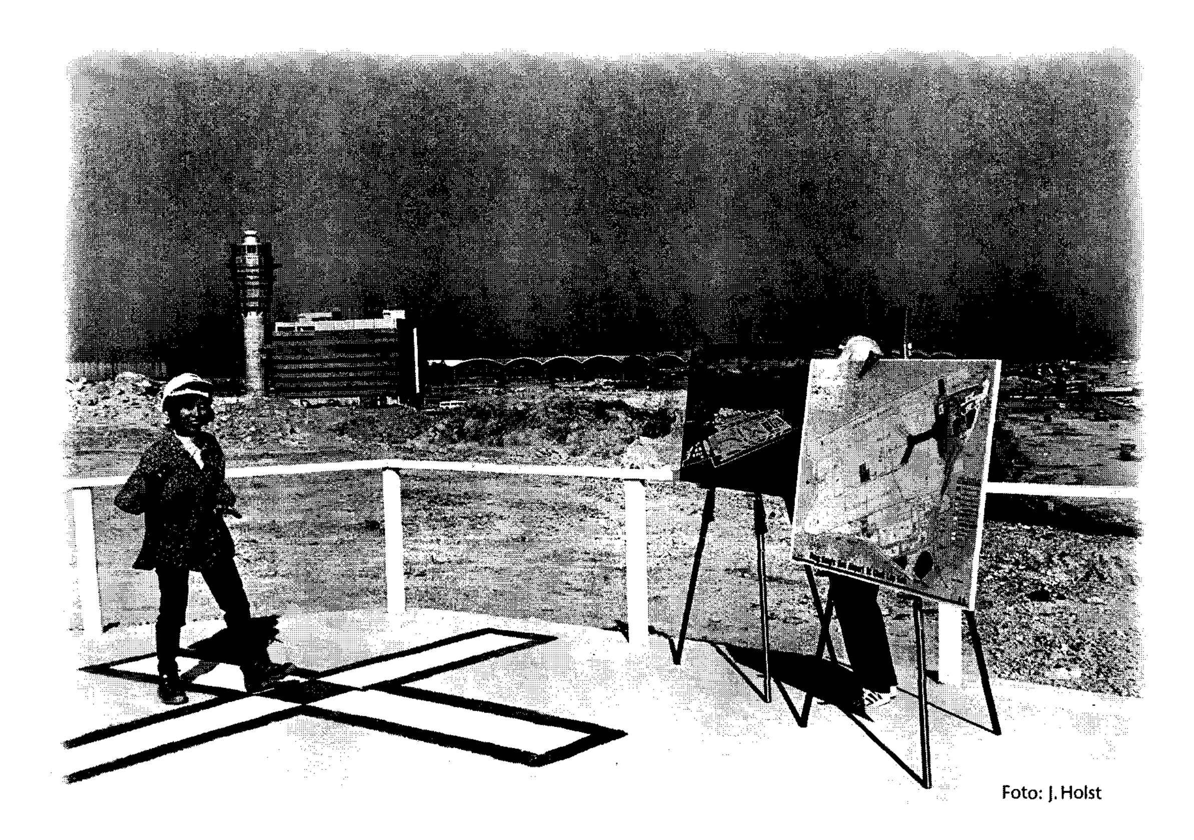


Foto: J. Holst

Tiger zu Bettvorlegern

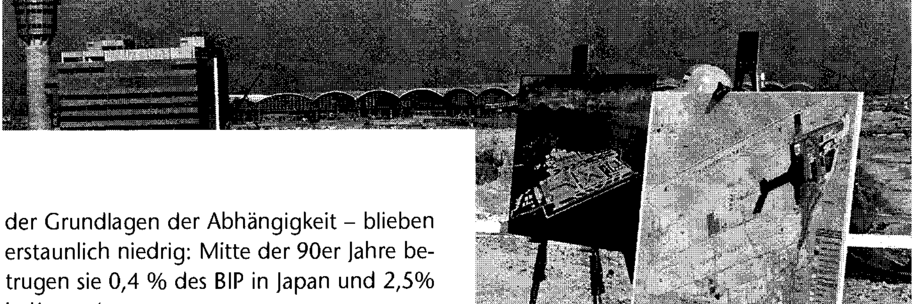
Die Asienkrise und das Ende der »Nachholenden Entwicklung« in Südkorea

von **Bruce Cumings**

Zu Zeiten des Kalten Kriegs hatten die USA den Neo-Merkantilismus Japans und Südkoreas im Wirtschaftsraum Südostasien gestützt. In der Ära der freien Märkte und des weltweiten Neoliberalismus sind die einstigen Modelle ostasiatischen Wachstums zu bloßen Konkurrenten geworden. Ihre Liquiditätskrise bedeutet nicht zuletzt das Ende der »Nachholenden Entwicklung« japanisch-koreanischen Typs.

▸ Noch vor einigen Jahren schien Japan, der Pionier der »Nachholenden Entwicklung«, zur regionalen Führungsmacht des Pazifiks zu avancieren.[1] Zusammen mit Südkorea und Taiwan war in der ostasiatischen Region vor allem Japan an die lange Ära der Blockspaltung angepaßt. Das Land war seines militärischen und politischen Machtpotentials beraubt und spezialisierte sich dank amerikanischer Förderung auf die Wirtschaft. Die Aufgabe der Zwangsausübung in der Region delegierten die USA an die autoritären Staatssysteme von Taiwan und Südkorea, die beide über gigantische Armeen verfügten, zu deren Ausstattung und Unterhalt sie auch unmittelbar über Mittel der amerikanischen Entwicklungshilfe verfügten. Diese Staatsapparate komplettierten die regionale Konfiguration, indem sie Japan vor einem aufgeblähten Militärbudget bewahrten. Gleichzeitig waren die drei aufstrebenden Staaten durchdrungen von US-amerikanischem Einfluß. Sie waren damit zugleich »stark« und »schwach«.[2] Wenn also der »Entwicklungsstaat« – d.h. eine nationale Industriestrategie, in der staatliches Kapital und staatliche Planung in große exportorientierte, privat geführte Firmenkonglomerate fließt – die ostasiatische Antwort auf die »Entwicklungsfrage« war, dann stellt dieser zum einen selbst kein originäres Modell dar, sondern folgte aus Europa übernommenen Konzepten. Zum anderen war der ostasiatische Weg nur möglich in einem durch die USA und gleichzeitig vor den USA geschützten Wirtschaftsraum im Zeichen des Kalten Krieges. Dieser Schutz wurde begleitet von einem fast unbemerkten Zwang, mit dem die USA alliierte Staaten sowohl militärisch als auch lange technologisch und finanziell in Abhängigkeit hielten. Angesichts der Revolutionen auf dem asiatischen Festland setzten die USA deutliche Grenzen, deren Überschreitung – beispielsweise eine Orientierung Seouls oder Tokios zum sowjetischen Block – unvorstellbar war und unverzüglich in die Krise geführt hätte.

Die wesentliche Erfahrung Nordostasiens in der Nachkriegsperiode war also eine alternative Form der politischen Ökonomie, die in ein hegemoniales Netz eingebunden ist. Japan, Südkorea und Taiwan industrialisierten sich innerhalb dieses Netzes. Sie waren halbsouveräne Staaten, die »stark« waren in bezug auf ihren Weg der Industrialisierung, aber »schwach« aufgrund des Netzes, in dem sie sich nur bewegen konnten.[3] Die materiellen Grundlagen dieser beschützten Unabhängigkeit sind bemerkenswert: Die direkten Auslandsinvestitionen – in Lateinamerika eine



der Grundlagen der Abhängigkeit – blieben erstaunlich niedrig: Mitte der 90er Jahre betrugen sie 0,4 % des BIP in Japan und 2,5% in Korea.[4]

Mit dem Ende des Kalten Krieges verschwand die amerikanische Duldsamkeit gegenüber dem Neo-Merkantilismus der ostasiatischen Verbündeten. Seit 1993 gilt die »Clinton-Doktrin« einer aggressiven Außenwirtschaftspolitik, die darauf zielt, Exporte zu fördern und gezielt Wirtschaftsbereiche für amerikanische Güter und Investitionen zu öffnen. Dabei ziehen die USA nun die Tugenden eines multilateralen Ökonomismus den Lastern des direkten Zwangs und der Intervention vor. So haben IWF und die Weltbank aus US-Perspektive gewaltig an Nützlichkeit gewinnen können, und sogar der Bretton-Woods-Mechanismus ersteht in Form der Welthandelsorganisaton (WTO) wieder auf.

Aufstieg und Fall der Korea-AG

► In der jüngsten asiatischen Liquiditätskrise war den USA und dem IWF daran gelegen, das historische Kapitel abzuschließen, in dem die beschützten Staaten der »Nachholenden Entwicklung« prosperieren konnten. Südkorea ist ein exemplarischer Fall für diese These. Lange galt das Land als Wunderkind der Industrieentwicklung, wurde – insbesondere von wichtigen japanischen Stellen – als höchst kreditwürdig eingestuft und konnte die reichhaltigen Kreditmöglichkeiten, die japanische und westliche Banken boten, bis zur Neige ausschöpfen. Noch im Dezember 1996 hatte sich Präsident Kim Young Sam auf dem Höhepunkt einer Welle der Popularität befunden, weil er die beiden vorangegangenen Militärdiktatoren in die Wüste geschickt und stolz erklärt hatte, daß Südkorea nunmehr als fortgeschrittene Ökonomie gelten könne und durch den OECD-Beitritt erwachsen geworden sei.

Anfang 1997 schockierten dann heftige Arbeiterproteste die koreanische Elite und machten Kim Young Sam für den Rest des Jahres zur lahmen Ente. Weiter geschwächt wurde er, als die gigantische Stahlfirma Hanbo unter der Last von sechs Milliarden Dollar fauler Kredite zusammenbrach – manche dieser Anleihen waren mithilfe der politischen Intervention von Präsident Kims Sohn arrangiert worden, der bald darauf festgenommen wurde. Abgeschwächte Kontrollen im Finanzsektor förderten nun aber weitere Anleihen bei japanischen und westlichen Banken. Und die ausländischen Bankiers stolperten schier übereinander in dem Drang, Geld auszuteilen: »Wir standen alle Schlange, um zu versuchen, diesen Ländern bei der Kreditaufnahme zu helfen«, sagte Klaus Friedrich, der Chefökonom der Dresdner Bank. »Wir trafen uns immer alle an denselben Orten«. Korea wurde besonders begünstigt, denn ein ausländischer Kredit für eine koreanische Firma war »... das Gleiche, wie wenn man der Regierung etwas geliehen hätte«, sagte Vivien Levy-Garboua von der Banque National de Paris – »er war ein Kredit an die Korea AG.«

Bankiers aller Länder standen mit ihren Kreditangeboten Schlange

Im Herbst 1997 nutzten die USA dann die offenkundig gewordene Liquiditätskrise Südkoreas[5], den koreanischen »Entwicklungsstaat« in eine amerikanisch definierte Normalität umzuformen. In den Personen von Finanzminister Rubin, Vizeminister Summers und dem Vorsitzenden der Federal Reserve, Greenspan, sorgten sie in engem Zusammenspiel mit dem IWF entscheidend dafür, daß Japans Versuch, einen asiatischen Fond zu bilden, um bedrohte Banken zu retten, abgewehrt wurde und die Forderung nach weitgehenden Strukturreformen als Gegenleistung für Rettungsaktionen des IWF aufgestellt wurde.

Zuvor hatte Kim Young Sams Regierung verzweifelt versucht, eine Rettungsaktion des IWF bis nach der Präsidentenwahl vom 18. Dezember aufzuschieben und bemühte sich statt dessen um japanische Unterstützung. Mitte November forderte der südkoreanische Finanzminister Lim Chang Ryul Japan öffentlich zum Eingreifen auf: »Wenn die koreanische Wirtschaft in Schwierigkeiten kommt, geht es der japanischen Wirtschaft genauso.« Washington bestand jedoch auf einer raschen Rettungsaktion während der Wahlkampagne, um so alle Kandidaten zu zwingen, sich zu Zustimmung oder Ablehnung des Programms zu offenbaren. Summers, der später als »moderne Variante von General Douglas Mac Arthur« bezeichnet wurde, weil er Asien gemäß den amerikanischen Interessen umforme, reiste nach Seoul und erklärte, daß »finanzielle Unterstützung nur im Kontext eines IWF-Programms gewährt werden sollte«. Nach einer langen Verhandlungsrunde, an der Finanzminister Rubin und das IWF-Team teilnahmen, wurde eine Vereinbarung über eine Rettungsaktion mit dem Gesamtumfang von 57 Mrd Dollar getroffen. Das Paket bestand aus einem 21-Mrd-Dollar stand-by-Kredit des IWF, 10 Mrd von der Weltbank und 4 Mrd von der asiatischen Entwicklungsbank. Die USA, Japan und andere Länder sollten weitere 22 Mrd beisteuern.

Nach der Rettungsaktion schimpften einflußreiche Analysten auf ein Entwicklungsmodell, das während der Jahrzehnte autoritärer Regimes Washingtons Augapfel gewesen war. Der stellvertretende Direktor des IWF, Stanley Fischer, sagte, eine wirkliche Restrukturierung wäre »innerhalb des koreanischen Modells oder des Japan-AG-Modells« nicht möglich. »Die koreanische Führung hängt an ökonomischen Idealen, die aus einer Diktatur der 60er Jahre stammen«, schrieb ein Leitartikler im Wallstreet-Journal.

Der IWF verlangte als Gegenleistung für das 57-Milliarden-Dollar Paket dann auch eine drastische Umstrukturierung. Das IWF-Abkommen zielt unmittelbar auf das Modell der Korea-AG: Das Land habe einen »hochsubventionierten Sektor von Großkonzernen, der keine effektive Marktdisziplin aufweise« mit einer so hohen Verschuldungsrate im Vergleich zum Eigenkapital, daß die meisten »chaebôls«[6] technisch gesehen zu jeder Zeit bankrott waren. Leicht zugängliche Kredite hätten zu »exzessiven Investitionen in bestimmten Sektoren wie Stahl und Autos geführt«. Korea müsse »den Finanzsektor restrukturieren und rekapitalisieren und ihn transparenter machen, mehr marktorientiert und besser überwacht.« Außerdem sollten die Erwartungen hinsichtlich der Wachstumsrate von sechs Prozent auf drei Prozent halbiert und die Höchstgrenze für Auslandsinvestitionen in koreanische Firmen von 26 Prozent auf 50 Prozent angehoben werden. Zusammenschlüsse mit ausländischen Firmen und der Verkauf von Firmen an Ausländer sollten erleichtert, der inländische Markt – besonders der Kapital- und Automobilmarkt – geöffnet und eine Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden, die gewaltige Massenentlassung ermöglicht. Die Regierung solle die Staatseinnahmen erhöhen, indem sie die Steuern und Zinssätze erhöhte und die Staatsausgaben senkte. Große Finanzinstitutionen sollten von jetzt ab von international anerkannten Firmen überwacht werden und die stark diversifizierten »chaebôls« aufhören, sich gegenseitig Kredite zu garantieren und andere interne Abmachungen zu treffen. Die koreanischen Vertreter plädierten dafür, in das Reformpaket Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung aufzunehmen – in der Hoffnung, daß der IWF für Kim Young Sam tun könnte, was dieser nicht selbst tun mochte.

Es ist eine Ironie der südkoreanischen Geschichte, daß die schlimmste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes ausge-

rechnet zu dem Zeitpunkt auftrat, als die koreanische Bevölkerung sich anschickte, den Dissidenten Kim Dae Jung zum neuen Präsidenten zu wählen. Kim verkörperte den mutigen und zähen Widerstand in den Jahrzehnten der Diktatur, die Korea ebenso geprägt hat wie das rasche Wirtschaftswachstum. Die koreanische Demokratie ist von unten nach oben gewachsen und kostete unzählige Opfer. Auch wenn kein »perfekt demokratisches System« entstanden ist, existiert mittlerweile doch eine bemerkenswerte Zivilgesellschaft, die die üblichen Stereotypen über asiatische Kultur und asiatische Werte Lügen straft. Paradoxerweise ist es nun diese in der Opposition herangereifte Zivilgesellschaft, die Washington und den IWF in die Lage versetzt, ihre Interessen in Korea durchzusetzen. Die Wahl Kims hat Kreise an die Macht gebracht, die seit langem schon die Verbindung von Staat und Banken angeprangert haben und die, wie der neue Präsident, lange Zeit zu den Opfern dieses Systems zählten – einer Diktatur, die von den USA gestützt worden war.

China als neuer Garant für Stabilität

► Zur Zeit des kalten Krieges, als Südkorea ein wichtiger Verbündeter und Frontstaat war, wäre eine finanzielle Rettungsaktion mit der vorrangigen Betonung von Sicherheitsfragen verbunden worden – wie zum Beispiel 1983, als Reagan und Premierminister Nakasone sich über ein 4-Mrd-$-Paket für Seoul einigten, ein Betrag, der damals 10% der Schulden des Landes betrug. Aber die nordostasiatische Variante der »Nachholenden Entwicklung« funktionierte nur, solange Japan und Korea abgeschottete Volkswirtschaften waren. Heute stellen die scheinbar autonomen »asiatischen Tiger«, die innerhalb eines großzügigen hegemonialen Netzes 30 Jahre prosperiert haben, fest, daß sie abhängig geworden sind und einem kaum durchschauten Mechanismus ausgesetzt sind, der ihre gesamte Gesellschaft und Wirtschaft unter globale Jurisdiktion stellt. Starke konservative Kräfte in Südkorea und Japan kämpfen jetzt darum, gegen das Evangelium des IWF zu bewahren, was sie als ihren sozialen Nachkriegskonsens und ihre Zivilisation begreifen. Andere, wie der frühere Premierminister Lee Hong Koo – mittlerweile koreanischer Botschafter in Washington – erklären: »Das Modell ist jetzt klar: es ist nicht Japan, es ist der Westen. Die jetzige Krise hat fast alle davon überzeugt, daß der alte Stil nicht funktioniert.« Sogar Nordkorea hat jüngst die Weltbank aufgefordert, seine Experten in kapitalistischer Wirtschaft auszubilden.

Der Einbruch der Tigerstaaten zeigte endgültig, daß die alte regionale Konfiguration von Washingtons Gnaden wackelig und anachronistisch sowie für die Hegemonialmacht unvorteilhaft geworden war. Schließlich tobte die Asienkrise zu einem Zeitpunkt durch die Region, zu dem der Weltmarkt fast den gesamten Globus umfaßt, nachdem hunderte Millionen Menschen in China und den früheren Gebieten des Sowjetblocks hinzugekommen sind. Die US-Amerikaner nehmen inzwischen das »kommunistische« China als einen Anker der Stabilität in Ostasien wahr. Rubin und Clinton lobten Peking während Clintons Besuch im Juni 1998 dafür, daß es seine Währung stabil gehalten habe.[7]

Mittlerweile kritisieren zwar auch Befürworter des »freien Marktes« den IWF, und internationale Manager fragen sich, ob Billionen herumvagabundierender Dollars nicht ins finanzielle Chaos führen. Daraus erwächst jedoch ein Ruf nach neuerlicher globaler Regulierung und einer internationalen makro-ökonomischen Politik zur Stabilisierung. So versuchen nun die führenden Industriestaaten, allen voran die USA, mit den großen internationalen Organisationen jedermann hegemoniale Regeln aufzuzwingen, und auf diese Weise »gleiche Startbedingungen« – allerdings unter den Bedingungen fortgesetzter struktureller Ungleichheit und Hierarchie – zu schaffen. Den Ausgang dieses Spiels demonstriert die Geschichte Südkoreas.

► *Der Text ist eine stark gekürzte und redaktionell überarbeitete Fassung aus der britischen Zeitschrift New left review, Nr. 231, sept./oct. 1998. Übersetzung: Christian Neven-du Mont*

Anmerkungen:

1 Siehe zu Entwicklung und Machtkonstellation in der Region den Themenschwerpunkt in: iz3w Nr. 204, März 1995

2 E. Wallerstein: »Staaten sind in einer Hierarchie effektiver Macht angesiedelt, die man weder nach der Größe und Kohärenz ihrer Bürokratien und Armeen messen kann, noch an ihren eigenen ideologischen Definitionen, sondern an ihrer tatsächlichen Kapazität im Laufe der Zeit, die Konzentration des akkumulierten Kapitals innerhalb ihrer Grenzen zu fördern im Vergleich zur Kapazität rivalisierender Staaten«. Diese Staaten sind auch nicht als völlig souverän anzusehen, denn »die bloße Existenz dieser Hierarchie bildet die größte Einschränkung«. So sieht Polanyi im Entstehen des Weltmarkts die Ablösung wirtschaftlicher Verhältnisse von den sozialen und die Unterordnung der Gesellschaft unter wirtschaftliche Imperative – der unregulierte Markt sondert sich ab und wird eine Macht über der Gesellschaft und vielleicht auch dem Staat.

3 Nordkorea und China definierten sich außerhalb des Netzes. Auch sie entwickelten »starke« Staaten – »stark« und »total«. Am Ende des Jahrhunderts werden jedoch beide in das Netz hineingezogen. Das erhärtet die These, daß staatliche Maschinerien in das Weltsystem eingebettet, daß ihre Autonomie innerhalb dieses Systems begrenzt ist und daß die spezifischen institutionellen Formen, die Staaten auf der ganzen Welt annehmen, nicht losgelöst von der Funktionsweise des Ganzen verstanden werden können. Dieses Ganze nannte Marx »das größte Terrain« – den Weltmarkt.



4 Zum Vergleich: China 20 %, Taiwan 7,4 %, USA 8,5 %, Großbritannien 30 %

5 Im November behauptete der Gouverneur der Bank von Korea, daß die ungedeckten kurzfristigen Kredite nur 20 Mrd $ betrügen, während private Analysten die Zahl bei bis zu 80 Mrd $ ansetzten. Er behauptete, die Devisenreserven betrügen 31 Mrd $, doch in Wirklichkeit verfügte Korea nur über 6 Mrd $ und die gesamte Summe wurde kurzfristig benötigt, was bedeutet, daß das Land als solches bankrott war: Seoul brauchte seine Reserven mit einer Geschwindigkeit mit 2 Mrd $ pro Tag auf, um Banken zu helfen, die Bargeld benötigten. Zu diesem Zeitpunkt war der Kurs des Won von 800 auf 1000 pro Dollar gesunken.

6 Chaebôls sind südkoreanische Unternehmensgruppen und Großkonglomerate. Ursprünglich bezeichnet der Begriff eine Art Wirtschaftsaristokratie, heute auch Unternehmen, die Tochterunternehmen gründen und großen Einfluß auf Banken und andere Unternehmen ausüben. Nach: Köllner, Patrick (Hrsg.): Korea 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Institut für Asienkunde Hamburg.

7 Mit der zunehmenden Integration Chinas in den Weltmarkt gewinnt es für die alten Industriestaaten und die Hegemonialmacht USA seit den 90er Jahren an Bedeutung – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der geschwächten Position Japans. Wichtiges Motiv der amerikanischen Politik ist es mittlerweile, Chinas Position im Weltmarkt zu formen und zu kanalisieren, um dadurch das Entstehen eines »zweiten Japans« zu blockieren. Dazu fordert Washington vor Chinas WTO-Beitritt tiefgreifende Reformen.





Foto: J. Holst/version

Kapital-(In)Fusion

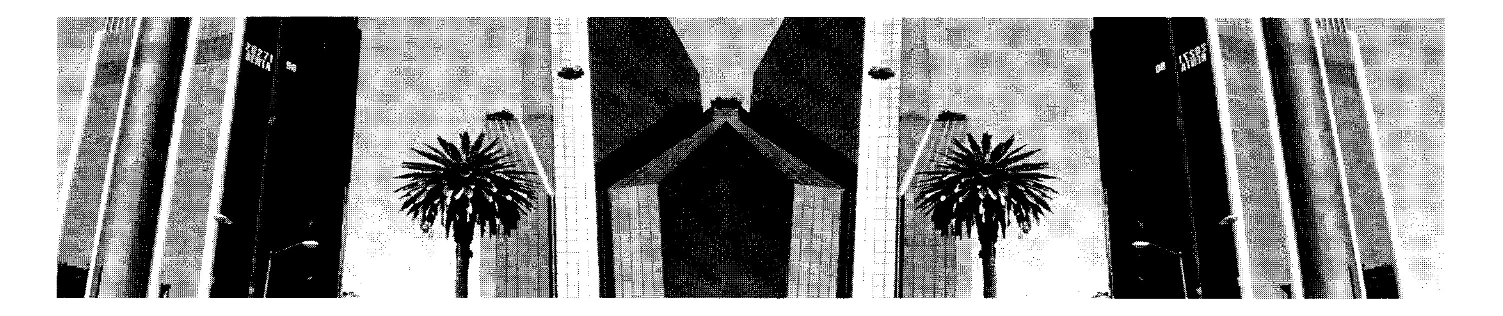
Konkurrenz und Konzentration transnationaler Konzerne

von **Heiko Wegmann**

Die Nachrichtenagenturen melden fast täglich neue Fusionen und Zusammenschlüsse von großen Banken und Konzernen. In manchen Bereichen deutet sich eine Monopol- oder zumindest Oligopolstellung sehr weniger transnationaler Konzerne an. Dabei zahlen sich die Zusammenschlüsse nicht unbedingt aus, manche kommen die Aufkäufer im Gegenteil sehr teuer. Was also treibt das Monopoly der Konzerne an – bloßes Machtstreben oder der Druck des Marktes?

► Spektakuläre Fusionen und Unternehmensübernahmen finden vor allem in den Schlüssel- bzw. »Zukunftsbranchen« Elektronik, Telekommunikation, Chemie/Pharma/ Biotech, Luftfahrt und Automobil, aber auch in der Ölindustrie statt. Zu den bekanntesten Fusionen zählen die zwischen Exxon und Mobil Oil, Daimler Benz und Chrysler, Sandoz und Ciba-Geigy, Travelers und Citicorp; für Wirbel sorgte auch die Übernahme von Bankers Trust durch die Deutsche Bank.

Dieses Fusionsfieber hat verschiedene Motive, die jedoch allesamt in der Liberalisierung der Märkte und der damit verbundenen Privatisierung staatlich kontrollierter Monopole begründet liegen. Mehr »Markt statt Staat« suggeriert immer auch »Wettbewerb statt Monopole«. Der freie Markt soll, so die Argumentation seiner Befürworter, Effizienz und die Abbildung realer Preise bringen. Die VerbraucherInnen könnten sich in der Folge über sinkende Preise etwa bei Telefontarifen freuen. Offensichtlich führt dieser Weg der verschärften Konkurrenz aber zunächst über Massenentlassungen und Kapitalvernichtung



zur Herausbildung neuer monopolistischer oder oligopolistischer Strukturen. Diesmal nur auf Weltmarktniveau und in rein privater Hand. Das trifft selbstverständlich nicht nur auf ehemalige Staatsunternehmen zu, sondern auf alle von der Liberalisierung der Märkte betroffenen Sektoren. Die Logik der Liberalisierer kehrt sich in der Konsequenz in ihr Gegenteil um: mehr Markt bringt auf Dauer weniger Markt.

Das drückt sich quantitativ vor allem im seit Mitte der 80er Jahre zu beobachtenden 'take-off' bei den internationalen Direktinvestitionen aus: Vier Fünftel (!) entfallen inzwischen auf Fusionen und Übernahmen. Zwischen 1980 und 1997 haben sich diese Investitionen im Wert versiebenfacht. 1998 dürften sie nochmals erheblich angestiegen sein. Akteure dieser Form von Globalisierung sind die Transnationalen Konzerne (TNK), deren Anzahl ebenfalls rasant angestiegen ist. Momentan gibt es etwa 44.000 TNK mit 280.000 Tochterunternehmen. Die TNK wickeln ein Drittel des Welthandels konzernintern ab und zwischeneinander vermutlich ein weiteres Drittel. Der Anteil der grenzüberschreitenden an den insgesamt getätigten Investitionen in der Welt steigt stark an. Bislang ist er jedoch noch relativ gering, ein Umstand, der zunächst gegen die These einer fortschreitenden Globalisierung spricht. Ein anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn die reinvestierten Gewinne der ausländischen Tochterunternehmen berücksichtigt werden. Auf die TNK konzentriert sich nicht nur ein wesentlicher Teil der Weltwirtschaft, auch innerhalb dieser Großkonzerne gibt es eine erhebliche Konzentration des Kapitals und der Marktanteile.[1] Allein die hundert größten TNK tätigen etwa ein Drittel aller Auslandsinvestitionen. Von diesen 100 kommen 99 aus reichen OECD-Ländern, davon nur Daewoo aus dem neuen Mitgliedsland Südkorea und lediglich einer aus einem Land der sog. Dritten Welt, eine venezolanische Ölfirma. Innerhalb der OECD-Länder haben die meisten TNK ihren Hauptsitz in den USA, Japan, Großbritannien, BRD, Frankreich und der Schweiz. Bei den Zielländern für Investitionen spielt der »Süden« eine etwas größere Rolle, allerdings konzentrieren sie sich sehr stark auf China und Südostasien. So sind aufgrund der Wechselkursabstürze der asiatischen »Tigerstaaten«-Währungen Firmenanteile und Investitionen für westliche Unternehmen dort einmalig billig, wenn auch kurzfristig mit Risiken behaftet. Trotz – oder eben wegen – der Krise gingen auch 1997 drei Fünftel der in die Dritte Welt gehenden ausländischen Direktinvestitionen in die Region Asien/Pazifik. Neben den Potentialen der ohnehin laufenden Liberalisierungen bietet sich den TNKs eine breite Palette an Sonderangeboten. Denn für viele Unternehmen der Region besteht aufgrund der derzeitigen Liquiditätskrise der Zwang, Unternehmensteile zu veräußern oder Aktien abzustoßen, um irgendwie an hartes Geld zu kommen. Die Schuldenkrise beschleunigt also den Ausverkauf der Schwellenländer.

Innovatives Fressen

► Warum nun dieser Trend zur weltweiten Konzentration, wo doch noch in den 80er Jahren eine Diskussion um Netzwerke und »flexible Spezialisierung« geführt und der Untergang der Großunternehmen und das Wiederaufkommen des handwerklichen Paradigmas prophezeit wurde? – »Innovative« kleine und mittlere Unternehmen werden durch die großen einverleibt, um strategisch wichtige (z.B. technologische) Kompetenzen in den Konzern einzugliedern und schnell in einem anderen Markt präsent sein zu können. Infolge der starken Konkurrenz in einigen Sektoren hat auch der »Abbau von Überkapazitäten«, also die »feindliche Übernahme« zwecks Werksschließung und Ausschaltung der Konkurrenz eine hohe Bedeutung. Die Überkapazitäten gehen z.T. darauf zurück, daß mit den Rationalisierungen zwar die Produktivität, nicht aber der Absatz stieg. Auch das Parken liquider Geldmittel oder die Gründung sogenannter strategischer Allianzen sind von Bedeutung für die Übernahme von Betrieben. Soweit es nicht um reine Spekulation wie beim Kauf unterbewerteter Firmen geht, werden zudem Einsparungen durch positive Synergieeffekte angestrebt. Sie sollen durch die Zusammenlegung von Firmenteilen (z.B. gemeinsame Verwaltung) oder durch die Vermeidung paralleler Forschungsanstrengungen erzielt werden.

Der Kapitalismus bietet beides: Konkurrenz und mangelnde Konkurrenz

Ebenso vielfältig wie ihre Gründe sind die Formen der wirtschaftlichen Verflechtungen: es gibt Aufkäufe mit und ohne weitere Selbständigkeit der Übernommenen, vollständige oder teilweise Verschmelzungen (Fusionen), projektbezogene Kooperationen (strategische Allianzen) mit juristischer Verbindlichkeit und ohne. Teilweise dient diese Kooperation schlicht der Ausschaltung dritter Konkurrenten. Meist jedoch gehen Konzerne strategische Allianzen ein, um durch punktuelle Kooperation Projekte zu bewältigen, die ihre eigenen finanziellen Möglichkeiten übersteigen würden – so im Bereich der immer kapitalintensiver werdenden Forschung und Entwicklung. Der Konzern, der ein neues Automodell auf den Markt bringt, muß es möglichst weltweit umgehend vermarkten, bis es wieder out ist, wenn er nicht auf den Entwicklungskosten sitzen bleiben will. Dies gilt auch für die geringe Haltbarkeit von Innovationen bei Computerchips: von der Planung bis zum Bau einer teuren Chip-Fabrik können die konzipierten Chips schon wieder antiquiert sein. Diesen Druck halten kleine Firmen nicht aus. Auch bei der Erschließung neuer Märkte werden Risiken geteilt und vermindert.[2] Durch gemeinsame Vertriebssysteme können Kosten für die Vermarktung gesenkt werden. Während die reinen Produktionskosten an Bedeutung verlieren, stellt die hohe Kapitalintensität in diesen Bereichen eine Marktzutrittsbarriere dar, die häufig nur Konkurrenz durch ebenfalls große Unternehmen aus anderen Branchen mit entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten zuläßt.[3] Jede Fusion übt daher ihrerseits Druck auf die Konkurrenz aus und schiebt das Fusionskarussell weiter an.

Um der reinen Kostenkonkurrenz, dem Preiskampf bei standardisierten Produkten, zu entfliehen, müssen also ständig neue »Problemlösungen« angeboten und Märkte quasi erfunden werden. In diesem Zusammenhang ist auch das massive Interesse der TNK an der immer weitergehenden Patentierung allmöglicher Wissensgebiete zu sehen. Mit der Durchsetzung dieses Patentregimes in den Ländern des »Südens« wird dort soziales Wissen enteignet und die Abhängigkeit vom Norden vertieft. Die weltweit vier Millionen vergebenen Patente werden zu 99% von Unternehmen aus den Industrieländern, hauptsächlich TNK, gehalten. In Verbindung mit der Patentierung von gen- und biotechnologischen Erfindungen drohen Bauern und

Bäuerinnen z.B. die Zahlung von Lizenzgebühren an Saatgutmonopole. Diese Firmen zahlen jedoch keine Gebühren an die Dorfgemeinschaften für ihr Ausgangsmaterial, das dort über Jahrhunderte herangezüchtet wurde. So setzt sich die Hierarchisierung gewerblich-technischen gegenüber traditionellem, lokal angepaßtem Wissen durch.

WeltWeiteWerke

► Diese sich ausweitende Macht und Verfügungsgewalt der Konzerne schlägt sich allerdings nicht in merklich höheren Profiten nieder. Ein beträchtlicher Teil der Fusionen und Übernahmen führt nicht zu den von den Einzelkapitalien gewünschten Ergebnissen, sondern zu Unübersichtlichkeit, Handlungsunfähigkeit und Ineffizienz. TNK mit hunderten von Tochterunternehmen in verschiedenen Sparten haben erhebliche Koordinationsprobleme, die sich nicht einfach durch Hierarchien lösen lassen. An die Stelle von Einsparungen durch Synergien können vermehrte Kosten für Verwaltung und Kontrolle entstehen. Daimler Benz brachte z.B. der Kauf der angeschlagenen AEG Milliardenverluste ein. In global operierenden, weit verzweigten TNK wie Asea Brown Boveri (ABB) oder Siemens werden deshalb zunehmend direkte durch marktvermittelte Hierarchien ersetzt und netzwerkartige Strukturen der firmeninternen und -externen Kooperation geschaffen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß mit der Internationalisierung auch die Möglichkeiten wachsen, Gewinne zu verschleiern und damit Steuern zu sparen. Dies geschieht durch die Verzerrung konzerninterner Verrechnungspreise zur Gewinnverschiebung in Länder mit niedrigen Steuersätzen. Außerdem herrscht bei einer Reihe von Produkten tatsächlich ein harter Preiskampf.



Die Profite werden aber wieder steigen, wenn die Zahl der Anbieter ausgedünnt und Überkapazitäten abgebaut sind, also Kapital vernichtet wurde.

Im scheinbaren Widerspruch zu den Konzentrationsprozessen steht die Strategie von Konzernen, sich auf ihr »Kerngebiet« zu beschränken und Leistungen billiger zuzukaufen, statt alles selbst zu produzieren. Hierbei achten sie jedoch darauf, ihre strategischen Kompetenzen auszubauen, sich als »fokale Unternehmen« zu profilieren und wie eine Spinne im Zentrum des Netzwerks, im »Fokus«, an den Fäden zu ziehen: Sie versuchen, Kapital aus minder wichtigen Teilen der Produktionskette abzuziehen und die Investitionen Zulieferern zu überlassen. Das durch diese und andere Einsparungen und Gewinne freigesetzte Kapital wird dann als »Kriegskasse« für die Übernahme von Konzernen eingesetzt, wie bei den Käufen von Skoda und Seat durch VW oder Rover durch BMW. Viele so bei den Zulieferern entstehende Randbelegschaften werden im Rahmen der »systemischen Rationalisierung« einem konzernintern nicht auf gleiche Art realisierbaren Druck auf die Arbeitsbedingungen ausgesetzt (der sogenannte Lopez-Effekt bei VW). Diese Prozesse der Ausweitung der schlechtbezahlten und häufig tarifvertraglich schlecht bis gar nicht abgesicherten Jobs werden auch als Prekarisierung bezeichnet. (Das schließt nicht aus, daß es auch einzelne sehr profitable Kontraktfirmen mit einer starken Stellung im Netzwerk gibt, z.B. im Bereich von Forschungsaufträgen.)

Die Euphorie über das Billige übertönt den Protest gegen Massenentlassungen

Auch die weltweite Verzweigung der »Standorte« dient der Entmachtung der Lohnabhängigen. Die Fähigkeit, mit Standort-Verlagerungen drohen zu können, schwächt zudem die staatliche Regulierungsfähigkeit bzw. verschiebt die Kräfteverhältnisse im Staat. Von den Staaten droht dabei keine Gegenwehr, wie dies in (marktkonformen) Ansätzen Anfang des Jahrhunderts mit der Einführung der Kartellgesetzgebungen der Fall war. Im Gegenteil. Je größer die Fusionen werden, desto mehr ist erlaubt. So ist das EU-Recht lascher als das Kartellrecht der BRD, unter das die kleineren Fusionen fallen. Es sollen Euro-Champions entstehen können, die in der Lage sind, mit japanischen und US-TNKs zu konkurrieren. In Reaktion auf Euro-Fusionen werden wiederum in den USA bislang undenkbare Ketten von Fusionen genehmigt. Bestes Beispiel ist die Luft- und Raumfahrtindustrie, die weltweit fast ausschließlich von den Giganten Boeing (USA) und dem Airbus-Konsortium (Europa) dominiert wird.

Wie sehr die staatliche Regulation mittels Kartellbehörden von einer ebenfalls staatlichen Förderung kartellähnlicher Konzerne abgelöst wurde, zeigt die Entwicklung des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI). Zwar sind die OECD-Verhandlungen zunächst gescheitert, doch bereits 1997 wurden – im Anschluß an die Verhandlungsergebnisse der Uruguay-Runde des GATT – wichtige Marktöffnungsabkommen für die Bereiche Finanzdienstleistungen, Telekommunikation und Informationstechnologie beschlossen. Ebenso laufen in 83 Ländern Anpassungsprogramme des IWF.[4] Die TNK benötigen schließlich die ganze Welt als sicheres Operationsfeld. Das Scheitern des MAI ist also kein Anhaltspunkt für die Krise des Neoliberalismus. Im Gegenteil: Die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des Kapitals ist politisches Ziel der Welthandelsorganisation WTO.

Trotz der genannten Mechanismen und Prozesse ist jedoch nicht von einer linearen Entwicklung zu Mono- oder Oligopolen auszugehen, da es auch Gegentendenzen gibt. So hat es zwar nicht das oben angesprochene Ende der Massenproduktion gegeben, aber aufgrund der Unstetigkeit der Märkte ist der Konkurrenzvorteil durch die economies of scale (Vorteile der Massenproduktion) relativ und je nach Produkt nur begrenzt haltbar. Größe kann also auch zum Fallstrick werden. Außerdem gibt es trotz der Marktzutrittsbarrieren immer wieder neue Konkurrenz. Monopolprofite locken immer wieder Konkurrenten an, die weltumspannenden privaten Planwirtschaften im Wege stehen.

Anmerkungen:

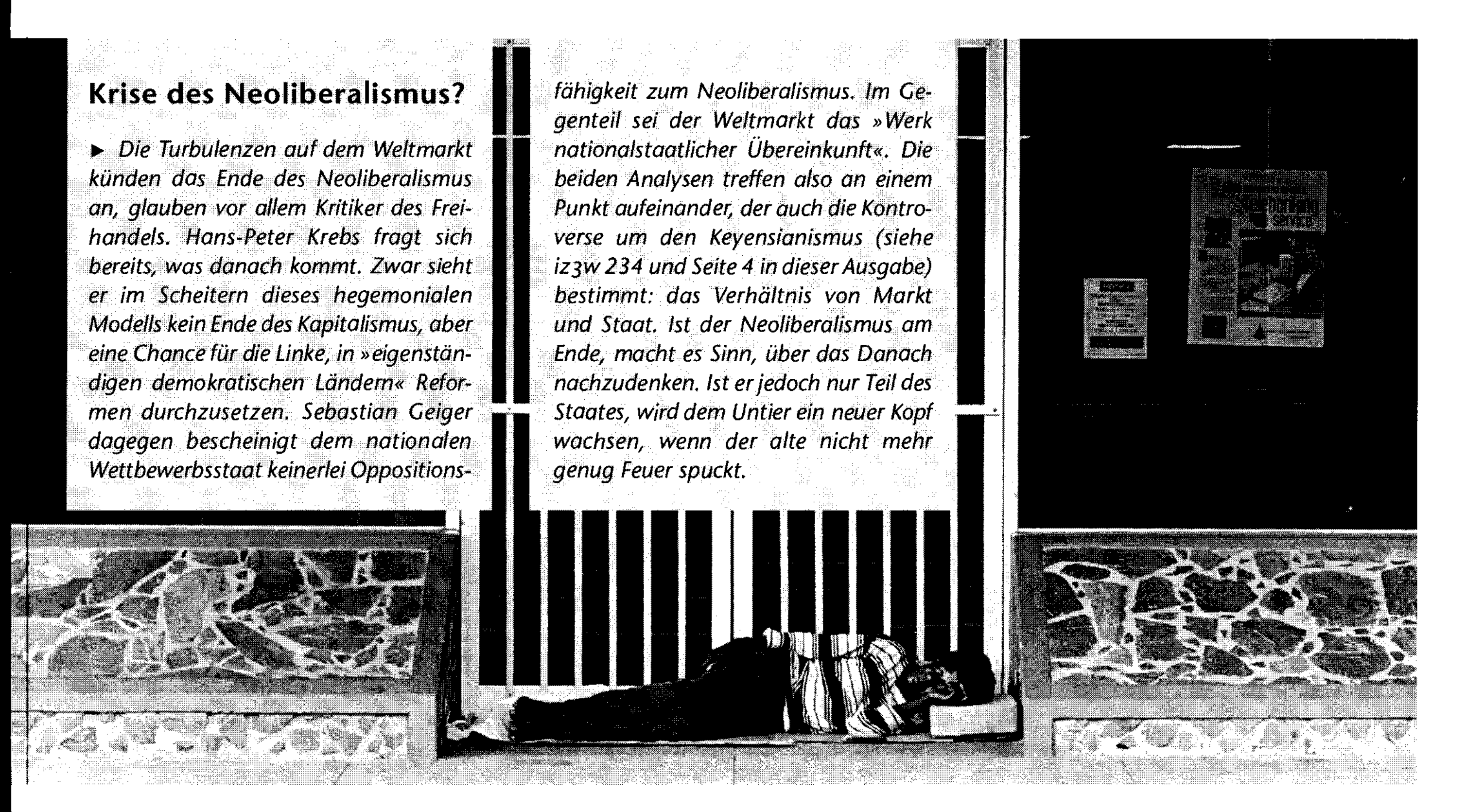
1 »Das Auslandskapital der Elektronik-TNUs (=TNK, H.W.) ist inzwischen größer als das jeder anderen Industrie. Der Gesamtumsatz der Auslandstöchter der 23 größten Elektronik-TNUs entspricht 80% des gesamten Weltumsatzes in elektronischen Produkten (Unterhaltungs-, Industrieelektronik und Telekommunikation).« (IFO Schnelldienst 23/96).

2 »General Motors besitzt gemeinsam mit Toyota eine Fabrik in Kalifornien. Beide haben ihre australischen Aktivitäten in einem 'joint venture' zusammengeschlossen. Ford, zweitgrößter Kfz-Hersteller der Welt, kooperiert (...) mit Volkswagen, besitzt einen Anteil von 24% bei Mazda, entwickelt zusammen mit Nissan ein neues 4WD-Auto in Spanien und hat mit Yamaha ein Abkommen zur Entwicklung und Produktion neuer Motoren abgeschlossen. Volkswagen besitzt in Spanien SEAT und hat in der Tschechoslowakei Skoda übernommen.(...) SEAT und Suzuki arbeiten in Spanien an einem Miniauto zusammen« (Narr und Schubert, Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt 1994: 49f.).

3 Nicht umsonst sind es bei der Telekommunikation fast ausschließlich die großen Energieunternehmen mit ihren eigenen Netzen, die als neue Konkurrenten aufgetreten sind.

4 Garnreiter, Franz, u.a.: Weltwirtschaftskrise?!, isw-Report Nr. 37/38, München 1998.

► **Heiko Wegmann** ist Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter der **iz3w**.



Krise des Neoliberalismus?

► *Die Turbulenzen auf dem Weltmarkt künden das Ende des Neoliberalismus an, glauben vor allem Kritiker des Freihandels. Hans-Peter Krebs fragt sich bereits, was danach kommt. Zwar sieht er im Scheitern dieses hegemonialen Modells kein Ende des Kapitalismus, aber eine Chance für die Linke, in »eigenständigen demokratischen Ländern« Reformen durchzusetzen. Sebastian Geiger dagegen bescheinigt dem nationalen Wettbewerbsstaat keinerlei Oppositionsfähigkeit zum Neoliberalismus. Im Gegenteil sei der Weltmarkt das »Werk nationalstaatlicher Übereinkunft«. Die beiden Analysen treffen also an einem Punkt aufeinander, der auch die Kontroverse um den Keyensianismus (siehe iz3w 234 und Seite 4 in dieser Ausgabe) bestimmt: das Verhältnis von Markt und Staat. Ist der Neoliberalismus am Ende, macht es Sinn, über das Danach nachzudenken. Ist er jedoch nur Teil des Staates, wird dem Untier ein neuer Kopf wachsen, wenn der alte nicht mehr genug Feuer spuckt.*

Siechtum eines Untiers

Was kommt nach dem Neoliberalismus?

von **Hans-Peter Krebs**

Seit den Aufständen von Chiapas kennt die Linke wieder eine Losung, die Freund und Feind scheidet, und so auch eine linke Politik ermöglicht: »Für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus«. Vielleicht kann die Moral der Linken und die Mobilisierung gegen Neoliberalismus dessen Abtritt tatsächlich beschleunigen und soziale Kräfte für ein alternatives Projekt bündeln. Vielleicht dient die Kritik aber auch hauptsächlich einer Modernisierung des Kapitalismus.

► Der linke Diskurs gegen den Neoliberalismus enthält kaum Gegenentwürfe, sondern fordert mehr oder minder radikal eine »Zivilisierung« der kapitalistischen Verhältnisse. So mobilisiert die zunehmende Brüchigkeit des neoliberalen Projekts humanistische, aufgeklärte Intellektuelle und liberale »Aktivbürger«. Es läßt sich dabei eine liberale Einverleibung marxistischer Elemente der Kapitalismuskritik feststellen, die lediglich der Errichtung eines Programms zur Zähmung und Konsolidierung kapitalistischer Herrschaft dient.

Die Gegnerschaft zum Neoliberalismus befördert also offenbar eine Amalgamierung von bürgerlicher Selbst- und linker Kapitalismuskritik. Zwar war die Phase des Neoliberalismus für den Bruch mit den fordistischen Traditionen und zur Rekonstruktion kapitalistischer Akkumulation notwendig, aber im konstruktiven Sinne konnte er kein positives Nachfolgermodell für den Fordismus entwickeln. Gramsci bringt das auf die Formel: »Das Alte stirbt und das Neue ist noch nicht zur Welt kommen.«[1] Das verändert die Lage aber grundlegend. Denn damit würden nun Politik und Ideologie des Neoliberalismus gewissermaßen die Basis darstellen, aufgrund deren Kritik zwischen den politischen Kräften und Ideologien um die Herausbildung eines neuen Entwicklungsmodells nach dem Fordismus, also um die neue hegemoniale Form des Kapitalismus gerungen wird. Deshalb muß zunächst der übergroß geredete Neoliberalismus, dieses »apokalyptische Untier«, dekonstruiert und auf seine wirkliche Größe gestutzt werden. Drei Thesen sollen dazu im Folgenden erörtert werden:

1. Der Neoliberalismus ist als hegemoniales Projekt gescheitert. Nur vorübergehend war er die dominante Ideologie kapitalistischer Restrukturierung.
2. Gegen den Neoliberalismus zu sein, schließt nicht notwendig eine Gegnerschaft zum Kapitalismus ein.
3. Mit dem Scheitern der neoliberalen Hegemonie entsteht eine relativ offene Situation, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine Mobilisierung von demokratischen und kapitalismuskritischen Kräften für ein progressives und alternatives sozialökologisches Entwicklungsmodell ermöglicht.

Das Scheitern des Neoliberalismus

► In Deutschland setzte die neoliberale Politik bereits in der »spät-keynesianischen« Phase unter Helmut Schmidt ein und ist seither in verschiedener Gestalt fester Bestandteil neokonservativer Regierungsallianzen. Das Muster dieses Übergangs vom sozialdemokratischen Krisenmanagement hin zu einer Politik der Austerität bei gleichzeitiger Mobilisierung von Exportaktivitäten gilt tendenziell für alle entwickelten Kapitalismen des »Westens«.[2] Die damit einhergehende Globalisierung stellt jedoch gerade keine weltweite Homogenisierung dar, sondern fördert die Entstehung einer neuen internationalen Hierarchie. Folge der Förderung eines gnadenlosen Produktivismus und der Stärkung der Besitzer von Geldvermögen ist die Polarisierung der sozialstrukturellen und ökonomischen Verhältnisse und die Vervielfachung von Spaltungslinien in und zwischen den jeweiligen Ländern und Blöcken. Zwar hat der



Frei auf dem Markt und gleich vor dem Gesetz: ... Foto: R. Maro / version

Neoliberalismus damit politisch eine soziale Revolution eingeleitet und dominiert, die den Kapitalismus modernisieren sollte – als hegemoniales Projekt für das 21. Jahrhundert ist er jedoch gescheitert.

Dafür sprechen nach Alain Lipietz, Wirtschaftswissenschaftler und Vorstandsmitglied der französischen Grünen, die vier aktuellen Hauptprobleme des »liberal-produktivistischen« Modells: die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft (Brasilianisierung), keine Überwindung der Probleme des Taylorismus (relative Überakkumulation), die Rückkehr von Konjunkturzyklen auf makroökonomischer Ebene (crashs) sowie die internationale Instabilität aufgrund der Freihandelsideologie (beggar-thy-neighbour).[3] Vor diesem Hintergrund sind die zunehmenden monetaristischen Flickschustereien in der Haushaltspolitik oder die international zu beobachtende Hinwendung zu moderateren neoliberalen Politiken (Großbritannien, Frankreich, USA) Hinweise auf die gegenwärtige Schwäche des neoliberalen Projekts. Auch der hierzulande zuletzt so oft bemühte Diskurs um gesellschaftliche Blockaden einschließlich der von höchster Stelle erhobenen Forderung nach einem Ruck durchs Land ließe sich als Hilferuf nach Innovationen für einen neuen gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage kapitalistischer Verhältnisse interpretieren.

Damit wird deutlich, daß der Neoliberalismus nicht Teil der Krisenlösung ist, sondern vielmehr selbst die politische Essenz des Problems widerspiegelt. Die Politik des Neoliberalismus ist eine Krisenpolitik, die aufkommt, wenn das Wachstum sich verlangsamt, die Kapitalrentabilität sich verschlechtert und soziale Kompromisse zusammenbrechen. Selektiv konnte sie die Akkumulation wieder in Gang setzen, sie konnte jedoch kein kohärentes neues Akkumulationsregime ausbilden. Um eine tragfähige Hegemonie entstehen zu lassen, fehlt dem Neoliberalismus eine passende und konsistente soziale und politische Regulationsweise (Gewohnheiten, Normen und Institutionen).[4]

Dennoch ist die Ideologie des Neoliberalismus mittlerweile »in der Materialität der sozialen Verhältnisse erfaßt und einverleibt«.[5] Es ist gerade diese Materialität der sozialen Verhältnisse, in der der Neoliberalismus seine Hauptwirkungen erzielt. Seine Massenwirksamkeit besteht darin, daß er über vielfältige Medien in den Alltagsverstand der Menschen eindringt, sich dort einschreibt und deren Verhaltensweisen transformiert, blockiert und/oder in eine bestimmte Richtung mobilisiert. Er generiert so Differenzen bei den Akteuren und unterschiedliche Geschwindigkeiten bei deren Reorientierung. Gerade in der Dezentralität und Differentialität neoliberaler Wirkungen liegt seine Stärke. Der Versuch, den Neoliberalismus lediglich an irgendwelchen »think-tanks« festmachen zu wollen, ist daher unzureichend. Vielmehr sind sozialstrukturelle Veränderungen und die Erosion sozialer Milieus ernstzunehmen. Sie verweisen auf eine Neuzusammensetzung der sozialen Basis eines postfordistischen Kapitalismus, der von den Individuen andere Lebensweisen verlangt und solche prägen wird. Dieser Umbau von Identitätsmustern hat sich aber keineswegs zu aggregierten Verhaltensmustern sozialer Klassen verdichtet. Vielmehr erodiert der Prozeß selbst das politische System und dessen repräsentative Formen, führt dort zu noch mehr Klientelismus, Lobbyismus, Personalismus und Populismus – eine Entwicklung, der sich kaum jemand entziehen kann. So hat sich der Neoliberalismus als Ideologie in die Materialität der sozialen Verhältnisse eingeschrieben und ist zu einem mehr oder weniger festen Kern der alltäglichen Reproduktion des postfordistischen Individuums geworden.

Neue Technologien, neue Arbeitsmethoden und mehr freie Zeit

Sind die Feinde des Neoliberalismus...

► In Anbetracht des skizzierten politischen Niedergangs des Neoliberalismus befinden wir uns derzeit in einer Phase des Umbruchs zu einem neuen hegemonialen Modell. In dieser Phase gegen den Neoliberalismus zu sein, heißt aber nicht, auch für die Abschaffung des Kapitalismus einzutreten (These 2). Schließlich hat sich in den kapitalistischen Industriestaaten zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Regierten und Regierenden eine Art Übereinkunft in Form eines komplexen Beziehungsgefüges ausgebildet. Dieses kann analytisch als Erweiterung des Staates begriffen werden. Kommt es – wie derzeit – zur »Hegemoniekrise«, wechselt »die traditionelle führende Klasse... Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder ...«.[6]

Dieses Verhältnis zwischen den politischen und ökonomischen Eliten und dem »Rest« der Gesellschaft spiegelt sich in der Geschichte des Neoliberalismus wider: Nachdem die neoliberale Politik im Laufe der 70er Jahre den fordistischen Klassenkompromiß

aufkündigte[7], kam es nicht zu einer direkten Konfrontation mit der auf der Arbeiterbewegung basierenden Sozialdemokratie, die sich über Gewerkschaften und Parlament mit dem Fordismus arrangiert hatte. Deren Reaktionen changierten zwischen Lähmung, Nostalgie, Machtgier sowie Anpassung und populistischer Verantwortungsbereitschaft mit neoliberalen Einsprengseln. Dennoch gelang es den Vertretern des Neoliberalismus nicht, eine tragfähige Hegemonie zu installieren. Im Gegenteil scheinen die ideologisch-politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte die Potentiale der politischen Eliten verbraucht zu haben. Es liegt daher nahe, daß ein »Wechsel von Programm und Menschen« notwendig wird, der die Kräfteverhältnisse neu ordnet, eine neuerliche organische Verbindung von politischer Führung und Zivilgesellschaft herstellt und zur Konsolidierung des brüchig gewordenen Hegemonieprojekts des Neoliberalismus beiträgt. In diesem Zusammenhang steht auch der gegenwärtig zu beobachtende Versuch, nach einer Phase der selektiven Diskreditierung von Staatspraktiken nunmehr staatliches Handeln neu zu begründen. Der entscheidungskompetente antizipative Fürsorgestaat wird in prozedurale Verhandlungssysteme der governance vervielfältigt, dezentralisiert, fragmentiert – bei gleichzeitiger Kontraktion auf die so genannten Kernbereiche des Staates (Innen- und Sicherheitspolitik, Geldpolitik).

Diesem Prozeß der Reintegration von Staat und Gesellschaft verschließen sich auch weite Teile der Linken nicht. Sie vollziehen eine Annäherung an einen »guten« oder »wahren« Liberalismus. Wer jedoch nostalgisch von der Rückkehr zum »gezähmten Kapitalismus« träumt, romantisiert das »Wirtschaftswunder« und vergißt die Tatsache, daß der Fordismus eher die Ausnahme einer vorübergehenden Lösung kapitalistischer Widersprüche ist.[8]

... Gegner des Kapitalismus?

► Ein Gutteil der politischen Dominanz des Neoliberalismus verdankt sich der Tatsache, daß es der Linken nicht gelungen ist, in den letzten Jahrzehnten eine eigenständige Alternative zur »sozialen Marktwirtschaft« zu entwickeln. Ihre theoretische und praktische Passivität stellt im Gegenteil eine der Voraussetzungen dar, »Menschen und Programme« dem herrschenden Block einzuverleiben – jedenfalls moderate Elemente davon. Dabei bietet die gegenwärtige Neubegründung von Staatlichkeit durchaus auch Chancen und Handlungsspielräume (These 3). Was dabei »links« an einer Politik der Einmischung ist, kann sich durchaus an der Gegnerschaft zum Neoliberalismus herausbilden, muß sich aber einen gewissen Grad an Autonomie erarbeiten, um zu diesem eine politische Alternative zu entfalten – was schwer genug ist. Prinzipiell schließt das nicht die politische Arbeit in staatlichen Institutionen aus. Gleichwohl kann heute eine politische Linke nicht ohne weiteres gegen neoliberale Politik antreten, ohne ausschließen zu können, zum Feigenblatt neokonservativer Reorganisation des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft zu werden. Linke Politik müßte sich also durch eine gewisse »Sperrigkeit« auszeichnen.

Dies könnte nach Lipietz zum Beispiel durch eine Erneuerung der sozial-industriellen Verhältnisse auf der Grundlage eines neuen Kompromisses geschehen, der die bewußte Einbindung der unmittelbaren Produzenten in den Kampf um Qualität und Produktivität mit ihrem Recht verbindet, über die Einführung neuer Technologien und Arbeitsmethoden zu entscheiden, in ihren Wohnregionen zu leben und zu arbeiten sowie über mehr freie Zeit zu verfügen. Des weiteren müßten die Einkommen mindestens auf dem gegenwärtigen Sozialisierungsgrad (Anteil des Steueraufkommens, der an die Privathaushalte umverteilt wird) festgeschrieben werden und könnten die erreichten sozialen Sicherungen verbunden werden mit einer grundlegenden Reform des Wohlfahrtstaates. Internationale Beziehungen sollten auf der Basis von Multilateralismus und internationalem Kreditgeld stehen. Der systemische Freihandel muß zurückgewiesen werden, und an seiner Stelle sollen neue Spielregeln in Kraft treten, die ein Maximum an sozialem Fortschritt in eigenständigen demokratischen Ländern ermöglichen. Außerdem müßte eine »neue Linke« dafür eintreten, daß ausreichend gesellschaftliche Ressourcen zur Beschäftigung mit ökologischen Fragen sowie für die konkrete Bestimmung von nachhaltigen Entwicklungsmodellen unter Berücksichtigung der globalen ökologischen Krise bereit gestellt werden.

Schon der utopische Eindruck, den solche Formulierungen hinterlassen, zeigt, wie schwer sich explizit linke Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen tut. Allerdings: Auch die politischen Eliten sind sich über die Verlängerung ihres eigenen Herrschaftsprojekts nicht einig. Zwar ist nach dem Regierungswechsel wieder einmal klar geworden, daß linke Projekte nicht im Vertrauen auf »geneigte« Regierungen greifen, sondern nur jenseits von diesen eine Chance haben. Wenn es jedoch gelänge, in der Linken eine Debatte über die Einschätzung der gegenwärtigen Lage – einschließlich des Charakters und der Chancen bei der gegenwärtigen politischen Konstellation – zu führen, wäre das ein erster Schritt. Nur auf einer aktualisierten Bewertung der tiefgreifenden ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungen ließe sich eine Re-Formierung der Linken gründen, die sich mit neuen Projekten gesellschaftlicher Emanzipation gegen einen modernisierten Kapitalismus in den Ring trauen könnte.

Anmerkungen:

1 Antonio Gramsci, Gefängnishefte Bd. 2, 354.

2 Dennoch sind auch neoliberale Politikmuster nicht konstant und haben ihre Konjunkturen. So mischen sich unter die anfänglichen Bemühungen um Kostensenkungen im Laufe der 80er und 90er Jahre mehr und mehr Anstrengungen in Richtung Produkt- und Prozeßinnovationen. Auch haben die veränderten Sozialstrukturen in den Blöcken und Ländern der Triade unterschiedliche Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken zur Folge.

3 Alain Lipietz, Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiß für die 90er Jahre. In: Hitz u.a. (Hg.): Capitales Fatales, Zürich 1995, 91f.

4 Ich folge hier dem französischen Regulationsansatz (Alain Lipietz). Danach gibt es nur ein kohärentes Akkumulationsregime, wenn es zusammen mit einer Regulationsweise ein – wenn auch nur vorübergehend – konsistentes Entwicklungsmodell bildet, das durch ein hegemoniales System gestützt wird. Das verweist auf staatstheoretische Fragen. Dass der Neoliberalismus Schwierigkeiten hat(te), eine geeignete Regulationsweise zu finden, kann man an dessen Konzeption des Staates zeigen. Einerseits soll der Markt den Staat tendenziell zurückdrängen, andererseits ist er sich der Notwendigkeit des Staates als Herrschaftsprojekt bewußt und kann nicht auf ihn verzichten. Die politische Dominanz des Neoliberalismus beruhte auf dem Zerschlagen der fordistischen Regulationsweise, konnte aber gerade keinen eigenständigen Willen zum Staat generieren. Das ist der Kern dessen, warum eine neue Sozialdemokratie mit ausdrücklichen Staatsprojekten so attraktiv werden konnte und auch legitimiert wurde.

5 Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/Westberlin 1977, 56.

6 Antonio Gramsci, Gefängnishefte Bd. 7, 1578. Ich folge mit diesen Überlegungen Gramscis Analyse der Hegemoniefrage. Staat kann ihm zufolge nicht auf Zwang reduziert werden. Vielmehr »könnte man sagen: Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang« (ders., Bd. 4, 783).

7 Dieser bestand in einem bestimmten Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital. Die organisierte Arbeiterbewegung ordnete sich dem Taylorismus unter und akzeptierte damit die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. Im Gegenzug wurde sie an den Produktivitätszuwächsen in Form von Kaufkraftzuwächsen beteiligt. Die Klasse der Lohnarbeiter wurde so unmittelbarer Bestandteil des Kapitalkreislaufs und wurde auf politischer Ebene auch in Form von korporativen Arrangements Teil staatlicher Aushandlungssysteme.

8 Wie der französische Regulationsansatz zeigen kann, wurden im Fordismus keineswegs die kapitalistischen Widersprüche »gelöst«, vielmehr wurden ihnen mithilfe eines historisch noch nie da gewesenen Produktivismus (Taylorismus) eine vorübergehend stabile Bewegungsform verliehen. Relativ stabile Phasen der kapitalistischen Produktionsweise können also als eine spezifische und vorübergehende Bewegungsförmigkeit von Widersprüchen bestimmt werden.

► **Hans-Peter Krebs** ist Sozialwissenschaftler und Promovend am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Universität Frankfurt am Main.

Untier mit zwei Köpfen

Über den Neoliberalismus und die Staaten

von **Sebastian Geiger**

Staaten schaffen durch Steuern, Subventionen, Geldstabilität und andere standortstärkende Eingriffe die Grundlagen für nationale Konkurrenzen. Sie sind Träger des neoliberalen Modells und damit gänzlich ungeeignet als Alternative zu eben jenem. Staaten treten nicht gegen den Neoliberalismus an, sondern gegeneinander.

► Ob Herr Bürger und Frau Bürgerin nun Bananen oder Autos zu verkaufen haben oder einfach nur ihre Arbeitskraft: die alltägliche Spekulation, damit heute und auch übermorgen ein Geschäft machen zu können, setzt eine überparteiliche Gewalt voraus, die die Wertförmigkeit der Dinge (als Eigentum) sichert, Raub verhindert und Betrug ahndet, kurz: den Zwang zum äquivalenten Warentausch zum gesellschaftlichen Naturzustand erhebt. Diese Gewalt ist der bürgerliche Staat. Nützliche Tips zur gerechteren Ausgestaltung des kapitalen Normalvollzuges konnte dieser schon immer von der politischen Linken erwarten, die seine letztinstanzliche politische Souveränität über die abstrakt Gleichen – nämlich in gleicher Weise unterworfenen – ideologisch als Verpflichtung aufs Gemeinwohl las. Die Brüchigkeit seiner Bürgschaft für das Überleben der ArbeitskraftbehälterInnen wird erahnt vor dem Hintergrund internationaler Konkurrenz. Um so panischer die Projektion der Staatsbürger, die die Folgen des allgemeinen Zwangs zu Produktivität für das nationale Kollektiv nur als »Verlust nationalstaatlicher Regulationsfähigkeit« und böswilligen Ausbeutungsversuch unkontrollierter Mächte rationalisieren können.

Als »globaler Totalitarismus« wird das Phänomen bei Viviane Forrester vorgestellt: »Die privatwirtschaftlichen transnationalen Gruppen beherrschen ... mehr und mehr die staatlichen Machtinstanzen. Sie werden nicht vom Staat kontrolliert, ganz im Gegenteil, sie kontrollieren ihn und bilden im Großen und Ganzen eine Art Nation, die außerhalb eines Territoriums, außerhalb irgendwelcher Regierungsinstitutionen unaufhörlich die Institutionen der verschiedensten Länder und ihre Politik beherrscht. Häufig erfolgt das auf Umwegen über namhafte Organisationen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF) oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).«[1]

Komplementär zu den Vorstellungen von Ausbeutung der Welt durch hochgradig vertrustete Multis, die die Produktion um den Globus jagen und unschuldigen Volkswirtschaften alle möglichen Bedingungen diktieren, steht die linke Ideologie, die den Neoliberalismus als kontingente politische Strategie denunziert. Notwendiges Gegenbild zur Appellationsinstanz Sozialstaat, den manche als erhaltenswert, andere immerhin nur als kleineres Übel betrachten, bleibt auch hier das vaterlandslose Kapital, dessen »Interessen« von Regierungen gegen die »Bevölkerungsmehrheit« durchgezockt würden. Falsche Voraussetzung beider Kritiken ist die Annahme, daß die Zwecke kapitalistischer Staaten unvereinbar seien mit unternehmerischem Profitstreben im internationalen Maßstab.

Staatlich garantierter Freihandel

► Bereits eine oberflächliche Begutachtung des Weltmarktes weist diesen jedoch als Werk nationalstaatlicher Übereinkunft aus. Übereinkunft in einem sehr weiten Sinne: von Krieg bis Meistbegünstigung. Beispiele sind etwa der Opiumkrieg, also die versammelte Gewaltanwendung der imperialistischen Staaten Europas gegen die Abschottung des chinesischen Marktes einerseits, das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) andererseits, das allen Beitrittsländern (also Staaten) die sanktionsbewehrte Verpflichtung auferlegt, ausländische Investoren in jeder Hinsicht einheimischen gleichzustellen, also den bestehenden Konkurrenznachteil eines der »Partner« zu verewigen. Seit sich ehemalige Kolonien bereiterklärt haben, die historische Ausbeutung unter dem Banner des Befreiungsnationalismus selbst zu organisieren und Modernisierungsregimes die Drecksarbeit vor Ort erledigen, vollzieht sich auch hier Ausbeutung als Verhältnis von Staaten.

Einen Hinweis auf die staatlicherseits verfolgten Zwecke der allgemeinen Marktöffnung gibt die Beharrlichkeit, mit der das regierende Bedienungspersonal der Großmächte des Welthandels fremde Herrschaftsgebiete als Quellen ihrer nationalen Bereicherung begutachtet und jede ausschließende Regelung in Form von Schutzzöllen oder Subventionen einheimischer Produktion als Behinderung der gewinnbringenden Betätigung ihrer Kapitale beklagt. Die Freiheit zum grenzüberschreitenden Geldverdienen erhalten Kapitalisten durch die Übereinkunft zwischen Staaten, deren Regierungen die territoriale Beschränkung des Geschäfts ihrer Bürger als Beschränkung der Wachstumsmöglichkeiten des nationalen Reichtums aus dem Weg geräumt haben. Denn der ökonomische Bestand kapitalistischer Staaten gründet auf Finanzmitteln aus den Umsätzen und Einkommen der Bürger. Indem der Staat seine Insassen in die Freiheit des Geldverdienens entläßt, subsummiert er sie unter ein System der Nutzbarmachung für seine Macht, denn als Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden sie nur Quelle des kapitalistischen wie auch des staatlichen Reichtums.

Daß die Geschäfte der einheimischen Klientel mit anderen Staaten oder deren Bevölkerung weiter laufen, wird nicht dem Zufall überlassen. Institutionen wie der Internationale Währungsfonds bzw. die Welthandelsorganisation (WTO) künden davon. Was im Schein der formalen Gleichheit der Mitgliedsstaaten als internationale Risikoversicherung daherkommt – wenn etwa dem russischen Staat Milliardenbeträge in konvertibler Währung zur Aufrechterhaltung seiner Funktion als Ordnungsmacht, Arbeitgeber und Hüter des nationalen Geldes kreditiert werden –, hat für die Beteiligten sehr verschiedene Konsequenzen. Schwachbrüstige Nationalstaaten unterwerfen sich den Bedingungen des IWF, um überhaupt als Handelspartner oder Kreditnehmer akzeptiert zu werden. Sie arbeiten ohne Rücksicht auf Verluste an einer wertbeständigen Währung, um damit oder mit den in einigermaßen verläßlichem Verhältnis stehenden und sauer erworbenen Devisen etwas auf dem Weltmarkt kaufen oder Schulden begleichen zu können. Derweil garantieren nämliche Bedingungen den Ökonomien der Welthandelsmächte optimalen Zugang zu Märkten, Rohstoffen und Arbeitskräften der betroffenen Länder. Die grundsätzliche Übereinkunft der Welthandelsmächte, zum gegenseitigen Nutzen auf



... Ganz hinten sitzt nur, wer schlecht endet. Foto: H. Sachs/version

die allgemeine Konkurrenz sich einzulassen (und nicht etwa exklusive Einflußzonen, also Kolonien zu installieren[2]), schließt dabei grundsätzlich die Möglichkeit nicht aus, an empfindlicher Stelle gegen alte und neue Konkurrenten zu unterliegen und ganze Sektoren der einheimischen Produktion samt ihrer menschlichen Anhängsel zu gefährden. Schon deshalb hat der amerikanische Präsident beispielsweise versichert, die Weisungen der WTO selbstverständlich zu ignorieren, sollten sie amerikanischen Interessen widersprechen.

Allerlei Sonderangebote

▶ »Globalisierung« wird (auch von linken Sozialstaatsfanatikern) hauptsächlich in diesem Sinne problematisiert: dort, wo Marktöffnung als Garant des nationalen Profits versagt, also in bestimmten nationalökonomischen Sektoren, die anders als im Regelfall von Ländern niederkonkurriert werden, die bisher nur als Zulieferer oder Märkte zu Buche schlugen. Bedingungen und Folgen der marktförmigen Ausbeutung schlagen so bisweilen auf deren Profiteure zurück, etwa durch niedrigere Lohnniveaus oder ein anspruchsloses Arbeitskräfteheer, das sich Schwellenländer unter dem Zwang nationaler Reichtumsproduktion mit mehr oder weniger offen diktatorischen Mitteln zugelegt haben.

Den Schutz der nationalen Reichtumsproduktion organisiert der Staat, der sich am Weltmarkt bereichern will, nicht (mehr) defensiv als altmodischen Protektionismus mit Schutzzoll und Verbot von Kapitalflucht, sondern als Kampf um den nationalen Anteil am Weltgeschäft. Dergestalt ist das Land »Standort«, seine Wirtschaft so groß, wie es ihm gelingt, sich als Wahlheimat des in einigen Sektoren nun tatsächlich internationalen Kapitaleinsatzes zu bewähren. Daß mittlerweile auch Industrien anderer Länder in der Lage sind, Autos oder Computer herzustellen, ist kein Grund zur gemeinsamen Freude, sondern eine Gefährdung des Reichtums und der Macht des Staates und der auf ihn verpflichteten Landsleute, ihres Vorsprungs, mit dem sie den Weltmarkt nach ihren Bedürfnissen zurechtgestoßen haben. »Da addiert sich nichts!« (Peter Decker)

Um neue Konkurrenznationen aus dem Feld zu schlagen, also den eigenen Anteil am Weltgeschäft zu verteidigen oder auszubauen, bemühen sich Staaten um die Garantie von allerlei Sonderangeboten und exklusiven Geschäftsbedingungen: Steuerhöhe, Preis und Leistung der Arbeitskräfte, »Tarifdisziplin«, (verdeckte) Subventionen, Kaufkraft und Stabilität des Geldes werden auf ihre Attraktivität für Anleger befragt. Als ideeller Gesamtkapitalist benimmt sich der Staat wie ein reeller, indem er das ganze Land als Angebot an den Profitwillen von Kapitalisten herrichtet, deren Kapitaleinsatz er auf seinen Herrschaftsbereich und zu seinem Vorteil festlegen will. Um gleichlautende Bemühungen konkurrierender Staaten zu vereiteln, schafft er durch Subventionen von »Zukunftsindustrien« Konzerne von der Kapitalgröße, die nötig ist, gegen auswärtige Weltfirmen erfolgreich anzutreten (Telekom, Bahn, Luftfahrt). Andererseits ergreift er – im Verbund mit seinem treuen Volk, das tut, was zu tun ist – Maßnahmen, die den internationalen Vergleich von Preis und Leistung der Arbeitskraft zu seinen Gunsten ausfallen lassen. Indem der Staat – der über den Klassen steht, sich aber im Interesse des Standortes zum Protagonisten der Ausbeutung macht – seine Bürger als letztes Anhängsel des weltweiten Geschäfts auf die dauernde Konkurrenz gegen andere Standorte verpflichtet, modernisiert er die objektiven Voraussetzungen eines Nationalismus, der nicht trotz, sondern wegen der unverstandenen »Globalisierung« ganz unverhohlen durchschlägt: Vor die Wahl gestellt, vom Kapital zu leben oder andere davon leben zu lassen, wählt der Bürger das nationale Ticket und bestätigt es durch konstruktive Kritik.

Anmerkungen:

1 Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie, Wien 1997, S. 41. Die antisemitische Struktur der Projektion ist kaum zu übersehen.

2 Daß die Grundlage der allgemeinen Konkurrenzwirtschaft nicht verlassen wird, ist nicht zwingend, entspricht aber dem Nutzen derjenigen Handelsmächte, die alternativ zwar die materielle Möglichkeit des Raubes haben, diese aber nur zu Lasten des Prinzips, das ihre Überlegenheit verstetigt – das Niederkonkurrieren anderer Ökonomien durch heimische Unternehmen – einsetzen können.

▶ **Sebastian Geiger** ist Mitglied im Internationalen Arbeitskreis der JungdemokratInnen-Jungen Linken




Algerien entschleiert

Frantz Fanon in der feministisch-postkolonialen Debatte – Teil 1

von **Udo Wolter**

Frantz Fanon liefert Anknüpfungspunkte sowohl für revolutionsromantische Antiimperialisten als auch für elaborierte Dekonstruktivisten der Theorie des Postkolonialismus. Anhand eines konkreten Beispiels – der Schleier und seine Bedeutung in Algerien während und nach der Kolonisation – kann gezeigt werden, daß es vor allem theoretische Blindflecken sind, die diese gegensätzlichen Aneignungen möglich machen. Zunächst geht es jedoch im ersten Teil des Artikels darum, diese Blindflecken zu benennen: Es sind dies zum einen die Geschlechterverhältnisse, zum anderen der Begriff der nationalen Kultur.

► Bei den Debatten der 'postkolonialen Kritik' um fließende, »hybride« Formen von Subjektivität als Grundlage neuer kultureller und politischer Formen widerständigen Handelns fällt immer wieder die enorme Bedeutung Frantz Fanons auf. Ein Theoretiker, der gemeinhin als Klassiker der antikolonialen Revolutionstheorie der 60er Jahre gilt, wird heute auch und gerade von denjenigen in Anspruch genommen, welche die bipolaren Entgegensetzungen – Kolonialherr/Kolonisierter, Westen/Rest, Zivilisation/Wildheit, männlich/weiblich etc. – ebenso wie die repressiven Festschreibungen ethnischer und nationaler Identitäten dekonstruktivistisch auflösen wollen. Wie konnte Fanon zu einem Begründer des Antikolonialismus und eines anti-begründungslogischen (anti-foundationalist) Postkolonialismus zugleich werden?

Welche Ansätze sich in Fanons Befreiungstheorie für eine poststrukturalistische Lesart eignen und wie diese wiederum zu kritisieren ist, wurde in dieser Zeitschrift bereits thematisiert.[1] Zumindest außerhalb feministischer Theoriezirkel scheint dabei allerdings nach wie vor die feministische Thematisierung von Geschlechterverhältnissen innerhalb der postkolonialen Theorie nur randständig wahrgenommen zu werden. Von feministischen Positionen hat aber auch die 'postkoloniale' Rezeption von Frantz Fanons Befreiungstheorie wichtige Impulse erhalten, die im folgenden vor allem an zwei neuen Veröffentlichungen von Meyda Yeğenoğlu und Ania Loomba[2] dargestellt werden sollen.

Das antikoloniale Subjekt ...

► Fast mehr noch als die »Verdammten dieser Erde« steht in der postkolonialen Fanon-Diskussion dessen erstes Buch »Schwarze Haut, weiße Masken« im Mittelpunkt. Hier hat Fanon sein ganzes, auch für seine späte-

ren Schriften prägendes kategoriales Arsenal entwickelt und dieses vor allem auf der Subjektebene psycho-affektiver und diskursiver Prozesse entfaltet und in den Kategorien Sprache, Sehen und Begehren, Körperlichkeit und Sexualität analysiert. Fanons Ausgangspunkt ist die eigene, durch autobiographische Schilderungen in die Analyse eingearbeitete Erfahrung mit rassistischer Ausgrenzung in Martinique und Frankreich. Die rassistischen Ausschließungen und Stigmatisierungen werden als wechselseitiger Prozeß von Abgrenzung und Identifikation zwischen Weißen und Schwarzen im wesentlichen in psychologischen Kategorien der Aufspaltung zwischen dem Selbst und seinem Anderen untersucht. Fanon legt sich selbst und die rassisierten Subjekte sozusagen auf die Couch. Die Ursachen des Rassismus sieht Fanon bereits hier konsequent im Kolonialismus als ökonomische und gesellschaftlich-kulturelle Praxis und analysiert die schwarze Entfremdung »als Arsenal von Komplexen (der Minderwertigkeit), [...] das sich im Schoß der kolonialen Situation herausgebildet hat.« (SHWM S.24)

Mehr als die koloniale Ökonomie interessieren Fanon dabei die Psychopathologien des Rassismus als gegenseitige Verstrickung von Kolonisatoren und Kolonisierten. »Der Neger, Sklave seiner Minderwertigkeit, und der Weiße, Sklave seiner Überlegenheit, verhalten sich beide neurotisch. Das hat uns veranlaßt, ihrer Entfremdung mit Hilfe der psychoanalytischen Beschreibung beizukommen.« (S.45) Der Schwarze nimmt sich selbst über das vom Weißen auf ihn projizierte Zerrbild wahr und will wie dieser sein, doch auch der Weiße richtet sein Begehren auf das von ihm selbst projizierte Bild des Schwarzen. Diese rassistische Aufspaltung des Subjektes in ein Selbst und sein Anderes folgt dem abendländischen Diskurs des dichotomen Gegensatzes von Wildheit und Zivilisation. Das als Wildheit abgespaltene Andere wird als Fremdes gleichzeitig zu einem Objekt der Angst bzw. Verachtung und zum Objekt der Begierde, zu einer Projektionsfläche unterdrückter Sexualität und Naturhaftigkeit. Der individualpsychologische Rahmen wird aber immer wieder mit der vom Kolonialismus geschaffenen sozialen Situation verbunden, Fanon gelangt zu einer »soziodiagnostischen Psychiatrie«, wie Homi Babba treffend formuliert hat. Dabei hat Fanon mit seiner These von der biologisch-sexuellen Aufladung des rassistischen Phantasmas vom Schwarzen im Medium von Hautfarbe und Körperschema der modernen kritischen Rassismusforschung ebenso vorgegriffen wie durch sein zentrales Diktum *»Es ist der Rassist, der den Minderwertigen schafft«*. (S. 68)

Rassismus interessiert Fanon als Verstrickung von Kolonisatoren und Kolonisierten

Um den Teufelskreis wechselseitiger Zuschreibungen zu durchbrechen, ist es für Fanon notwendig, daß die Rassisierten nicht dabei stehen bleiben, ihr Schwarzsein – beispielsweise im von Fanons Lehrer und Freund Aimé Césaire vertretenen Konzept der *Négritude* – als Identität zu affirmieren. Er ironisiert die Übernahme von Zuschreibungen des Schwarzseins (Irrationalität, Emotionalität, rhythmisch-sinnliche Spiritualität etc.) als Identität sogar mit einer Polemik, die manchmal wie ätzender Spott auf die heutige New-Age-Esoterik klingt. »Da auf der Ebene der Vernunft keine Einigung möglich war, warf ich mich der Irrationalität in die Arme. [...] Äja! das Tam-Tam brabbelt die kosmische Botschaft. Nur der Neger vermag sie zu übermitteln, ihren Sinn zu entziffern. Blut! Blut!...Geburt! Taumel des Werdens!« ruft er aus, um sogleich innezuhalten: »Dennoch galt es, dem Rythmus zu mißtrauen.« (S. 90f) Auch die Berufung auf kulturelle Tradition macht für Fanon angesichts des Kolonialismus wenig Sinn: »Man wird den Kolonialismus niemals beschämen, indem man verkannte kulturelle Schätze vor ihm ausbreitet.« (VdE, S. 189). Als einzige Lösung bezeichnet es Fanon daher, die Befangenheit »im narzistischen Drama, jeder in seine Besonderheit eingeschlossen« (SHWM, S.36) zu überwinden und »durch die menschliche Besonderheit hindurch das Allgemeine anzustreben« (ebd., S.139), die universelle menschliche Subjektivität. Ganz existentialistisch hofft Fanon, daß das zum authentischen Selbst befreite Subjekt handlungsmächtig in der Lage ist, »die Erfindung in die Existenz einzuführen. In der Welt, in der ich fortschreite, erschaffe ich mich unaufhörlich.« (S. 164) Allerdings hat Fanon auch hier bereits die später für seine Begründung des nationalen Befreiungkampfes wichtige Notwendigkeit des Durchganges durch eine spezifische historisch-kulturelle Identität behauptet.

.... und die Geschlechterverhältnisse

► Trotz seiner »Dekonstruktion« der rassisierten Subjekte bleibt Fanon jedoch oft blind für die in die abendländische Subjektkonstitution eingeschlossenen hierarchischen Geschlechterverhältnisse, obwohl er durchaus geschlechtsspezifisch argumentiert. »Aber er nutzt die Analogien zwischen Rasse und Geschlecht nicht, um weibliche Subjektivität zu refigurieren: Sowohl schwarze wie weiße Frauen verbleiben in seiner Darstellung das Terrain, auf dem Männer sich bewegen und ihre Schlachten untereinander darstellen,« schreibt die indische Literaturwissenschaftlerin Ania Loomba über Fanon (1998, S. 162).

► ***Frantz Fanon*** *ist, ähnlich wie Ché Guevara, zu einer Legende der antikolonialen Revolution geworden. Sein Einfluß reicht jedoch im Gegensatz zum Guerilla-Mythos Ché bis in die neueste postkoloniale Theoriebildung hinein. Der 1925 in Martinique geborene und in Frankreich ausgebildete Psychiater, der sich schließlich ganz in den Dienst des algerischen Befreiungskampfes und der antikolonialen Revolution in Afrika stellte, wurde durch seine biographisch verbürgte persönliche Integrität ebenso wie durch seine Schriften zum Symbol des Kampfes der »Verdammten dieser Erde« schlechthin. Dies führte in der deutschen Linken vor allem nach '68 zu einer ikonenhaften und selektiv auf die Legitimation des bewaffneten Kampfes gerichteten Fanon-Rezeption. Sein Name wurde zum Platzhalter eines 'marxistischen' Antiimperialismus, ohne daß die Vereinbarkeit seiner Befreiungstheorie mit einer an Marxschen Kategorien orientierten kritischen Gesellschaftstheorie überhaupt ernsthaft geprüft wurde.*

Sein Leben siedelt Fanon in vielerlei Hinsicht auf der Grenze zwischen den Welten an, welche er vor allem als manichäisch entgegengesetzte analysieren sollte: Schwarz und Weiß, Kolonisatoren und Kolonisierte. Als Sohn einer relativ wohlhabenden und auf Assimilierung orientierten Familie hat Fanon auf Martinique die rassistische Hierarchie einer kolonialen Gesellschaft erfahren, aber auch die Annahme des eigenen Schwarzseins als Identität durch seinen Lehrer und Freund Aimé Césaire. Während seines Studiums in Frankreich war er mit dem Rassismus der europäischen Metropole konfrontiert, welcher ihn aus genau der Kultur ausschloß, der er sich in ihren universellen humanistischen Idealen verbunden fühlte. Zu deren Verteidigung war der achtzehnjährige Fanon bereits freiwillig mit der französischen Armee in den Krieg gegen den deutschen Nationalsozialismus gezogen und hatte dabei Nordafrika ebenso wie den Rassismus in der Armee des 'freien Frankreich' kennengelernt. Fanons biographisches Grenzgängertum trug sicherlich zur enormen Vielschichtigkeit seines Werkes bei. Leider blieb ihm nur ein knappes Jahrzehnt rastloser theoretischer Aktivität vergönnt. Wenige Wochen nach Veröffentlichung seines Hauptwerkes »Die Verdammten dieser Erde« starb Frantz Fanon 1961 an Leukämie.

Dies läßt sich an Fanons »Schwarze Haut, weiße Masken« belegen. Das sexuelle Begehren des Schwarzen gegenüber der weißen Frau wird dort als Wunsch interpretiert, »als Weißer anerkannt zu werden« (S. 48). Der Kolonialismus hat den indigenen Mann symbolisch kastriert, also ist Sex mit einer Weißen nach Fanon ein »Ritual zur >wahren< Männlichkeit.« (S.54) Dies korrespondiert mit Fanons Analyse der rassistischen Zuschreibung unterdrückter Triebwünsche bei der Konstruktion des Schwarzen als Biologie und agressiver sexueller Potenz: »Wer Vergewaltigung sagt, sagt Neger«, so Fanon (S.117). Genau in diesem Zusammenhang aber unterstellt Fanon nun weißen Frauen die negrophobe Angst vor der »Vergewaltigung durch einen Neger« als Vergewaltigungsphantasie, als »Erfüllung [...] eines geheimen Wunsches« (S. 126). Ganz explizit folgt Fanon hier den »Ideen Freuds über weibliche Sexualität«, dessen Modell der Psychoanalyse er sonst sehr kritisch gegenüberstand. Fanons Vorstellungen über weibliche Sexualität entspricht seine ebenfalls immer wieder vermerkte Homophobie, etwa wenn er das Gefasel eines anderen Autoren über die angeblich »sinnliche Aura« des Schwarzen mit einen deutlich homophoben Argument zurückweist: »Noch nie konnte ich, ohne Ekel zu empfinden, einen Mann über einen anderen Mann sagen hören. >Wie sinnlich er ist!<« (S. 142).

Eine sinnvolle Erklärung dieser patriarchal-zwangsheterosexuellen Elemente in Fanons Schriften muß auf die Konstituierung des antikolonialen Subjektes bei Fanon zurückgehen, wenn sie nicht selbst wieder bei kulturalistischen Zuschreibungen eines 'Black Macho'- Images landen will. Gerade in dem Bemühen, das universelle humanistische Subjekt von dessen kolonial-rassistischen Zügen zu befreien, hat Fanon dessen androzentrische Schieflage übernommen. Er hat nicht berücksichtigt, daß wie »Wilde« auch Frauen im abendländischen Diskurs der Aufklärung vom herrschaftlichen Bereich der instrumentellen Vernunft abgespalten, der Natur zugeschlagen und damit zum 'Anderen' der Vernunft verdinglicht wurden. Die naturalisierende Verdinglichung von Frauen *und* Rassisierten ist ein Moment der Dialektik der Aufklärung, und Fanon erweist sich paradoxerweise gerade im Verfehlen ihres vergeschlechtlichenden Moments als dem binären Denken der Aufklärung verhaftet. Die Tatsache, daß Fanon zwar mit dem Ziel der Verwirklichung eines universellen Humanismus die rassistische Hierarchie gründlich kritisierte, dabei aber die vorherrschende Geschlechterhierarchie eher noch bestärkte, läßt darauf schließen, daß sein Subjekt männlich strukturiert ist.[3] Ania Loomba zieht daraus folgende Konsequenz für die Analyse weiblicher und kolonialer Subjektivität: »Fanons Verwendung der Psychoanalyse, um der Produktion rassischer Differenz Rechnung zu tragen, muß mit feministischer Subjektkritik verbunden werden, bevor sie als sinnvolles Paradigma für koloniale Identität dienen kann.« (1998, S. 163)

Befreiung durch nationale Kultur

► In seinen weiteren Schriften überträgt Fanon sein in »Schwarze Haut, weiße Masken« entworfenes subjektives Befreiungsmodell aus einer an der Hegelschen Dialektik von Herrschaft und Knechtschaft sowie an Sartres Existentialismus orientierten Perspektive auf die Ebene kollektiver Identitäten und kollektiven politischen Handelns. Angesichts des gewaltsamen Charakters der Kolonialherrschaft muß dabei notwendigerweise von der Dialektik gegenseitiger Anerkennung auf diskursiver Ebene zur gewalttätigen Konfrontation von Kolonialherren und Kolonisierten übergegangen werden. »Der Kolonialismus ist keine Denkmaschine, kein vernunftbegabter Körper. Er ist die Gewalt im Naturzustand und kann sich nur einer noch größeren Gewalt beugen,« schreibt Fanon in den »Verdammten dieser Erde« (S. 51). Die positive Bewertung antikolonialer Gewalt durch Fanon, ja ihre unbedingte Einforderung gegenüber gewaltfreien Modellen der Befreiung aus der Kolonialsituation ist nicht Selbstzweck oder Mystifizierung von Gewalt als 'menschliche Natur'. Sie bezieht sich als Gegengewalt auf das emanzipatorische Projekt der Wiederaneignung der durch die Kolonisatoren entfremdeten, enteigneten und negierten Menschlichkeit der Kolonisierten. Dazu allerdings bedarf es außer der individuell »entgiftend« und kollektiv »totalisierend und national« (VdE, S. 77) wirkenden Gewalt noch eines weiteren Bindemittels zwischen Individuum und Gesellschaft. Dieses findet Fanon in der nationalen und kulturellen Identität und wird damit zu einem Begründer heutiger Identitätspolitik.

Der Dynamik des Nationalen in den antikolonialen Befreiungskämpfen stand Fanon jedoch nicht naiv gegenüber. In den »Verdammten...« reflektiert er die Widersprüchlichkeit der Aneignung des nationalen Bewußtseins und nationaler Kultur durch die Kolonisierten im emanzipatorischen Akt des Widerstandes und spricht bereits die negativen Konsequenzen nationaler Aneignung an, welche in den nachkolonialen Systemen vielerorts eingetreten sind.

Rettung der Nation vor dem Nationalismus

► Fanon reflektiert allerdings weder sein Konzept der Nation noch seine Kritik an deren Fehlentwicklungen im Prozeß der Dekolonialisierung mit den Kategorien einer Kritik der politischen Ökonomie im Marxschen Sinne. Vielmehr analysiert er Kolonialismus und Dekolonisation in subjektiven und kollektiven Kategorien von Kultur und Identität, von Herrschaft, Widerstand und Gewalt. So ist auch ein von Edward Said auf seiner Suche nach einer »übernationalen Kraft« bei Fanon ständig angeführtes Zitat bestenfalls eine Kritik am Nationalismus, die selbst noch nationalistisch ist: »Wenn der Nationalismus nicht erklärt, bereichert und vertieft wird, wenn er sich nicht sehr rasch in politisches und soziales Bewußtsein, in Humanismus verwandelt, dann führt er in eine Sackgasse.« (S. 174)

Die Rettung der Nation vor dem Nationalismus durch soziales Bewußtsein kann für Fanon gesellschaftlich nur aus der nationalen Kultur kommen. Er versucht daher, sein ursprünglich subjektives Befreiungsmodell auf der Ebene des Nationalstaates als wirkliche Unabhängigkeit gegen eine bloß formale Dekolonisierung durchzusetzen, indem er auf die Begriffe des Volkes und der Kultur rekurriert. Beide Begriffe pendeln so schillernd zwischen einem essentialistischen und einem dynamischen Pol, daß sie sowohl Anknüpfungspunkte für krudeste Antiimperialisten als auch für die elaboriertesten Dekonstruktivisten der postcolonial Critique bieten. Ganz essentialistisch sieht er einmal die bäuerlichen Massen als »kohärentes Volk, [...] dessen moralische Werte, dessen Verbundenheit mit der Nation intakt geblieben sind«(S. 108). An anderer Stelle sieht er im Volk eine »tiefere Substanz« am Werke, die aber »sich selbst mitten in einer Erneuerung befindet«, denn im Befreiungskampf »ändert die Tradition ihre Bedeutung.« (S. 189)

Fanon stellt hier einer in der äußerlichen Repräsentation des Volkes erstarrten Folklore die innere Dynamik »eines intensiven, ständig sich erneuernden unterirdischen Lebens« entgegen. Diese dynamische und zugleich doch dem konkreten geschichtlichen Prozeß enthobene tiefere Substanz des Volkes ist zugleich auch der Kern von Fanons Kulturbegriff. Im nationalen Befreiungskampf werden Volk und Kultur miteinander verschweißt. »Sich für die nationale Kultur schlagen heißt zunächst, sich für die Befreiung der *Nation, der materiellen Stammutter, schlagen, durch die Kultur erst möglich wird. Es gibt keinen kulturellen Kampf neben dem Kampf des Volkes«*. (S. 197, Hervorhebg. U.W.) Fanon hat sein subjektives Emanzipationsmodell in den »Verdammten...« auf den nationalen Befreiungskampf übertragen, indem er dessen kreativ-dynamisches Moment aus dem Subjekt in den Bereich der »nationalen Kultur« verschoben und dort festgeklopft hat.

Träger der nationalen Kultur, durch die die Nation vor der Erstarrung im Nationalismus bewahrt werden soll, sind die indigenen Intellektuellen: sie können der im Volk verwurzelten Kultur Ausdruck verleihen. Darin besteht wieder eine Brücke von Fanon zur postkolonialen Debatte, in der die »hybriden« postkolonialen Intellektuellen im Mittelpunkt stehen und gleichzeitig kritisch an die eben umrissene dynamische Kulturkonzeption Fanons angeknüpft wird. Allerdings werden

die Intellektuellen, und das wird in der postkolonialen Debatte gerne übersehen, von Fanon rigoros auf die Ziele des nationalen Aufbaus verpflichtet und deshalb auch auf eine eindeutige nationale Identität festgelegt. »Andernfalls kommt es zu schwerwiegenden psychoaffektiven Verstümmelungen. Menschen ohne Ufer, ohne Grenzen, ohne Farbe, Heimatlose, Nicht-Verwurzelte, Engel« (S. 185), behauptet Fanon über die katastrophalen Folgen mangelnder authentischer Identität und beschreibt dabei ironischerweise genau die Hybridität, auf die in der postkolonialen Debatte als Mittel gegen den nationalen Identitätswahn so geschworen wird.[4]
(Der zweite Teil folgt im nächsten Heft.)

Anmerkungen:

1 Vgl. zur postkolonialen Kritik und der Bedeutung Fanons innerhalb derselben den wegweisenden Artikel von Sabine Grimm, *iz3w 223/224.*

2 siehe Literaturliste

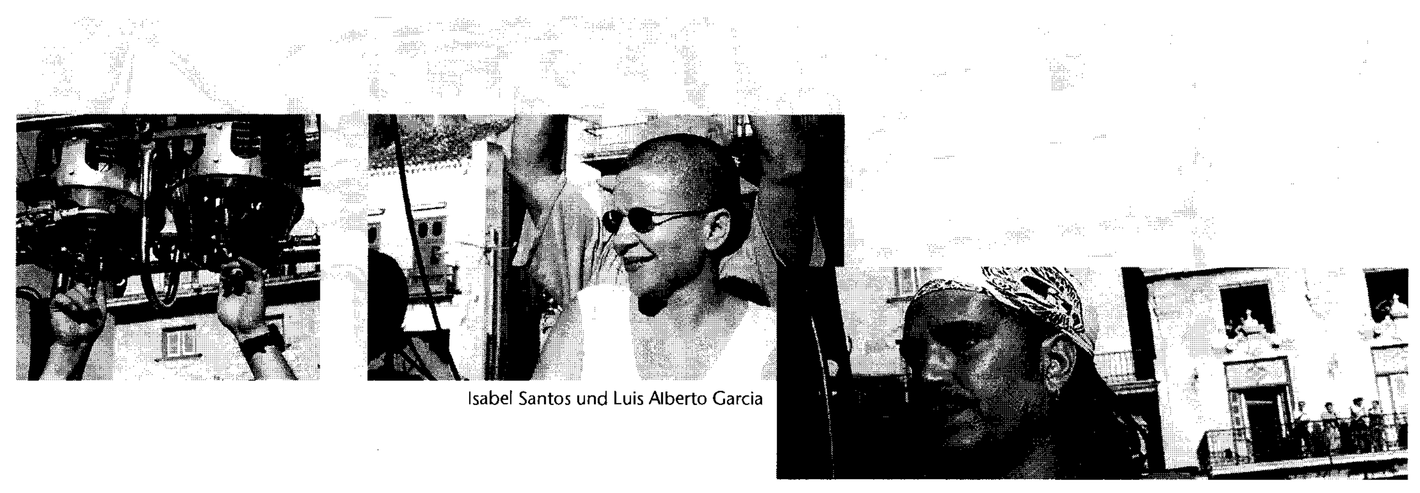
3 siehe Loomba, 1998, S. 147f.

4 Stuart Hall hat das Projekt der Cultural Studies in einem Interview einmal als »Ringkampf mit Engeln« bezeichnet. Vgl. D. Bloedner, iz3w 225

Literatur

- demontage, gruppe, 1998, *Postfordistische Guerilla: vom Mythos nationaler Befreiung,* Münster.
- Fanon, Frantz, (SHWM), 1985, *Schwarze Haut, Weiße Masken,* Frankfurt a. M.
- Fanon, Frantz, (AlSa), 1986, *Algerien legt den Schleier ab,* in: Frantz Fanon, *Das kolonisierte Ding wird Mensch – Ausgewählte Schriften,* Leipzig 1986, S. 100 – 123.
- Fanon, Frantz, (VdE), 1981, *Die Verdammten dieser Erde,* Frankfurt a. M.
- Loomba, Ania, 1998, *Colonialism/Postcolonialism,* London & New York 1998.
- Yeğenoğlu, Meyda, 1998, *Colonial fantasies – Towards a feminist Reading of Orientalism,* Cambridge 1998.
- Yuval-Davis, Nira, 1993, *Gender and Nation,* in: *Ethnic and Racial Studies,* Volume 16, No. 4 Oct. 1993, S. 621 – 632.

► **Udo Wolter** ist Mitarbeiter im **iz3w.**



Isabel Santos und Luis Alberto Garcia bei den Dreharbeiten zu *La vida es silbar.* Foto: F. Bou

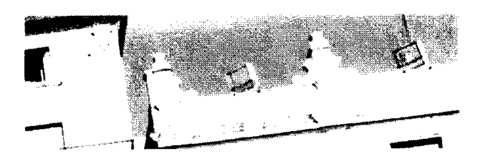
»Leben heißt pfeifen«

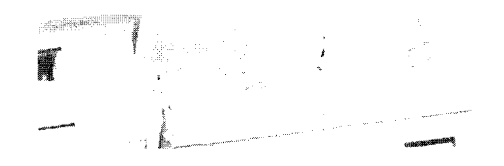
Das 20. Festival del Nuevo Cine Latinoamericano in Havanna

von **Volker Kull**

»Quién es el último?« – »Wer ist der letzte (in der Reihe)?« An diese für Kubaner und Kubanerinnen alltägliche Frage mußten sich während des Festivals des Neuen Lateinamerikanischen Kinos in Havanna auch internationale Besucher gewöhnen. Wie jedes Jahr war der Andrang bei der 20sten Ausgabe des wichtigsten lateinamerikanischen Filmfestivals so groß, daß dieses Mal die meisten Vorstellungen ausverkauft waren. Nicht wenige Habaneros und Habaneras nehmen sich – sofern sie eine 'legale' Arbeitsstelle haben – zwei Wochen Urlaub, um bloß keinen Film zu verpassen.

► Etwa 500.000 Besucher sahen an den elf Tagen vom 1. bis 11. Dezember 1998 in mehr als 30 Kinos über 500 Filme der unterschiedlichsten Filmgattungen und -genres. Neben dem offiziellen Wettbewerb kam das kubanische Publikum in den Genuß der unterschiedlichsten Filme zeitgenössischer und historischer nationaler Kinematographien. Französische, italienische, britische und nordamerikanische Filme wurden ebenso gezeigt wie erstmals seit langem eine Reihe mit aktuellen deutschen Produktionen: *Rossini* von Helmut Dietl, *Das Leben ist eine Baustelle* von Wolfgang Becker, *Jenseits der Stille* von Caroline Link und *Comedian Harmonists* von Joseph Vilsmaier. Insbesondere *Der bewegte Mann* von Söhnke Wörtmann, ein Film über die Verwicklungen eines heterosexuellen Mannes in der Schwulenszene Berlins, rief beim kubanischen Publikum große Begeisterung hervor. Dies erstaunt nicht, wurde doch mit *Fresa y chocolate (Erdbeer und Schokolade)* von Gutiérrez Alea in kinematographischer Hinsicht mit dem Tabuthema Homosexualität gebrochen. Obwohl seither die Restriktionen gegenüber Homosexuellen, vor allem Schwule, gelockert wurden – Lesben sind öffentlich so gut wie inexistent –, herrscht in der kubanischen Öffentlichkeit noch immer große Unkenntnis über die Kultur von Schwulen. Schwulsein in Kuba war früher





eine gefährliche, heute ist es noch immer eine ernste Sache. Daher war gerade der für kubanische Verhältnisse ungezwungene und humorvolle Umgang mit Sexualität unter Männern ein großer Genuß für das kubanische Publikum.

Insgesamt bekam das Publikum im Wettbewerb des Filmfestivals, der ausschließlich den lateinamerikanischen Produktionen vorbehalten bleibt, wenig herausragende Filmkunst zu sehen. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist bei den meisten lateinamerikanischen Filmemachern wenig Mut zur filmsprachlichen Innovation festzustellen. Die meisten bevorzugen eine konventionelle Erzählweise, die sich am kommerziellen Hollywood-Kino orientiert. Das mag zum einen am Generationswechsel lateinamerikanischer Regisseure liegen. Die politisch bewegten Filmemacher Lateinamerikas der 60er und 70er Jahre, wie etwa der Argentinier Fernando E. Solanas, machen jüngeren Regisseuren Platz, denen die politischen Ideale verloren scheinen. Eine andere Ursache liegt in der großen Abhängigkeit lateinamerikanischer Regisseure von europäischen Produzenten. Selten waren beim Filmfestival so viele Koproduktionen mit nicht-lateinamerikanischen Firmen zu sehen. Diese wirtschaftliche Notwendigkeit gibt den Regisseuren zwar die Möglichkeit, ihre Filmprojekte überhaupt realisieren zu können, hat aber zur Folge, daß die Filmemacher in der Wahl ihrer filmischen Mittel und Geschichten ihre Unabhängigkeit einbüßen.

Die Preisträger

► Die Filme, die sich diesem generellen Eindruck entzogen, waren dann auch die Preisträger des diesjährigen Festivals. *El viento se llevó lo que* (ein Wortspiel auf die spanische Übersetzung von *Vom Winde verweht, Lo que el viento se llevó*) des Argentiniers Arturo Agresti beispielsweise ist eine liebevoll ironische und sehr poetische Beschreibung des Lebens in einem kleinen Dorf in Patagonien. Seine Geschichte über eine junge Frau aus Buenos Aires, die nach Río Pico-Chubut kommt, um dort beim Aufbau des Dorfkinos zu helfen und die daraus entstehende Verwirrung des Dorflebens steckt voller absurder, bisweilen dadaistischer Elemente und hat zurecht den zweiten Preis erhalten.

Ein für Kolumbien und Lateinamerika aktuelles Thema greift der drittplazierte kolumbianische Film *La vendedora de rosas (Die Rosenverkäuferin)* von Victor Gaviria auf. Sein zweiter langer Spielfilm, der bereits in Cannes im Frühjahr 1998 gute Kritiken erhielt, erzählt die Geschichte von Mónica, einem Straßenkind in Medellín, das sich mit dem Verkauf von Rosen über Wasser hält. Der Film beschreibt den grausamen Alltag der Straßenkinder, der bestimmt ist von Intrigen, Gewalt, der Suche nach Drogen und der trotz allem vorhandenen Sehnsucht nach Liebe und Geborgenheit. Sein dokumentarischer Stil, der sich durch eine dynamische Schulterkamera und viele Nah- und Halbnaheinstellungen auszeichnet, verleiht dem Film eine Radikalität, die die Zuschauer die traurige Realität unmittelbar spüren läßt.

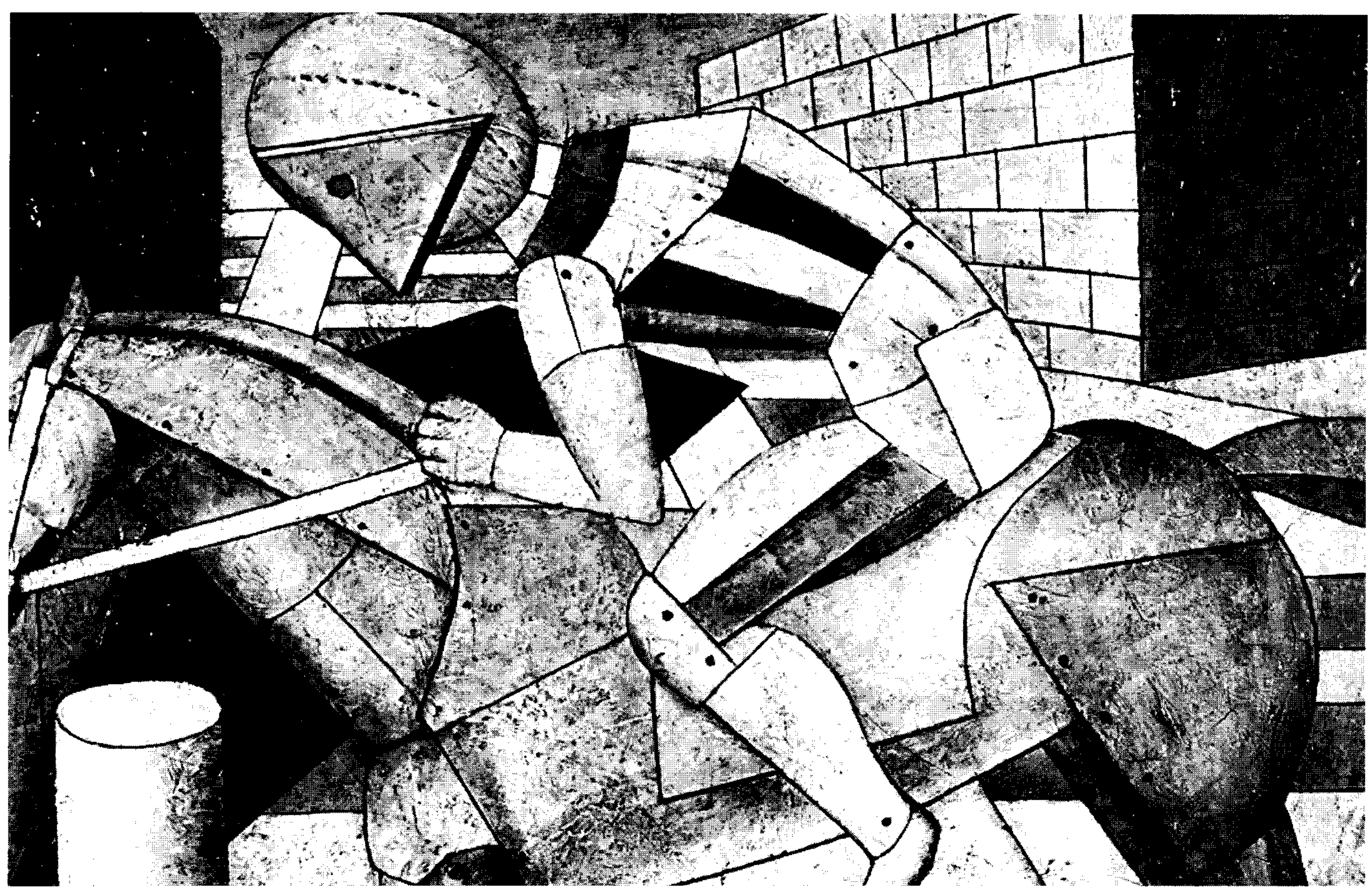
Einen der ästhetischen Höhepunkte des diesjährigen Festivals – da waren sich die meisten Besucher einig – setzte der kubanische Beitrag *La vida es silbar (Leben heißt pfeifen)* von Fernando Pérez. Anhand der Schicksale dreier Menschen im zeitgenössischen Havanna erzählt der Film von der Suche nach persönlichem, privatem Glück. Zugleich ist es eine Geschichte über die Konsequenzen persönlicher Entscheidungen – vor allem darüber, im geliebten Kuba zu bleiben oder das Land zu verlassen: »Die Schnecken sind die perfektesten Wesen. Sie können im Ausland leben, ohne ihr Haus, ihre Heimat verlassen zu müssen.« Dieses Filmzitat trifft die derzeitige Problematik Kubas und gleichermaßen den Nerv der Kinozuschauer, wie ihr zugleich wissendes und bitteres Lachen an dieser Stelle des Films offenbarte. Die meisten unter ihnen haben Freunde oder Bekannte, die schweren Herzens Kuba verlassen haben bzw. mußten und nun voller Sehnsucht an ihre Rückkehr denken. Und wer es sich finanziell leisten könnte, würde lieber heute als morgen weggehen, so schwer es auch fiele.

Zu Recht hat *La vida es silbar*, die einzige kubanische Filmproduktion des Jahres 1998, den Hauptpreis des Festivals erhalten. Nach *Hello Hemingway* (1990) war es die zweite Auszeichnung für Fernando Pérez. Sein Film besticht durch die symbolhafte, metaphernreiche Bildersprache und die intelligent ineinander verwobenen Geschichten der Protagonisten. Das sporadisch anklingende Pathos mag man ihm aufgrund der mutigen Betrachtung der derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse in Kuba verzeihen. Mit *La vida es silbar* zeigt sich erneut, daß die Produktionen des ICAIC, des nationalen Filminstituts Kubas, näher am Alltag der Bevölkerung sind als andere staatlich kontrollierte Medien. Ein Anspruch, den sich die kubanischen Filmschaffenden seit Beginn der Revolution setzten und den sie im Unterschied zu den politisch Verantwortlichen im Laufe der Jahre nicht vergessen haben.

Die Grenzen des Filmschaffens in Kuba bekam Rolando Díaz mit seinem Film *Si me comprendieras (Wenn Du mich verstehen würdest)* zu spüren. Dieser unabhängig vom ICAIC produzierte Dokumentarfilm porträtiert acht junge afro-kubanische Frauen im heutigen Havanna. Er vermittelt Einblicke in ihren Alltag abseits jeglicher offizieller sozialistischer Ideologie. Dabei spart er auch Tabuthemen wie Rassismus oder Emigration nicht aus. Der Film fand jedoch im Festivalkatalog keine Erwähnung, wurde nur einmal im Festivalprogramm gezeigt und eine zweite, für die Woche nach dem Festival angesetzte Vorführung in der Universität von Havanna mußte angeblich aufgrund technischer Probleme ausfallen. Der Verdacht liegt jedoch nahe, daß man diesen Film der kubanischen Öffentlichkeit vorzuenthalten versucht.

► **Volker Kull** lebt in Heidelberg. Er beschäftigt sich mit ethnographischem Dokumentarfilm und mit lateinamerikanischem und schwarzafrikanischem Kino.

Unterwegs mit Helmut
Erfahrungen eines mexikanischen Schriftstellers



Carlo Carrà: Der Ritter des Abendlandes

von **Juan Villoro**

► Im Alter von vier Jahren sah ich mich vor eine Alternative gestellt, die meinem Leben eine entscheidende Wendung geben sollte. Im Colegio Alemán, der deutschen Schule in Mexiko Stadt, mußte ich zu einer Prüfung antreten, die zur Folge hatte, daß man mich der deutschen Gruppe zuteilte. Neun Jahre lang wurde ich nur in einem einzigen Fach auf spanisch unterrichtet: Landessprache.

In den Mathematikstunden zum Beispiel mußten Aufgaben folgender Art gelöst werden: »Udos Großmutter hat in ihrem Keller fünf Körbe mit Äpfeln, die sie in ihrem Garten geerntet hat. Damit möchte sie einen Apfelstrudel backen. Wenn man für ein Stück Strudel eineinhalb Äpfel braucht und sich in jedem Korb fünfzehn Äpfel befinden, wieviel Stück Kuchen kann die Großmutter dann backen?« Nicht nur solch unlösbare Rechenaufgaben quälten mich, sondern auch zusätzliche Rätsel: In Mexiko besitzen die Häuser weder einen Keller noch ernten Großmütter Äpfel in ihren Gärten, und Apfelstrudel backen sie schon gar nicht. Die Schule brachte es fertig, mir jegliche Erkenntnis als unüberwindbare Hürde erscheinen zu lassen. Da ich auf deutsch lesen und schreiben lernte, war jedes Wissen für mich ein fremdsprachiges. Diese sonderbare Schulbildung hatte zweierlei Folgen: Nichts liebe ich mehr als das Spanische, und nichts verabscheue ich mehr als ein verengtes Bild der nationalen Identität.

Orakel für volkstümliche Bräuche

► Die Leiden meines Schulalltags waren auf eine Maxime des Colegio Alemán zurückzuführen, die vielleicht das Bildungsministerium ausgegeben hatte: Rassismus und Absonderung im Klassenzimmer sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Als ich 1960 in die Hallen des Wissens einzog, lieferte der zweite Weltkrieg immer noch den bevorzugten Stoff für Action-Filme. Das Colegio Alemán war wegen seiner nationalsozialistischen Verbindungen während des Kriegs geschlossen worden.

Wie in vielen zweisprachigen Schulen hatte es auch in der unseren zunächst eine rein ausländische Gruppe gegeben. Nach dem Krieg griff die Furcht vor dem Pangermanismus um sich, und um den Schein zu wahren, mußte es in jedem deutschen Klassenzimmer zwei oder drei Mexikaner geben, die die kulturelle Vielfalt gewährleisten sollten. Neun Jahre lang fanden sich die Lehrer mit meinen schlechten Noten ab, denn letzten Endes war ich ein Vertreter des geduldig seine Leiden ertragenden einheimischen Volkes, dem nicht nur jegliche Apfelstrudel-Gesinnungen fremd waren, sondern ebenso der korrekte Gebrauch des Dativs und die Sätze mit dem Verb am Ende. An manchen Tagen befragten mich die Lehrer, als wäre ich ein Orakel für volkstümliche Bräuche: Reibt sich deine Großmutter die Beine mit Marihuana ein? Stimmt es, daß es bei euren Totenwachen lustig zugeht? Zieht einer deiner Onkel bei Festlichkeiten immer die Pistole und feuert Freudenschüsse in die Luft? Warum verschwinden eure Dienstmädchen plötzlich auf Nimmerwiedersehen, warum betteln die Polizisten um Almosen, warum kommen die Klempner zwar am vereinbarten Wochentag, aber nicht in dem Monat, in dem sie zu einem Haus mit Rohrbruch gerufen wurden? Das wilde, unbegreifliche mexikanische Leben, das das Colegio umtoste, drang durch

diese Fragen zu dem jeweiligen Folklore-Abgeordneten eines jeden Klassenzimmers. Mit der Zeit wurden die Themen etwas komplexer: Im Alter von elf sah ich mich nicht nur zu Erklärungen, sondern auch zu einer Verteidigung der aztekischen Menschenopfer verpflichtet. Da ich das Andersartige repräsentierte, war mir nichts so sehr von Nutzen wie Kuriositäten. Je schärfer unsere Chilis desto besser für meine Berichte. Die Lehrer genossen die Schauergeschichten über ihre Wahlheimat; ihr Verlangen nach Exotik brachte mich dazu, ein übertriebenes Bild meines Landes zu zeichnen, in dem meine Vettern zum Frühstück Tequila mit Schießpulver tranken, meine Tanten sich als Strafe für schlechte Gedanken mit Agavendornen spickten und blutend durchs Haus liefen, als wollten sie für Frida Kahlo posieren, mein Großvater während der Revolution standrechtlich erschossen worden war und uns nichts als sein Glasauge vermacht hatte, mit dem ich immer Murmeln spielte.

Helmut oder der europäische Blick

► Während der Jahre, in denen ich die Erwartungen der Schule erfüllte, wurde ich zu einem Autor des magischen Realismus. Doch als ich begann, selbst Erzählungen zu schreiben, tat ich dies nicht im Bewußtsein, typisch mexikanisch sein zu müssen. Erneut war es der europäische Blick, der mich mit der Existenz eines literarischen Patriotismus konfrontierte.

Internationale Schriftstellertreffen führen für gewöhnlich eine Komödie der kulturellen Mißverständnisse auf. Als ich einmal in Deutschland an einem Kongreß teilnahm, lernte ich einen der zahllosen Helmuts kennen, für die Lateinamerika die Chance bedeutet, ihre Lust zur Unverantwortlichkeit auszuleben. Als erstes erfuhren wir von ihm, daß er das europäische Joch der Pünktlichkeit abgeschüttelt hatte. Er ließ uns eine Stunde am Flughafen warten, bis wir wegen des *jet lags* beinahe in Ohnmacht gefallen wären. Während der folgenden vier Tage bedachte uns Helmut zu den unmöglichsten Zeiten mit japanischem Tequila aus einer pyramidenförmigen Flasche und zwang uns dazu, am Ende einer jeden Zusammenkunft *Cielito lindo* zu singen. Es versteht sich von selbst, daß wir uns gründlich lächerlich machten. Überall kamen wir zu spät, aber Helmut stellte uns mit herausforderndem Trotz vor, als stünde Europa noch wegen der Erfindung der Schokolade in unserer Schuld. Unser Gastgeber war all das Unrecht leid, das Lateinamerika erlitten hatte, dieser Urwald mit seiner brennenden Sonne, wo man seinen Kopf nur mit Hilfe von deutschem Aspirin tragen konnte. Als wir ihm sagten, wir hätten das unbestimmte Gefühl, recht unhöflich gewesen zu sein, wandte er sich mit einstudierter Ché-Guevara-Geste an uns und erinnerte uns daran, daß wir uns nicht um den kolonialen Rationalismus zu scheren brauchten. Das Publikum erwartete Magisches von uns. So gut er es auch meinte, durch Helmut wurde unser Aufenthalt zu einer Hölle, in der wir uns genauso aufführten wie die grotesken Figuren, die ich im Colegio Alemán erfunden hatte.

Das Exotische soll den fremden Blick befriedigen. Es ist eine der bedenklichsten, subtilsten Erscheinungen des Eurozentrismus, daß er auf der Suche nach dem »Authentischen« dem Pittoresken den Vorzug gibt. Wir haben es hier nicht mit Figuren von Kipling oder Conrad zu tun, bei denen der Weiße bzw. der Mensch der westlichen Welt den Eingeborenen weit überlegen ist, sondern der Fall liegt komplizierter. Vor lauter Respekt vor der Verschiedenartigkeit verfällt der postkoloniale Diskurs bisweilen in einen merkwürdigen folkloristischen Fundamentalismus. Die Romane, Filme, Illustrationen und Installationen der Dritten Welt werden zu einem bloßen Vehikel für die nationale Identität. In diesem Licht sind die Erzählungen der Andersartigen nur als Dokument von Bedeutung und ihre Handlungsstränge nichts als Archive des Volkstümlichen; ein Argentinier, der mit dem Fahrstuhl steckengeblieben ist, oder ein Bolivianer, der sich in einem *Kentucky Fried Chicken* in Depressionen ergeht, sind nur eine Geschichte wert, insofern sie sich direkt oder symbolisch mit dem reichen Vorrat des »Lateinamerikanischen« in Verbin-

Magischer Realismus

► In der Literaturgeschichte gibt es wohl kaum einen Begriff, der in so kurzer Zeit so viel Ruhm und Ansehen erreicht hat und in so unbekümmerter Weise Anwendung findet, wie der des »magischen Realismus«. Angesichts der kontinuierlichen Inflationierung des Begriffes seien die verschlungenen Wege der Entwicklung dieser Stilrichtung sowohl in Europa wie auch in Lateinamerika kurz nachgezeichnet. Entstanden ist der »magische Realismus« in der europäischen Kunst- und Kulturszene. Als seine Geburtsstunde wird der Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, genauer das Jahr 1925 angegeben. In diesem Jahr taucht der Begriff erstmals bei dem Kunsthistoriker Franz Roh in einem Buch über die Probleme der neuesten europäischen Malerei auf, in dem er den Begriff »magisch« vom »Mystischen« abzugrenzen versucht. »Mit magisch im Gegensatz zu mystisch sollte angedeutet sein, daß das Geheimnis nicht in die dargestellte Welt eingeht, sondern sich hinter ihr zurückhält.« Thema der neuen Form ist zwar nach wie vor die Gegenstandswelt, die aber nichts mehr mit dem »Realismus«, d.h. dem Versuch, die Gegenstände so getreu wie möglich darzustellen, gemein hat. Das Erfassen des Geistigen und Unheimlichen inmitten der scheinbaren Nüchternheit und Objektivität steht im Vordergrund.

Der Begriff »magischer Realismus« bezog sich also zunächst auf die europäische Malerei, avancierte jedoch bald zum Schlüssel für die Interpretation von Kunstwerken jedweder Art, in denen man symbolischen Charakter vermutete. Der enge Kontakt zwischen lateinamerikanischen und europäischen Intellektuellen und das große Interesse an der europäischen Kulturszene sorgten dafür, daß der »magische Realismus« in die Neue Welt gelangte. Als literaturtheoretisches Konstrukt tauchte er dort in den fünfziger Jahren auf. Angel Flores sah in ihm jedoch lediglich einen stilistischen Rekurs des Schriftstellers auf die Verschmelzung von Realität und Phantasie. In den sechziger Jahren rückte Luis Leal den verborgenen symbolischen Gehalt der Realität in den Vordergrund, der seines Erachtens in Lateinamerika noch unverbraucht vorhanden war.

Eine ähnliche Auffassung von Realität wiesen der Kubaner Alejo Carpentier und der guatemaltekische Schriftsteller und Nobelpreisträger Miguel Angel Asturias dem literarischen Konzept des »lo real maravilloso« – die »wunderbare Wirklichkeit« – zu, das dem »magischen Realismus« sehr verwandt ist. Die beiden Schriftsteller beanspruchten unabhängig voneinander für sich die Entdeckung der französischen Surrealisten und übernahmen insbesondere deren Vorstellung von der Verquickung von Traum und Wirklichkeit. Ablehnend standen sie der intellektualisierten

dung bringen lassen, das heißt, mit den vorgefaßten Urteilen europäischen Zuschnitts.

Garant der Unterschiedlichkeit

► Die »Rhetorik der Schuld«, wie es Edward Said nennt, hat dem Eurozentrismus eine eigentümliche Wende gegeben, wobei der Respekt vor dem Anderen nun in neuen, komplexeren Verrenkungen zum Ausdruck kommt. Freitag unterwirft sich Robinson nicht, sondern er verkauft ihm bunte Steine und bringt ihm bei, wie ein Schamane zu meditieren. Der Eingeborene ist jetzt kein niedrigeres Wesen mehr, sondern ist einfach anders. Aber sein Anderssein muß etwas Eindeutiges an sich haben, er muß als Hüter und Garant der Unterschiedlichkeit dienen. Man erwartet nicht von Freitag, daß er genauer addiert und subtrahiert als Robinson, sondern daß er ihn mit transzendentalen, neuen, verführerisch prälogischen Weisheiten belehrt. Der Mythos von Freitag erfährt somit eine anthropologische Umkehrung: Das Absonderliche an ihm macht seine Überlegenheit aus.

Vom Wunderlichen angezogen, verschmähen zahllose Geister mit den besten Absichten die von Alexander von Humboldt beschriebene Route und weigern sich, ein Territorium, dessen Reiz das Unverständliche ausmacht, auf dem Weg der Vernunft zu betreten. Im Namen der Unterschiedlichkeit wird Lateinamerika für sie zu einem Freigehege für Lokalkolorit. In Lateinamerika spielt es dagegen kaum eine Rolle, ob etwa ein schwedischer Zeichner mit jedem Strich seine skandinavische Eigenart verwirklicht. Von jeher waren wir an eine Kunst gewöhnt, die auf Reisen geht und sich vermischt. Die Geographie unserer Vorstellungswelt kennt zumindest zwei Ufer: das Ufer der Ursprungskultur und das Ufer all dessen, was von weither dazugekommen ist.

Drei Jahre lang war ich als Kulturattaché meines Landes in Ostberlin tätig und stellte dort einmal eine Ausstellung mit Siebdrucken von Sebastián auf die Beine, eines Mexikaners, der in der Tradition von Josef Albers und der Bauhausschule steht. Der Leiter der Galerie schaute sich die konstruktivistischen Bilder mit äußerster Skepsis an: »Sie gefallen mir schon, aber wo ist das Mexikanische?« fragte er. In einem Anfall von Verzweiflung erzählte ich ihm, daß die Dreiecke auf den Bogen der Maya-Pyramiden anspielten, die Rechtecke auf die aztekischen Mäander und die Farben auf die verschiedenen Himmelsrichtungen der prähispanischen Kosmogonie. Der Ausstellungsleiter änderte unverzüglich seine Meinung: Sebastián war ein Genie.

Freitag unterwirft sich Robinson nicht, sondern er verkauft ihm bunte Steine

Ebenso wie der Tequila oder der Cognac muß auch der lateinamerikanische Künstler für seine Herkunftsbezeichnung einstehen. Angesichts der Nachfrage nach einer Kunst mit lupenreinem Latino-Stammbaum versuchen manche Künstler, doppelt urwüchsig zu sein. Gabriel García Márquez und Alejo Carpentier hatten sich keinerlei Strategie zurechtgelegt, um die ausländische Kritik zu begeistern; ihre Werke sind das natürliche Ergebnis ihrer literarischen Entwicklung. *Hundert Jahre Einsamkeit* und *Die verlorenen Spuren* sind Höhepunkte unserer Sprachkultur, überwältigende Neuerfindungen der Wirklichkeit. Nichts wäre erbärmlicher, als ihnen ihre Verdienste abzusprechen. Dennoch ist es nicht von der Hand zu weisen, daß im Schatten dieser gewaltigen Kapokbäume der Fabulierlust »Tutti-frutti-Federn« gewachsen sind – um einen Ausdruck von Cabrera Infante zu benutzen –, die ein Erfolgsrezept wiederholen und mit Berechnung Licht auf die wunderliche amerikanische Landschaft werfen wollen. Eine Situation, die sich für eine Farce über verquere Authentizitäten eignet. In meinem Roman *Das Spiel der sieben Fehler* wird eine mexikanische Theatertruppe zu einer Europatournee eingeladen. Vor ihrer Abfahrt gibt ihnen ihr Manager eine Empfehlung: Um jenseits des Atlantiks Erfolg zu haben, müßten sie noch *mexikanischer* wirken. Die Schauspieler stürzen sich in einen schwindelerregenden Abgrund der Identitäten: Wie können sie sich als sie selbst verkleiden? Der Regisseur engagiert ein paar

Sicht auf die Ineinswerdung von Realität und Traum gegenüber und ersetzen dies durch den Rückgriff auf mythische Wurzeln der indianischen Völker in Guatemala (Asturias) und der Schwarzen in Haití (Carpentier). Ein wichtiges Anliegen von Carpentier und Asturias war es also, den Surrealismus zu »lateinamerikanisieren«. Während der Europäer die wunderbare Wirklichkeit erst erfinden müsse, sei sie im lateinamerikanischen Kontext bereits zugegen und müsse nurmehr entdeckt und durch die Sprache zutage gefördert werden.

Literaturwissenschaftlich ist und bleibt der magische Realismus ein Konstrukt. Gabriel García Márquez, der kolumbianische Schriftsteller und Autor des Romans *Hundert Jahre Einsamkeit*, der als Paradebeispiel des magischen Realismus gehandelt wird, äußert sich eher verhalten zu dem Begriff: »Noch nie ist mir etwas begegnet, und noch nie konnte ich etwas anfertigen, das wunderbarer ist als die Wirklichkeit (...) In meinen Büchern gibt es keine einzige Zeile, welche nicht aus einem realen Geschehen entspringt. (...) Das einzige, das ich ohne weiteres behaupten könnte, ist, daß die Wirklichkeit nicht beim Preis der Tomaten aufhört. (...) In Comodoro Rivadavia, einem desolaten Ort im Süden Argentiniens hat der Polarwind einen ganzen Zirkus durch die Luft gewirbelt und am nächsten Tag zogen die Fischer nicht wie gewohnt Fische aus dem Wasser, sondern die Leichen toter Löwen, Giraffen, Elefanten (...) Es reicht ja schon, wenn man die Zeitung liest und die Augen öffnet.« (1)

Vielleicht ist das einzig Gemeinsame der Schriftsteller, die zum »magischen Realismus« gezählt werden, eine unterstellte Suche nach lateinamerikanischer Identität. Diese könnte man jedoch in der lateinamerikanischen Literatur bereits seit dem 19. Jahrhundert finden. Octavio Paz prägte dafür den Begriff der Gründungsliteratur: »Unsere Literatur ist die Antwort der realen Amerikaner auf die utopische Realität Amerikas. Bevor wir eine eigene historische Existenz besaßen, begannen wir damit, eine europäische Idee zu sein (...) die hispanoamerikanische Literatur ist ein Unternehmen der Phantasie. Wir nehmen uns vor, unsere eigene Realität zu erfinden. (...) Entwurzelt und kosmopolitisch ist die hispanoamerikanische Literatur Rückkehr und Suche nach einer Tradition (...) Wille zur Verkörperung, Gründungsliteratur.« (2)

Der »magische Realismus« entsteht also aus dem Wunsch, einen Lebensraum definieren zu wollen, der sich durch seine »Andersheit« von europäische Kulturen abhebt. In Europa jedoch verwandelt sich der »magische Realismus« in eine Projektionsfläche verschiedenster Interessen und Vorstellungen, was ein verzerrtes Bild von Lateinamerika zur Folge hat. Das Wort »magisch« zeigt in Europa magische Wirkungen, da es die Würze des Exotischen imaginiert, im Ansatz die Wiederbelebung des guten Wilden vollzieht und nostalgische Sehnsüchte um das verlorene Paradies wachruft.

Anmerkungen:

1 José Luis Sanchez-Ferrer: El realismo mágico en la novela hispanoamericana en el siglo XX, Madrid 1990, S. 41

2 Zit. nach M. Strausfeld: Die neue Literatur Lateinamerikas: Versuch einer Bestandsaufnahme, in: dies (Hrsg.): Lateinamerikanische Literatur. Frankfurt/Main 1983, S. 10



Christian Schad: Die Berlinerin

karibische Trommler, die rein gar nichts Mexikanisches an sich haben, aber in Europa immer den Eindruck wilder Urwüchsigkeit geben, und die Schauspieler legen sich unter die Höhensonne, um als würdige, bronzefarbene Repräsentanten der »Bronze-Rasse« auftreten zu können. In einer Art kultureller Travestie gründen die Schauspieler einen neuen Stamm, die Infrarothäute, deren Farbe in der Fremde nicht enttäuschen soll. Die absurdeste Form *künstlicher Authentizität*.

Jedes Publikum hat ein Recht auf seine Leidenschaften, und nichts wäre willkürlicher als eine Tyrannei des guten Geschmacks errichten zu wollen. In einer Welt, die zu ihrer Befriedigung Erfindungen gemacht hat, die die ganze Palette vom gregorianischen Gesang bis zu eßbaren Unterhosen abdecken, ist es nicht unbedingt skandalös, wenn europäische Leser von Lateinamerika 168 Jahre alte Generäle, Jaguare mit Jadeaugen oder über Mangrovensümpfen schwebende Nymphen fordern. Schlimm ist jedoch, daß sich das Allgemeinbild Lateinamerikas solch vorgefaßten Vorstellungen unterwerfen soll: Der magische Realismus als Erklärung einer Welt, der jede andere Logik fremd ist.

Das Imperium der Zeit

► Der Kontakt zu Lateinamerika stellt für die Festung Europa keine unmittelbare Bedrohung dar. Gefährliche Wanderbewegungen lauern anderswo: bei den Russen, die sich im Winter ihres Mißvergnügens auf Skiern von Moskau nach Berlin aufmachen könnten, bei den Arabern, die auf der Suche nach Asyl und Arbeit sind, bei den wohlhabenden Chinesen, die Paris kennenlernen wollen und eine halbe Million Hotelzimmer buchen. Lateinamerika liegt dagegen weitab und dringt nur in Form der schillernden, bunten Verpackungen seiner Kaffeebohnen und seiner Salsa-CDs nach Europa.

Eben diese Ferne befriedigt auch auf kulturellem Gebiet ein sonderbares Bedürfnis der europäischen Phantasie: die Utopie der Rückständigkeit. In einer globalisierten Welt ist nichts verführerischer als ein Reservat, in dem ferne Bräuche bewahrt werden. Wenn die Nordamerikaner Hotels aufsuchen, die ihnen das Gefühl vermitteln, daß Chichén Itzá genauso aussieht wie Houston, nur mit Pyramiden, schwelgen die Europäer meist im Authentischen. Merkwürdigerweise kann diese Lust nach dem Ursprünglichen zu einem archäologischen Hedonismus führen, bei dem Elend und Ungerechtigkeit zu Formen des Pittoresken werden. Der gewöhnliche Urwald der Leguane wird zum faszinierenden Lebensraum der Dinosaurier, ein *Jurassic Park*, der Exkursionen in die Vergangenheit ermöglicht.

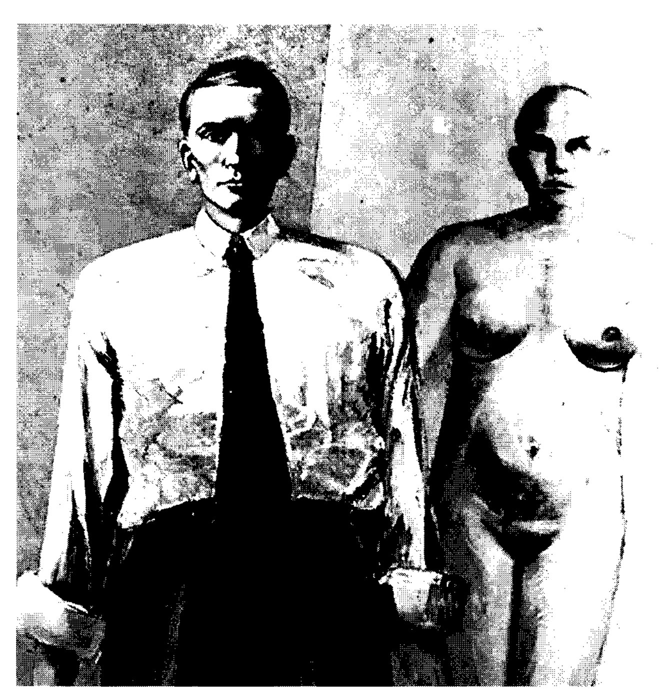
Sowohl in den Reiseführern, die davon abraten, unser Leitungswasser zu trinken, als auch in Hollywoods Großproduktionen, in denen »der Mexikaner« jemand mit mustergültigem Schnurrbart ist, der sich halbtot lacht, wenn er seinen besten Freund ins Jenseits befördert: Mexiko gleicht einem Vergnügungspark außerhalb der Zeit, einem brodelnden *melting pot*, wie ihn all die Länder nicht mehr kennen, in denen verschiedene Kulturen und Völker nur noch in der Benetton-Reklame präsent sind.

Wir haben es hier mit einem Kolonialismus ganz neuer Prägung zu tun, der keinen Raum mehr, sondern die Zeit besetzt. In dieser Vision eines Lateinamerikas als Themenpark ist die Vergangenheit nicht mehr Geschichte, sondern entscheidender Bestandteil der Gegenwart. Unsere Länder, fest in ihrer Identität verankert, versorgen eine Welt mit Antiquitäten, die sich das Moderne und die Zukunft für sich selbst vorbehalten hat.

Wohlgemerkt gehen die Ansprüche an eine Kultur, die den verwirrenden Duft der Guayave ausströmt, nicht auf den europäischen Egoismus zurück, sondern auf das Bedürfnis Europas, seiner Vorstellungswelt eine kontrollierte Barbarei einzuverleiben. Der Anthropologe Roger Bartra hat untersucht, inwiefern es für das Europa des Mittelalters notwendig war, sich einen haarigen, von niederen Instinkten beherrschten Homunkulus zu erfinden, um durch den harten Kontrast die Überlegenheit des zivilisierten Menschen unter Beweis stellen zu können. Nach Meinung Bartras zerstörte die Entdeckung Amerikas diese Tradition. Angesichts der »realen Wilden« benötigte man keine Legendengestalt mehr, die Jungfrauen an Bäume fesselte. Der Europäer konnte sich nun an Inkas und Olmeken messen.

Vergnügungspark in Chiapas

► Auch wenn es Unterschiede geben mag, so setzt die kulturelle Überbewertung der Rückständigkeit Lateinamerikas doch diese Entwicklungslinie fort. Ein Musterbeispiel dafür ist der Zapatistenaufstand in Chiapas. Seit Januar 1994 hat die Völkergemeinschaft entscheidend dazu beigetragen, ein Blutvergießen zu vermeiden. Die ungewöhnliche Rückendeckung von seiten der Presse hat es außerdem möglich gemacht, daß sich die Zapatisten wie in einem Spiegel sehen und ein anderes Bild von sich selbst machen konnten. Die überwältigende Mehrheit der Mexikaner verstand wohl das Anliegen, nicht aber die Methode einer Guerilla, die in der Anfangsphase des Kampfes verkündete, sie



Anton Räderscheidt: Selbstbildnis

würde in der Hauptstadt einmarschieren und die Regierung stürzen. Die wichtigste Wendung war zweifellos, daß der EZLN diese Realität erkannte, auf Gewalt verzichtete und sich auf den geschickten Kampf mit den Waffen öffentlicher Kommuniqués einließ, den der Schriftsteller Gabriel Zaid als postmodernen Krieg bezeichnet hat, der auf einer Schaubühne ausgetragen wird. Fünf Jahre nach dem Aufstand hat sich Chiapas in das bevorzugte Ziel des politischen Welttourismus verwandelt, denn es bietet sicherere Reisebedingungen als der Kosovo und garantiert gleichzeitig lateinamerikanische Mythen. Ein maskierter Dichter führt die Rebellen an und veröffentlicht Aufrufe, die sich auf vor- und nachsozialistisches Gedankengut stützen: Seine neue Version des *Popol-Vuh*, des heiligen Buchs der Maya, kann man über das Internet lesen.

Von außen betrachtet, haben wir es mit einem wunderbar virtuellen Konflikt zu tun; dennoch wird hier mit dem Schicksal von Völkergruppen gespielt, die unter unwürdigen Bedingungen leben. Die Unterstützung und der Beistand Europas waren unbedingt erforderlich, um zu verhindern, daß diese Region erneut zum Schauplatz eines Massakers wie das von Acteal im Dezember 1997 wurde. Doch es stimmt ebenso, daß Chiapas ein beliebtes Reiseziel von Italienern geworden ist, die für ein paar Stunden Tzoztiles sein wollen, sowie von Deutschen, für die eine vergleichbare Lage im Schwarzwald wohl inakzeptabel wäre. Die Rebellen-Skimützen wandern als Souvenirs des Nonkonformismus in ihre Koffer. Für alle, die nur auf ein Abenteuer aus sind und ein Gefühl der Unsicherheit erfahren wollen, wie es in europäischen Ländern nicht mehr existiert, wäre es geradezu eine Katastrophe, wenn Chiapas nicht länger ein Vergnügungspark der Vergangenheit wäre. »Helft uns, damit es uns nicht mehr geben muß, helft uns, zu verschwinden«, wie es der Subcomandante Marcos exemplarisch ausgedrückt hat.

Chiapas' Einzigartigkeit hat den Nebeneffekt, daß man inzwischen kaum mehr von anderen Indiovölkern in Lateinamerika spricht. Allein in Mexiko leben 56 verschiedene Kulturen von Ureinwohnern mit äußerst unterschiedlichen Interessen und Absichten. Nur Chiapas als »Ausnahmefall« und Modeobjekt des schlechten Gewissens Europas in den Brennpunkt zu rücken, verkennt das Komplexe der lateinamerikanischen Geschichte und versperrt den Blick auf andere Bereiche, die nicht mit der Gunst der Scheinwerfer rechnen können.

Beim Betrachten des Regens in McOndo

► 1996 veröffentlichte eine Handvoll lateinamerikanischer Schriftsteller, die in den sechziger Jahren geboren worden waren, die Anthologie *McOndo*, deren Titel bereits auf die synkretistische Wirklichkeit Lateinamerikas anspielt (gegenüber von Aureliano Buendías Haus steht bereits ein McDonald's). Auch der Buchumschlag hat prinzipiellen Charakter: Im Paradies führt die Schlange Eva mit dem Logo von Apple Macintosh in Versuchung. Die Erzählungen in *McOndo* haben sich die Demontage des mythifizierten Bildes von Lateinamerika vorgenommen. Die Idee des Projekts entstand, als drei der Autoren – ein Chilene, ein Mexikaner und ein Argentinier – von einem nordamerikanischen Verleger mit der Begründung abgewiesen worden waren, daß ihre Werke nicht mit der nötigen Ration magischen Realismus aufwarteten. Im Vorwort schreiben Alberto Fuguet und Sergio Gómez über die neuen lateinamerikanischen Landschaften: »Vor lauter Urwaldbäumen sahen wir die Wolkenkratzer nicht mehr.«

Die *McOndisten* lehnen im allgemeinen ländliche Themen ab. Natürlich widmen sich Alvaro Mutis, Mario Vargas Llosa, José Balza und Juan José Saer weiterhin der glücklichen Neuerfindung der entlegensten Gegenden unseres Kontinents. Die neuen Erzähler wollen nur die Freiheit des Schreibens unter Beweis stellen, sie treten für ihr Recht ein, untypisch zu sein und nicht als Repräsentanten eines bestimmten Territoriums fungieren zu müssen.

Neun Jahre lang bewältigte ich heikle Situationen im Colegio Alemán, indem ich aus gewöhnlichen Leguanen Jahrmarktsdinosaurier machte. Das Land meiner Kindheit war in zweifacher Hinsicht exotisch. Mich beschäftigte zum einen der Apfelstrudel, den ich nur in der Phantasie aß, und zum anderen die Folklore, für die ich in der Klasse zu garantieren hatte. Es war keine vorbildliche Schulbildung, aber sie vermittelte mir immerhin die Gewißheit, daß man sich die wirkliche Heimat nur aneignet, wenn man nicht für den fremden Blick posiert.

Den auf dem Internationalen Schriftstellertreffen in Berlin gehaltenen Vortrag übersetzte Susanne Lange.

► **Juan Villoro** lebt als freier Schriftsteller in Mexiko-Stadt. Zuletzt erschien von ihm der Roman *Das Spiel der sieben Fehler*, Deutsche Verlags-Anstalt, 1997 (Orginalausgabe: *Materia dispuesta*, Alfaguara, México, 1997). Sein erster Roman (*El disparo de argón*, 1991) liegt in der deutschen Übersetzung als Taschenbuch vor: *Die Augen von San Lorenzo*, dtv 1996.

Indische Karawane

▸ Mehrere hundert Bauern und Bäuerinnen werden als »Inter-Continental Caravan« im Frühjahr und Sommer diesen Jahres durch Europa ziehen. Die Initiative für diese Karawane kommt aus dem indischen Bundesstaat Kanataka. Die Bauern aus dieser Region sind in der indischen BäuerInnenbewegung KRRS organisiert, welche wiederum Mitglied im weltweiten Netzwerk »La Via Campesina« ist. Um die globalen Hintergründe unterschiedlicher lokaler Probleme zu thematisieren, werden an der Karawane VertreterInnen von Basisbewegungen aus der ganzen Welt teilnehmen, wie zum Beispiel die brasilianische Landlosenbewegung »Sem Terra«.

Geplant ist eine Route von den Niederlanden über Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien nach Deutschland. In den jeweiligen Orten werden Begegnungen und Aktionen mit unterschiedlichsten Bewegungen Europas stattfinden. Hierzu zählen die Teilnahme an einem Marsch für die Abschaffung aller Atomwaffen von »For Mother Earth!« in Belgien sowie Veranstaltungen und Aktionen mit der französischen Erwerbslosen-initiative »AC!«. Einen Schwerpunkt soll die abschließende Teilnahme der Karawane an den Gegenveranstaltungen zum EU-Gipfel und G8-Treffen im Juni in Köln bilden.

Die AktivistInnen verstehen sich als Teil des internationalen Widerstandes gegen ein auf Wachstum und Gewinn reduziertes Wirtschaftssystem, welches sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Ihre Alternative zur globalisierten Wirtschaftsordnung besteht im Aufbau von lokalen Versorgungsnetzen, von nachhaltigen Technologien und solidarischen Bündnissen. Die VertreterInnen aus dem Trikont wollen mit den Menschen Europas in einen direkten Dialog treten und sich gemeinsam für eine Welt einsetzen, in der die Menschen unmittelbare Kontrolle über ihre regionale Ökonomie erlangen und in der Wirtschaftswachstum und ständig steigender Massenkonsum von Lebensqualität für alle abgelöst wird. In diesem Projekt werden nicht – wie sonst häufig – EuropäerInnen über die Problematiken in sogenannten Entwicklungsländern diskutieren, sondern Menschen aus dem Süden für sich selbst sprechen. Neu ist zudem, daß nicht einzelne Vertreter kommen, sondern vermutlich 600 Frauen und Männer aus dem Süden, die die Möglichkeit einfordern, dem Norden ihre Situation zu vermitteln und in einem gegenseitigen Austausch nach Alternativen zu suchen.

Die Karawane findet im Rahmen des Anfang ´98 in Genf gegründeten Netzwerks von Basisbewegungen »Peoples Global Action« statt. Alle Gruppen und Privatpersonen, die Interesse an dem Projekt haben, sind zur Mitarbeit aufgefordert, beispielsweise durch Organisation von Unterkunft und Verpflegung für den Raum Köln oder finanzielle Unterstützung.

▸ *Weitere Infos unter: http://www.agp.org (Homepage von Peoples Global Action) oder http://stad.dsl.nl/-caravan/, e-mail: ICC99@gmx.de.* ▸ *Spenden an: InterContinental Caravan, Konto: 3701010441, BLZ: 50090100, Ökobank Berlin.*

Natalie Mutlak

Militäroffensive im Niger-Delta

▸ In der »Erklärung von Kaiama« stellten die zum größten Teil jugendlichen Teilnehmer einer Konferenz der Ijaw, der viertgrößten Bevölkerungsgruppe Nigerias, Anfang Dezember den im Niger-Delta tätigen Öl-Konzernen Shell, Chevron und BP ein Ultimatum: »Wir haben die Gasflammen und Ölverseuchungen satt!« Daraufhin entsandte die nigerianische Regierung mit Beginn des neuen Jahres militärische Spezialkommandos, »um die Einrichtungen zur Ölförderung gegen Vandalismus zu schützen«.

Nach Angaben der internationalen Nachrichtenagentur IPS ist es den AktivistInnen der Ijaw im Oktober des vergangenen Jahres mit ihrer Kampagne »Operation Klimawechsel« gelungen, durch Besetzungen und Blockaden ein Drittel des Ölexports zu verhindern. Nigeria ist weltweit der sechstgrößte Ölproduzent und erhält 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen durch Ölexporte. Gleichzeitig gibt es in vielen Regionen des Niger-Deltas, in dem der größte Teil des schwarzen Goldes gefördert wird, weder Elektrizität noch Zugang zu sauberem Wasser. Für die Umweltverschmutzungen und die Armut der Bevölkerung macht nicht nur die Ijaw-Jugend eine »Allianz des nigerianischen Staates mit den Öl-Konzernen« verantwortlich. Schon der 1995 ermordete nigerianische Schriftsteller Ken Saro Wiwa kritisierte die Zusammenarbeit der Konzerne mit dem damals amtierenden Diktator Sani Abacha und mußte dafür mit dem Leben bezahlen. Die Ijaw fordern den Abzug aller Militärs aus dem Niger-Delta und die Aufhebung des Landreformgesetzes, das die einheimische Bevölkerung zu Gunsten der Öl-Multis benachteiligt habe.

In ihrer Erklärung weisen die Ijaw die Versuche der neuen Regierung unter General Abdulsalam Abubakar zurück, sie als »Saboteure und Terroristen« zu diffamieren. »Mit diesen Behauptungen wird die Schlinge gebunden, an der wir später aufgehängt werden sollen«, erklärte ein Sprecher. Knapp einen Monat später beklagen die Ijaw über 240 Tote. Nigerianische Behörden geben lediglich 20 Tote an, die die Auseinandersetzungen zu Beginn des Jahres gefordert hätten. Mitte Januar sprach das Ijaw Elders Forum (IEF) von »einer Antwort der Regierung auf das Ultimatum, die einer Kriegserklärung gleichkommt«. IEF berichtet, daß die Regierung mindestens zwei Kriegsschiffe und mehr als zehn Panzer gegen die Jugendlichen in Stellung gebracht habe. Außer den Toten habe es zahlreiche Verletzte gegeben, mehr als 200 Festnahmen und mehrere tausend Menschen seien aus zerstörten Dörfern nach Port Harcourt und anderen Städten geflohen. »Für uns überraschend wurden diese Grausamkeiten zu einem Zeitpunkt begangen, als die Jugendlichen schon ihre Teilnahme an Verhandlungsgesprächen zugesagt hatten.« Nach bisher unbestätigten Berichten sollen sogar Hubschrauber des Shell-Konzerns an der Bombardierung von Ijaw-Siedlungen beteiligt gewesen sein.

Die Auseinandersetzungen im Niger-Delta zeigen die Grenzen des Demokratieprozesses in Nigeria auf. An den Gouverneurswahlen am ersten Januarwochende durften sich nur 35 der insgesamt 36 Bundesstaaten beteiligen. Den Bewohnern Bayelsas, im ölreichen Niger-Delta gelegen und mehrheitlich von den Ijaw bevölkert, untersagte die nationale Wahlkommission die Teilnahme an den Wahlen. »Wir wollen unsere Wahlhelfer keiner Gefahr aussetzen«, erklärte die Kommission und beklagte im selben Atemzug »Gewalttätigkeiten« der Ijaw.

Seit 1960 wird Nigeria von Militärs regiert. Nach dem Tode des Diktators Abacha soll es im Februar erstmals demokratische Parlamentswahlen geben. Abubakar hat bereits zugesichert, im Mai der gewählten Regierung die Staatsgewalt zu übergeben. Hoffnungsträger ist die demokratische Volkspartei PDP des ehemaligen Militärbefehlshabers Olusegun Obasanjo, der Nigeria von 1975 bis 1979 regierte und dessen Partei in 18 Bundesstaaten die Gouverneurswahlen gewann. Obasanjo hat nun ein Friedensabkommen vorgeschlagen, um die militärische Besetzung von Bayelsa zu beenden. Für den Ijaw National Congress mit Sitz in den USA ist dieser Vorschlag nicht mehr als ein Wahlmanöver. »Unter der Regierung Obasanjos wurde das Gesetz zur Landreform umgesetzt«, unterstreicht ein Sprecher das Mißtrauen der Ijaw gegenüber dem Verhandlungsvorschlag.

Am vierten Januar besetzten mehrere Aktivisten für sechs Stunden den Shell-Hauptsitz in London, um die Forderungen der Ijaw zu unterstützen. Shell-Geschäftsführer Chris Fay lehnte Gespräche mit den Besetzern ab und erklärte, daß der Konzern den Anliegen der Ijaw nicht entgegenkommen werde, denn diese seien »irrational«. Die Besetzer verstehen ihre Aktion als Botschaft an die Adresse der transnationalen Konzerne: »1999 wird ein Jahr der wachsenden Globalisierung des Widerstands werden.« Ein Sprecher kritisiert die

»zunehmende Militarisierung des Handels« und kündigt weitere Protestaktionen zum Zeitpunkt des Weltwirtschaftsgipfels am 18. Juni an, die in den Finanzzentren von London, New York und Mexiko City stattfinden sollen. *Gerhard Klas*

Frauen Fördern findet Freunde

▶ Der Entwurf eines neuen, an den internationalen Standards orientierten Zivilgesetzes, der 'Nouvel Code des Personnes et de la Famille', soll in Benin zukünftig die Gleichstellung beider Eheleute gewährleisten. Offen bleibt jedoch, ob die Verbreitung und tatsächliche Umsetzung des Gesetzes gelingt, denn vor allem die Landbevölkerung hat kaum Zugang zu Informationen über den Gesetzesinhalt. Die Methode – die in traditionellen Sozialstrukturen begründeten Normen von staatlicher Seite aus abzuschaffen – hat darüberhinaus wenig Aussicht auf Erfolg.

Die Akteure lassen sich jedoch nicht nur von altruistischen Beweggründen leiten. Es bestehen auch klare Interessen an der Gleichstellung der Frauen. Zum einen gibt es ein staatliches Interesse an einem durch das Gesetz besser aufbaubaren Kontrollapparat, zum anderen wird das Vertrauen der Geberländer von Entwicklungshilfe in die fortschreitende Demokratisierung gestärkt. So entdecken Staat und Wirtschaft die Frauen als Mittel zum Zweck, das Schlagwort der 'Frauenförderung' entwickelt Zauberformelcharakter – zumindest was das Fließen von Fördergeldern angeht. Derzeit werden Frauen wieder einmal verstärkt als brachliegende Ressource betrachtet, die es zu nutzen gilt, sobald es die ökonomische Situation einer Gesellschaft verlangt. Hier stoßen die NGOs und die 'Associations des Femmes' ins selbe Horn oder machen sich mitunter – eher unbewußt – zu HandlangerInnen jener alten, neuentdeckten Form findiger Frauenausbeutung. Angesichts der bestehenden Situation stellt der Faktor Bildung scheinbar jenen Bereich dar, von dem aus am leichtesten etwas geändert werden kann, zumal der Zusammenhang zwischen Bildung und höherer Produktivität deutlich ablesbar ist. Hier entsprechen sich die Ziele der »Associacion des femmes« und die von Wirtschaft und Staat. Die Bildungsprogramme setzen in den Bereichen Gesundheit, Geburtenkontrolle und bei der Effektivierung der Produktion an, sie fördern jedoch kein kritisches Bewußtsein von Herrschaft und Unterdrückung. Bildung heißt dann lediglich Vermittlung von Sachkenntnissen. Es hat nichts mit Emanzipation zu tun und bedeutet letztlich nur ein Mehr an Arbeit für die Frauen. Aus den von westlich-patriarchaler Tradition als »Frauensache« zugewiesenen Aufgabengebiete der Mild- und Wohltätigkeit wird jedoch nicht nur die Zuständigkeit für Kinderbetreuung und Hausarbeit abgeleitet, sondern auch das ehrenamtliche Engagement in den NGOs.

Almut Rilk

Diplomarbeitenbörse

▶ **Soziale Dimensionen von Krankheit und Gesundheit** am Beispiel der Beziehungen zwischen Ländern des Südens und Ländern des Nordens. Diplomarbeit über Entwicklungspolitik und Menschenrechte als Feigenblätter neoliberaler Freiheitsdoktrin und Geschäfte mit der Gesundheit der Menschen in der Dritten Welt. *155 Seiten. Für 27 DM Kopier-und Versandkosten (3 Farbkkopien) bei: Bernd Ilg, Adalbertstr. 21, 36039 Fulda, Tel.: 0661/73910.*

▶ **Alternativer Hörfunk in Argentinien.** Entwicklung, Ziele und Funktionen dargestellt am Beispiel dreier radios comunitarias in Buenos Aires. Diplomarbeit im Studiengang Journalistik der katholischen Universität Eichstätt (April 1998). *Umfang: 180 Seiten, 35 DM. Susanne Sporrer, Schottenau 45, 85072 Eichstätt, Tel.: 08421-1559, e-mail: susanne.sporrer@ku.eichstaett.de*

▶ **Die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf die Textil- und Bekleidungsindustrie.** Diplomarbeit in Geographie an der Uni Bonn (1998). *180 Seiten. Zu bestellen für 12 DM bei: Ralf Berger, Niederichstr.23, 50668 Köln, Tel.: 0221-121450 oder 0221-5103002 (Allerweltshaus)*

▶ **Nach dem Ende der kubanischen Revolution.** Diplomarbeit an der Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Sozialwesen (Frühjahr 1995). »Ziel dieser Arbeit ist es vor allem, von und durch Kuba zu lernen.« *Bezug: Ralf Schöppner, Jagowstr.15, 10555 Berlin*

▶ **Möglichkeiten und Gestaltungsspielräume einer konstruktiven europäischen Sicherheitspolitik** im westlichen Mittelmeer am Beispiel der Barcelona-Konferenz unter besonderer Berücksichtigung der geplanten euro-mediterranen Freihandelszone. *Bezug: Matthias Heyck, Eichenweg 13, 34320 Söhrewald, Fax: 05608/ 3463, e-mail: mheyck@student.uni-kassel.de*

Mit Weiblichkeit gegen böse Konzerne

► Ariel Sallehs Buch **Ecofeminism as Politics** trägt den vielversprechenden Untertitel »nature, Marx and the postmodern«. Einst Marxistin, teilt Salleh zwar dessen Analyse von Entfremdung, lehnt inzwischen seine Fortschritts- und Technikgläubigkeit jedoch ab. In ihrem Buch kämpft die Australierin an verschiedenen Fronten: Der große Feind ist der kapitalistische »tele-pharma-nukleare« Komplex, der an den Fäden der Welt zieht. Er beutet Natur und Menschen (v.a. Frauen) aus, ihm muß Einhalt geboten werden.

Hinter diesem Komplex steht, was Salleh die 1/0-Kultur nennt. Positiv definiert, 1 ist der Mann, 0, also Nicht-1, die Frau, aber auch die Natur – als Opfer dieses Komplexes. Hier könnte mensch nun einwenden, es sei etwas zu pauschal, von »der Frau« und ihrer Ausbeutung zu sprechen, und auf die Errungenschaften der Differenzierung in neuerer feministischer Theorie hinweisen – doch eben dies ist eine andere Front, an der Salleh kämpft: Sie wendet sich gegen den poststrukturellen Feminismus und erklärt: »Sisters North and South have more in common than many think, and that commonality increases as globalisation expands. Ecofeminists do not differentiate women by stratifications of class, race, age and so forth, since the nature-woman-labour nexus as a fundamental contradiction defies these conceptual boundaries. The 1/0 rule applies cross-culturally and for women it reads thus: maximum responsibilities, minimum rights.«

So einfach ist die Welt der Ariel S. – und sie sieht denn auch fundamentale Unterschiede in der Naturerfahrung von Männern und Frauen, die sich auf biologische Unterschiede zurückführen lassen. Zwar betont Salleh, daß Frauen damit nicht unbedingt *näher* an der Natur sind, andererseits legt sie das ganze Buch über großen Wert auf die besondere »Relationalität« der Mutterschaft. Für Frauen, die keine Mütter sind, scheint bei Salleh wenig Platz zu sein.

Noch schlimmer als die Differenzierung und Dekonstruktion des poststrukturellen Feminismus ist für Salleh das Vorgehen liberaler Feministinnen. Hier verläuft die nächste Front, an der sie kämpft, denn die liberalen Feministinnen haben eine falsche Emanzipation vor Augen. Ihre Forderungen nach Unabhängigkeit und Gleichstellung von Frauen gehen nach Salleh auf Kosten der Natur, und so folgert sie: »The less women are 'liberated' in that way, the better for all life on earth.« Frauenemanzipation kann also für Salleh kein Ziel sein, und folgerichtig bezeichnet sie in ihrem Vorwort Ökofeminismus auch als *womanist* (und eben nicht *feminist*) *politics*, da in dieser Bewegung Leben vor Freiheit gestellt werde. Der gesamte Ansatz beruht nicht nur auf Verschwörungstheorien, sondern verklärt auf seltsam reaktionäre Weise Natur, Leben und Weiblichkeit. Und dafür ist Salleh kein Mittel zu drastisch: am Ende ihres Buches nennt sie die fortschreitende Naturzerstörung einen »Holocaust«. Das hätte die schärfste Kritikerin ihr nicht zu unterstellen gewagt.

Anne-Françoise Weber

► *Ariel Salleh: Ecofeminism as politics: nature, Marx and the postmodern, Zed Books, London / New York 1997*

Von Freundinnen und Feindinnen

► Kriegerische Auseinandersetzungen in Afrika – die Bilder in den Medien zeigen Frauen, die arm, hungrig und hilflos sind. Jetzt haben Meredith Turshen und Clotilde Twagiramariya eine Aufsatzsammlung herausgegeben, die mit diesem Frauenbild aufräumt.

Die darin abgedruckten Beiträge von engagierten Frauenrechtlerinnen aus so verschiedenen Krisenländern wie Mosambik, Ruanda, Sudan, Südafrika, Liberia oder dem Tschad verdeutlichen, daß Frauen selbst unter schwierigsten Bedingungen im Ringen um Krieg und Frieden eine aktive Rolle spielen. Natürlich bilden Männer unter den Soldaten die Mehrheit. Aber Frauen sind nicht nur Opfer. Sie kämpfen in Guerillabewegungen und Armeen, beteiligen sich – freiwillig oder unfreiwillig, im Hintergrund – an Aufrechterhaltung oder Beilegung eines Konfliktes.

Die Lebensbedingungen von Frauen und Männern in Krisensituationen werden davon bestimmt, daß sich die Art des Krieges gewandelt hat. Innerhalb eines Staates sind ZivilistInnen, ganze Bevölkerungsgruppen oder nur Teile davon plötzlich GegnerInnen. Es beteiligen sich nicht-staatliche AkteurInnen wie Gangs, Paramilitärs, Privatarmeen. Manchmal stehen sich Frauen als Soldatin und Guerillakämpferin gegenüber. Menschen, die seit vielen Jahren zum vertrauten Umfeld gehören, zum Beispiel NachbarInnen oder gar Autoritätspersonen, begehen Übergriffe. FreundIn wird FeindIn. Die zunehmende Einbeziehung von ZivilistInnen hat die Privatisierung der Gewalt zur Folge. Gesellschaftliche, durch Alter, Geschlecht oder Ehrerbietung bedingte Respektgrenzen werden gebrochen. Alle Altersgruppen, von Mädchen bis zu Großmüttern, sind sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Die Täter fühlen sich an internationale, für Kriegssituationen beschlossene Vereinbarungen nicht gebunden. Denn diese sind auf staatliche Armeen abgestimmt, so daß es schwierig ist, auf internationaler Ebene Wiedergutmachung für körperliche und seelische Schäden zu fordern.

What Women Do in Wartime zeichnet die Entwicklung hin zu innerstaatlichen Kriegen nach und reflektiert die Auswirkungen dieses Konflikttypus auf Frauen und die Geschlechterbeziehungen. Vor allem aber nimmt es die gestaltende Rolle von Frauen in diesen Prozessen wahr. Schon deshalb ist zu wünschen, daß das Buch ÜbersetzerInnen findet.

Susanne Reichinger

► *Meredith Turshen und Clotilde Twagiramariya (Hrsg.): What Women Do in Wartime: Gender and Conflict in Africa, London: Zed Books 1998*

Staatsarchitektur

► *»Im Hinblick auf ein notwendiges strategisches Vorgehen, das die institutionalisierte Gewalt gegen MigrantInnen seitens des Staates/der Gesellschaft bekämpfen soll, erfordert die Auseinandersetzung mit diesem Thema, auf allen Ebenen mit 'Umkehrungen' zu arbeiten, mit Gegendefinitionen und Verschiebungen der Begriffe wie auch der Kontexte. Denn die Entscheidung, was unter Migration zu fassen ist, ist bereits in bestimmte Interessen verstrickt....« (aus einem Arbeitspapier des HerausgeberInnenkollektivs aus Wien)*

Staatsarchitektur ist ein Buch – fast wie es der Titel nahelegt –, das einem Begleitkatalog zu einer Ausstellung der Staatsmacht ähnelt. Architektin dieses Werks ist weniger die Gruppe aus Wien, die sich die Mühe gemacht hat, in ihrer Reihe »Vor der Information« die Gebilde einer Mehrheitsgesellschaft im Kampf gegen die Einwanderung nachzuzeichnen. Vielmehr sind es die übergreifenden, zu riesigen Konstruktionen erhobenen Strukturen, Rassismen und in Stahl und Beton gegossenen Bilder selbst, die den Ausstellungsraum schmücken. Das Buch hat sich, aus der konkreten Arbeit resultierend, den Schwerpunkt gesetzt, in Österreich, der Schweiz und Deutschland staatliche und gesellschaftliche Migrationspolitik zu untersuchen. Es analysiert, wie sich die völkische Tradition durch ökonomische Argumentationen weiterentwickelt hat, und demontiert dabei den teilweise auch in der Linken gepflegten Diskurs der Mehrheitsgesellschaft.

Eine Stärke des Buches liegt in seinem Versuch, den Diskurs nicht allein über das Mittel der Sprache darzustellen, sondern übergreifende Räume in Bildern, Kontrasten und Absurditäten fast fühlbar zu machen. Hierzu gehören die Assoziationen um den Potsdamer Platz in Berlin, ehemals »Leere Mitte« mit Mauern, Zäunen und Fassaden, die das Innen und Außen festhalten. Nun ist er »beseelt« mit multinationalen Konzernen und ihren globalen Träumen. Er soll eine Verschiebung symbolisieren: »weltoffen« und »fortschritt-

lich« will die Republik sein, »verschiedene Kulturen« als neues Aushängeschild präsentieren. Die Normalität von Abschottung, Reglementierung und institutionalisierter Entrechtung geht in solchen architektonischen Inszenierungen verloren.

Das Buch ist eine geschickte Komposition aus fotografischen – wie die Ausstellung »Schatten des Jahrhunderts« – und textlichen Bausteinen. Letztere reichen von Dokumentationen – wie den Polizeieinsatz gegen die illegalisierten Frauen von Sans Papiers – über Analysen globaler Ausgrenzungsszenarien bis hin zu handlungsorientierten Texten. Im Blickpunkt steht die illegalisierte Bevölkerung in Mitteleuropa: ihre Aktionen wie auch die sichtbaren und unsichtbaren Ausbeutungsstrukturen ihres gesellschaftlichen Sektors. Heiratsagenturen und Schutzehe, Frauenunterstützung für FrauenLesben in Berlin neben offiziellen Beratungstellen zur Gesundheitsvorsorge, »Antirassismus-Seminare« oder das Autonome Integrationszentrum für Migrantinnen in Linz sind nur einige Stichworte.

In diesem Sinne ist eine Sammlung von mehr als 340 Seiten aus anspruchsvollen, kontroversen Beiträgen und konkreten Informationen zu meist menschenunwürdigen Existenzbedingungen von MigrantInnen in den genannten Ländern entstanden. Dabei ist den VerfasserInnen eine kunstvolle Zusammensetzung der unterschiedlichsten Komponenten aus Text und Bild, grafischer Gestaltung und Gegenüberstellung der Kontraste gelungen. *Christian Möller*

▸ *Vor der Information: Staatsarchitektur, Wien 1998, öS 220.–, DM 32, sfr 28 (excl. Versand). Bestellungen über die Zeitschrift »Vor der Information«, Säulengasse 7/ 15, 1090 Wien, Tel+Fax: +43/ 1/ 319 05 61 – email: vor.ri@eunet.at*

Die Transformation der Revolte

▸ »Die Revolte von '68 ist derart mausetot, daß längst schon die Historiker, die Aasgeier der verwesenden Subversion, über ihr kreisen. Kritik an Leichen gilt aber gemeinhin als durchaus sinn- und zweckloses Unterfangen. Wer noch glaubt, er könne gerissene Machttechniker wie Fischer oder Trittin mit ihrer rebellischen Vergangenheit irgendwie in Verlegenheit bringen, beliefert bestenfalls das Feuilleton. »68« ist zur staatstragenden Ideologie der »Zivilgesellschaft« geworden, und diese Ideologie stellt alles andere dar denn die Verkehrung oder gar Entfremdung eines ursprünglich und 'eigentlich' revolutionären Interesses, sondern nur die schnöde Wahrheit. Der Protest war rebellisch der Form nach: gegen die Notstandsgesetze der Großen Koalition. Allerdings war er zugleich, inhaltlich betrachtet, affirmativ und staatstragend: Denn die Bewegung wollte, bis hin zu ihrer radikalsten Verzweigung, dem bewaffneten Kampf, nur den Verfassungsauftrag gegen die Verfassungswirklichkeit durchsetzen, das heißt das demokratische Ideal der Volkssouveränität gegen die Realität des Staates.

Einer der allzuwenigen, die der Bewegung von Anfang an auf die vielbeschworene, selten praktizierte »kritisch-solidarische« Weise die Leviten las, war und ist Johannes Agnoli, Autor des Pamphlets »Die Transformation der Demokratie« (zuerst 1967, ça ira 1990) und mittlerweile emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Er verweigerte sich dem kritischen Spiel von Ideal und Realität nicht nur – er decouvrierte es mit Marx als den politischen Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaftsordnung selbst. Freiheit und Gleichheit sind Reflexe der Selbstidealisierung des Warentauschs und damit die Stilisierung dessen, was ohnehin und sowieso geschieht, zum Ideal seiner selbst. Die Verfassung ist also keineswegs als Auftrag des Staates zu betrachten, sondern als Geschäftsverteilungsplan im Interesse geordneter, kalkulierbarer Machtausübung.

Daß der von Rudi Dutschke proklamierte »Lange Marsch durch die Institutionen« sich in diesen nur verläppern konnte, das liegt, so zeigt der nun vorliegende fünfte Band der Gesammelten Schriften Agnolis mit dem Titel **1968 und die Folgen**, an der transformativen Kraft der Institutionen selbst, an ihrer objektiven Logik, die das subjektive Interesse sich einverleibt. Die anfängliche Vorstellung der Grünen etwa, in der Form des bundesdeutschen Parteiengesetzes eine Art Räte-Partei, eine, wie damals verlautbarte, »Anti-Parteien-Partei« zu begründen, mußte sich daran brechen, daß die politische Form mehr als nur Form darstellt, daß sie ihr eigener Inhalt ist. Denn die Parteien, sagt das Gesetz, »wirken an der Willensbildung des deutschen Volkes mit« – was eben besagt, daß sie nicht nur ideologische, sondern tatsächliche Staatsapparate sind.

Agnolis gesammelte Aufsätze und Kommentare aus dreißig Jahren reduzieren den Mythos von '68 auf seine gesellschaftliche Funktion, dem Staatsapparat neues Personal zu rekrutieren. »Meine theoretische Arbeit, die sich an Marx orientiert, ist die Fortsetzung der Kritik der politischen Ökonomie zu einer Kritik der Politik hin«, bemerkt er, und er bezeichnet damit die Mindestbedingung einer jeden zukünftigen Revolte, die als Subversion der Souveränität will gelten können.

Bruno Joas

▸ *Johannes Agnoli: 1968 und die Folgen. Gesammelte Schriften Band 5, ça ira-Verlag, Freiburg 1998, 280 Seiten, 30 DM*

Bücher im  

Weg und Ziel 5/1998

▸ Der etwas altbackene Titel verweist auf die lange Geschichte der erstmals 1935 als Theorieorgan der Kommunistischen Partei Österreichs erschienenen »marxistischen Zeitschrift«. Heuer bietet Weg & Ziel ein Forum für kritische Positionen auch jenseits der Arbeiterbewegung. Schwerpunkt des letzten Heftes ist »das hölzerne Lächeln der Sozialdemokratie«. Ernst Lohoff desillusioniert alle Hoffnungen in eine europäische Sozialreformpolitik. Als klassische Partei des Staates organisiere die Sozialdemokratie den Notstand, sie sei die »gemeingefährliche post-neoliberale Durchsetzungsform« des Terrors der Ökonomie. Dementgegen hält Joachim Bischoff den sozialdemokratischen Aufschwung für einen Sieg der politischen Linken. Die Durchsetzung des neoliberalen Politikkonzeptes in der SPD biete auch Chancen für eine »sozialistische Opposition«. Weitere Themen: Frauenpolitik, Kritik der Regulationstheorie, Geschichte der KPÖ und SPÖ, Asienkrise und »Palästina«.
▸ *Kemmerling Zöchling & Partner, Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a, A 1010 Wien; erscheint fünfmal jährlich (nächste Nummer im März mit dem Schwerpunkt »Arbeit«) – 5 Hefte 45.- DM*

express 11/12 1998

▸ Die »Zeitung für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftsarbeit« plädiert für einen »neuen Reformismus«. Die neue rot-grüne Regierung sei – wie die französische – »druckempfindlich« und der Bezug auf »soziale BürgerInnenrechte« könne die unterschiedlichen sozialen und radikaldemokratischen Protestbewegungen verklammern. Ausführlich wird in dieser Ausgabe außerdem die »Arbeitslosenbewegung« des vergangenen Jahres analysiert: Ihre Anti-Kohl-Strategie, die Konzentration auf radikale Aktionsformen und ihr Populismus werden kritisch beurteilt. Die »Gruppe blauer Montag« schlägt vor, die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld inhaltlich stärker mit einer »radikalen Kritik der real existierenden Arbeit« zu verbinden, da jene sich ansonsten nahtlos in den Diskurs der Flexibilisierung einfügen würden. Weiteres Thema: Gewerkschaftspolitik.
▸ *Bezug: express, Postfach 102063, 63065 Offenbach; monatlich; 6,50 DM pro Heft*

direkte aktion Januar/Februar 1999

▸ Die »anarchosyndikalistische Zeitung« vermag keinerlei rot-grünes Reformprojekt zu entdecken, vielmehr stehen die forcierten Maßnahmen gegen »Sozialschmarotzer«, Sicherheitswahn und Militarisierung für die eindrucksvolle Kontinuität beim Kampf um den Standort Deutschland. Diskutiert wird außerdem (mit Bezug auf K. H. Roth) die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Postfordismus. Die Suche nach »potentiellen TrägerInnen für unsere Ideen« endet allerdings skeptisch. Weitere Themen: Neoanarchismus, Bio-Kaffee aus Chiapas.
▸ *direkte aktion, zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover; erscheint zweimonatlich; 2,50 DM pro Heft*

Bücher

▸ Cordula Reimann: **Zivile Konfliktbearbeitung deutscher NROs und Einrichtungen.** Ein Wegweiser 1998/99, *Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin 1998, 124 S.*

▸ amnesty international: **Jahresbericht 1998**, *Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1998, 614 S., DM 18,90*

▸ Heribert Dieter: **Die Asienkrise.** Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, *Metropolis Verlag, Marburg 1998, 196 S.*

▸ Stephan Klingebiel: **Leistungsfähigkeit und Reform des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)**, Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik Band 115, *Weltforum Verlagsgesellschaft für Politik und Auslandskunde, Köln 1998, 361 S., DM 42,80*

▸ Daniel Haas: **Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit?** Das Beispiel der indischen Teppichproduktion (Berliner Studien zur Internationalen Politik Band 4), *LIT-Verlag, Münster 1998, 152 S., DM 39,80*

▸ Robert W. Cox: **Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der »Internationalen Politischen Ökonomie«** (Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften Nr. 11), *Marburg 1998, 144 S.*

▸ Reinhart Kößler: **Entwicklung**, *Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 228 S., DM 29,80*

▸ Pax Christi, Deutsches Sekretariat: **Atomwaffen abschaffen!** (=Probleme des Friedens; 1998,3), *meinhardt text und design, Idstein 1998, 172 S., DM 19,80*

▸ Johannes Zerger: **Was ist Rassismus?** Eine Einführung, *Lamuv Verlag GmbH, Göttingen 1997, 192 S., DM 19,80*

Betr.: AIDS« (iz3w 231/232)

Die beiden Beiträge zu AIDS in Afrika – »Die Statistik-Seuche« von Christian Fiala in iz3w 231 und die Replik darauf, »Eine Armutskrankheit«, von Hans-Jürgen Bortel in iz3w 232 – haben zu kontroversen Stellungnahmen geführt. Neben zahlreichen Anrufen sind die folgenden Leserbriefe eingegangen. Die Positionen reichen von dem Vorwurf, Fiala verharmlose die Krankheit, bis hin zur These, AIDS sei eine Erfindung der Wissenschaft.

▸ Als Tropenmediziner und Epidemologe, der sich seit 10 Jahren hauptberuflich mit HIV/AIDS beschäftigt und mehrere Jahre in Ostafrika gearbeitet hat, möchte ich einige Kommentare zu dem Artikel »Die Statistik-Seuche« machen:

1. Darin heißt es: »Die HIV-Tests gibt es erst seit Anfang der 90er Jahre«. Dies ist falsch. Ich war selber in Tansania an der Einführung von HIV-Tests 1987/88 beteiligt. (...)

2. Die WHO hat eine Krankheitsdefinition von AIDS eingeführt, die eine Diagnose auch ohne Nachweis von HIV-Antikörpern möglich macht. Sie hat eine Sensitivität von etwa 60% und eine Spezifität von etwa 90%. Diese Definition ist nicht perfekt, führt aber eher zu einer Unterschätzung als zu der kritisierten Überschätzung des Problems. Die tansanischen Kollegen stellten nur sehr selten die Diagnose AIDS (...).

3. Leider will der Autor den Unterschied zwischen HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung nicht zur Kenntnis nehmen. (...) Auf Seite 2/3 wird behauptet, die WHO hätte die Zahl der AIDS-Fälle in Uganda auf 1,9 Millionen geschätzt. Das ist falsch. Für Ende 1997 gibt die WHO die Zahl der geschätzten HIV-Infektionen in Uganda mit 930.000 an. Hier soll offensichtlich suggeriert werden, daß die WHO Daten fälscht, obwohl es der Autor ist, der die Zahlen durcheinanderwirft.

4. Falsch ist auch, daß die WHO kumulierte (d.h. seit Beginn der Epidemie aufaddierte) Daten herausgibt. Das ist bereits seit mehreren Jahren nicht mehr der Fall. (...)

In der Einleitung geht es dem Autor ja gar nicht um HIV/AIDS, sondern um die Auswirkungen der Kolonialzeit und den Aufbau des Blutspendewesens in Uganda. Dieses soll dann für die HIV-Epidemie verantwortlich gemacht werden, die im Nachfolgenden dann wieder heruntergespielt wird. Hier liegt der Verdacht nahe, daß es dem Autor um ganz andere ideologische Absichten geht, als Fakten über HIV/AIDS-Statistiken zu verbreiten.

Von dem *iz3w* als renommierter Institution im Entwicklungsbereich würde ich allerdings erwarten, daß sie Beiträge kritischer hinterfragt. Sie schaden wichtigen AIDS-Programmen in Deutschland wie auch in Übersee. Die Gelder für AIDS-Projekte gehen zurück, und diese Tendenz wird durch Fehlinformationen dieser Art verstärkt. Zynisch ist es nicht, wie der Autor behauptet, den regelmäßigen Kondomgebrauch zum Schutz vor HIV zu propagieren. Zynisch ist es, Menschen diesen Schutz, der nachweislich Leben rettet, vorzuenthalten und die Unterstützung dafür, die auch aus den wohlhabenden Ländern stammt, zu torpedieren.

Dr. med. Christoph Benn M.P.H., Deutsches Institut für Ärztliche Mission Tübingen

▸ Das UNAIDS-Programm, ein AIDS-Programm der UNO, rät test-positiven Müttern vor allem aus Afrika, ihre Kinder nicht mehr zu stillen, sondern Milchpulver zu geben. Es gibt zweierlei Kritik an diesem UNAIDS-Vorhaben. Die eine bewegt sich innerhalb der Logik der AIDS-Forschung und stützt sich darauf, daß eine Virusübertragung durch die Muttermilch nicht nachgewiesen ist. Damit können nun also Nestlé u.a. mit offizieller Deckung das weiterführen, was sie früher mal unter berechtigte Kritik geraten ließ, während für die betroffenen Kinder Krankheit und Tod absehbar sind.

Die andere Kritik, wie sie in Christian Fialas Artikel »Die Statistik-Seuche« (*iz3w 231*) ausgedrückt wird, bezieht sich auf das gängige AIDS-Modell, analysiert und kritisiert die AIDS-Definition und die AIDS-Statistiken. Während dieser Beitrag für mich ein guter Anfang für eine Objektivierung der Diskussion war, bestürzte mich die Replik »Armutskrankheit AIDS« sehr. Einer klinischen Argumentation wurde da die Labortechnik entgegengehalten: Die Kranken wirkten zwar gleich krank, doch der Test unterscheide die AIDS-Kranken von den anderen, so die Kernaussage. Ich habe zwar keine Kranken in Afrika behandelt, aber mehrere Jahre mit dieser Art von Tests gearbeitet und mich aus persönlichem Interesse mit den Tests zum HIV-Nachweis beschäftigt. Grundsätzlich ist die Methode nicht geeignet, eine Infektion eindeutig nachzuweisen, weil sie viel zu ungenau ist. Hinsichtlich HIV sind die Probleme noch größer: Die Tests sind nicht standardisierbar, nicht reproduzierbar und nicht spezifisch. Somit sind sie nicht in der Lage, HIV geschweige denn AIDS nachzuweisen.

Kurz gefaßt lautet die Folgerung, daß AIDS in Afrika kein neues Syndrom, sondern eine Umbenennung oft verhüt- und behandelbarer Krankheiten ist. Eine Fehldiagnose also, unter der Betroffene völlig unnötig zu leiden haben.

Ilse Lass,
Projekt Kritische AIDS-Diskussion, Berlin

▸ Unbeachtet von der Öffentlichkeit gerät die AIDS-Theorie immer mehr unter den Druck von kritischen Betroffenen und Wissenschaftlern. (...) Die AIDS-Orthodoxie verweist gerne als »Beweis« für die Richtigkeit ihrer Theorie auf die katastrophale Verbreitung von AIDS und HIV in Afrika. Wo schon die Voraussagen der 80er Jahre über die Verbreitung des Syndroms in der Ersten Welt (...) völlig falsch waren, zählt jetzt dieser »Beleg« für die Gefährlichkeit und Verbreitung des Syndroms besonders. Daher weist die Frage »AIDS in Afrika – Statistik-Seuche oder Pandemie?« weit über die Dritte Welt hinaus. Erstaunlicherweise setzt die Argumentation von Hans-Jürgen Bortel gerade die Richtigkeit der AIDS-Theorie voraus, statt ein Beweis für sie zu sein:

1. Bortel beruft sich auf eine Abschätzung der Krankheitsrate in einer Bevölkerung mittels HIV-Tests. Wenn diese aber nicht verläßlich sind, (...) dann sind die Erkrankungen in Afrika kein Beleg für eine Pandemie.

2. Bortel geht davon aus, daß AIDS in Afrika vor allem in der heterosexuellen Bevölkerung verbreitet ist, abweichend von der hauptsächlich homosexuellen Verbreitung in der Ersten Welt. Im Gegensatz dazu spricht jedoch die Andersartigkeit der Patientenschaft dafür, daß die bei den Erkrankten sichtbaren »opportunistischen Infektionen« in Wirklichkeit die echten Krankheiten sind – ohne Verbindung zu AIDS. (...)

Die Behauptung, daß das HIV-Virus die »primäre Ursache von AIDS« sei und der HIV-Test durch den Nachweis des Vorhandenseins von Antikörpern die Infektion zuverlässig anzeige, kann durch die Thesen zur Verbreitung in Afrika nicht gestützt werden. (...) Da das Virus nicht entdeckt wurde, können die HIV-Tests nicht valide sein. (...) Es gibt unterschiedliche Kriterien dafür, wann ein AIDS-Test als positiv zu bewerten ist, unter anderem unterschieden nach Kontinenten. (...) Zwei von zehn möglichen Antikörper-Reaktionen reichen (in Afrika) für ein positives Testergebnis. In der Ersten Welt, wo die Chance, durch Kreuzreaktionen mit anderen Antikörpern oder unspezifische Auslösungen ein falsches positives Testergebnis zu erreichen, wesentlich geringer ist, werden drei bzw. vier (Australien) gefordert, um einen Test positiv ausfallen zu lassen. Deshalb ist, neben der fehlenden Validität der Tests, der HIV-Test kein Schutz vor der Statistik-Seuche. (...)

Hans Bernd Ashauer-Jerzimbeck, Düsseldorf

Betr.: Kontroverse »Wozu ein internationaler Strafgerichtshof« (iz3w 232)

▸ Konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza konstatiert, daß »ein Verteidigungsminister der BRD, der die Killer der UCK auf serbische Polizisten hetzte«, nicht vor einem Weltgericht angeklagt werden wird. Dazu fällt mir nur die Frage ein: Wer hat eigentlich die Killer der PKK auf türkische Polizisten gehetzt? Gremliza! Antworten Sie!

Werner Driehorst, Uslar

Gipfelstürmer

▸ Zu den Gipfeln der Europäischen Union und der G7 (siehe dazu Seite 12) finden im Juni eine ganze Reihe von Aktionen und Veranstaltungen statt: Euro-Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus (Info: euromarsch@hotmail.com), Gegengipfel zum EU-Treffen (3.-6. Juni) und zum Weltwirtschaftsgipfel (18.-20. Juni), zu beiden Ereignissen auch Demonstrationen (am 6.6. bzw. 19.6.), eine Fahrradkarawane »Geld oder Leben« von Berlin nach Köln (Info: wiwawend@mail.nadir.org), ein Widerstandscamp zwischen den Gipfeln (Info: deo@asta.rwth-aachen.de oder Telefon 0241-82000) sowie ein internationaler Aktionstag am 18. Juni (Info: rts@gn.apc.org oder http://www.gn.apc.org/rts/ oder Telefon 0044-171-2814621 in London).

Inzwischen gibt es in Köln ein zentrales Informationsbüro des Bündnisses »Köln 99«, das eine Kampagnenzeitung herausgibt: Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. 0221-952-0008 Fax: -0077, e-mail: koeln99@gmx.net

Theater zu Asyl- und Drittwelt-Themen

▸ Die Berliner Compagnie bietet Gastspiele für die Saison 1999/2000 an. Im Programm sind die Stücke »Kein Asyl«, »Newroz« (kurdische Tragödie), »Das Bankgeheimnis«, »Beihilfe zum Export« (Rüstungsindustrie und Dritte Welt), »Ken Saro-Wiwa. Blut für Öl« und »Schöne eine Welt«.
Infos: Karin Fries, Wilhelmstr.137, 46145 Oberhausen, Tel.: 0208/640138

Neuer arabischer Film

▸ »Filmfestival Karthago Retrospektive '98« – unter diesem Titel zeigt das Berliner Haus der Kulturen vom 12.2.-14.3. Filme des Karthago-Festival in Tunis (vgl. iz3w 233). Schwerpunkt des diesjährigen Festivals waren algerische Produktionen und Filme über Beirut. Als Rahmenprogramm werden Diskussionen mit algerischen und tunesischen RegisseurInnen über die Rezeption des arabischen Films in Deutschland und Europa geboten. Kontakt: *Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin, Tel.: 030-39787ß (Programminfo Mo-Fr 9-17 Uhr), e-mail: info@hkw.de, Internet: http://www.hkw.de*

Schuldenreport 1999

▸ Auch in diesem Jahr bietet der WEED-Schuldenreport aktuelle und detaillierte Auskünfte über die Dimension der Verschuldung, über Schuldenkrisen als Strukturproblem des internationalen Finanzsystems und deren systemgerechte Verarbeitung sowie über die HIPC-Initative (Highly Indepted Poor Country) und die deutsche Gläubigerpolitik nach dem Regierungswechsel. Der »Schulden Report 1999 – Auswege aus der Schuldenkrise der Entwicklungsländer« wurde verfaßt von Walter Eberlei, Rainer Falk, Barbara Unmüßig und Peter Wahl. Bezug für 15 DM zuzügl. Versandkosten bei: *Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, Tel.: 0228/76613-0, Fax: 0228/696470, e-mail: weed@weedbonn.org, Internet: http://www.weedbonn.org*

entweder / oder

▸ Die überarbeitete Neuauflage der 1992 erstmals erschienenen Broschüre »entweder/oder« diskutiert aktuelle Entwicklungen im alternativen Dritte Welt Handel und stellt die Importorganisationen der Weltläden vor. Ein zweiter, ausführlicherer Teil bietet eine Übersicht über bekannte und weniger bekannte Lebensmittelprojekte. 64 Seiten, Einzelpreis 7 DM + Versandkosten.
Bestelladresse: Laden im Dritte Welt Haus e.V., August-Bebel-Str.62, 33602 Bielefeld, Tel.: 02521/62802, Fax: 0521/63789

Menschenrechte in Kolumbien

▸ Die Broschüre »Kein Friede ohne Gerechtigkeit« informiert bildreich in kurzen Texten über die Menschenrechtssituation in Kolumbien, die Hintergründe des »Drogenkriegs« und das Massaker von Barrancabermeja (Mai 1998). Im zweiten Teil stehen die deutsch-kolumbianischen Beziehungen, die deutschen Rüstungsexporte sowie Möglichkeiten der Einflußnahme im Mittelpunkt. Für 6 DM zu bestellen bei: *Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien / Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 72603 Nürtingen, 6 DM.*

BUKO 22

▸ Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt - unter diesem Motto wird das nächste Vorbereitungstreffen für den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Hannover, 28.-31. Oktober 1999) am 27.2.1999 stattfinden. *Infos: BUKO, Nernstweg 32-34, 22764 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520.*

► Vom 19.-21.2.1999 wird im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter das Seminar **Tourismus in Entwicklungsländern – Fluch oder Segen ?** veranstaltet, das sich mit den Themen Massentourismus und der Tourismusförderung der Bundesregierung beschäftigen soll.

► Um neue Herausforderungen für die entwicklungspolitische Informationsarbeit geht es bei einem weiteren Seminar, welches erstmals vom 19.-21-3.1999 unter dem Titel **Datenautobahnen und weltweite Vernetzung – Die »Dritte Welt« und Entwicklungspolitik im Internet** geplant ist. *Anmeldung: AZK, Arbeitsbereich Entwicklungspolitik, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel.: 02223/73161, e-mail: AZK.Punnam@t-online.de (Nisa Punnamparambil)*

► Das 'philippinenbüro im Asienhaus' lädt ein zum Seminar **Tatort Manila. Sexuelle Ausbeutung von Kindern in den Philippinen** (Situation und Prävention), das vom 26. bis zum 28.2.1999 im Jugendgästehaus Köln-Riehl stattfindet. Gemeinsam mit entwicklungspolitisch arbeitenden Organisationen, Vorbereitungsinstitutionen, auf den Philippinen wirtschaftlich aktiven Firmen und sonstigen Interessierten sollen Konzepte entwickelt werden, um sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern zu verhindern. Kontakt: *philippinenbüro im Asienhaus, Katharina Strahlenbrecher, Bullmannaue 11, 45327 Essen, Tel.: 0201/8303828, Fax: 0201/8303830, e-mail: asienhaus@asienhaus.org*

► **»Entwicklungsland D steuert um ?!«** fragt sich die Landesarbeitsgemeinschaft von Dritte-Welt-Zentren und Koordinationsstellen in NRW (LAG3W) und organisiert vom 26. - 28.2.1999 die 5. Landeskonferenz von Eine-Welt-Initiativen in NRW. Zentrale Inhalte der Konferenz in der Bildungstätte Velbert sollen die Auswirkungen der Weltfinanz- und Weltwirtschaftspolitik auf lokale Prozesse, die Agenda 21 sowie die Vorbereitung aktueller Kampagnen sein. Infos bei: *LAG3W, Achtermannstr.10-12, 48143 Münster, Tel.: 0251/57351, Fax: 0251-57963*

► In Hoisbüttel bei Hamburg findet vom 26.-28.2.1999 das Seminar **Geschlechtergerechtigkeit? Geschlechterfragen in der Entwicklungszusammenarbeit und im Inland** statt. Die veranstaltende Regionalstelle Nord der Dienste in Übersee beschreibt die Zielsetzung des Seminars so: »Wir brauchen Instrumente für die Analyse der bestehenden (Geschlechter-)Verhältnisse, für die geschlechtergerechte Planung und für die Überprüfung von Ansätzen und die Erfolgskontrolle – Theorie, Erfahrungsaustausch und praktische Anwendungsbeispiele ergänzen sich.« Information und Anmeldung: *Dienste in Übersee (Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland e.V.), Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek, Tel.: 040/6052559, Fax: 6052538, e-mail: 113007.1656@compuserve.com*

► Am 1.3. ist die Hamburger **gruppe demontage** beim iz3w zu Gast. Eine Vertreterin des iz3w diskutiert mit den Demonteuren über die »Postfordistische Guerilla« und die Kritik am Befreiungsnationalismus. Die Veranstaltung findet um 20 Uhr im der KTS (Baslerstr. 103) statt. *Info: iz3w, Tel.: 0761/74003*

► Am 13. und 14.3.1999 veranstalten das Gen-ethisches Netzwerk.e.V. und das Feministische Gesundheitszentrum (FFGZ) Berlin die Tagung **»Optimierung« der Fortpflanzung? Politisch-ethische Aspekte der Reproduktionstechnologien.** Diskutiert werden sollen u.a. die Auswirkungen der technisierten Zeugung auf Frauen sowie Reproduktionstechnologien im interkulturellen Kontext. *Gen-ethisches Netzwerk e.V., Gabriele Pichlhofer, Schoeneweiderstr.3, 12055 Berlin, Tel.: 030/6857073, Fax: 030/6841183, e-mail: GeNBerlin@aol.com*

► Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

► Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur unterstützt die Reihe »kein mensch ist illegal«.

Vorschau: **iz3w Nr. 236**
Schwerpunkt: »Kölner Krisengipfel«

► »Gipfelstürmer« zieht es im Juni nach Köln, wenn dort zunächst der Europäische Rat und wenig später die G8, die sieben ökonomisch führenden Staaten und Rußland, zusammenkommen. Insofern schließt sich der kommende Themenschwerpunkt nahtlos an den vorliegenden an. Geht es hier zunächst um die Analyse der Krisen, so sollen in der nächsten Ausgabe das Krisen-Management und die verwaltenden Organisationen sowie die Perspektiven des Internationalismus Thema in der iz3w sein.

Impressum

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
► Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Irene Dause, Corinna Gerhard, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Robert Niedworok, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Jörg Zinn.

Copyright:
► bei der Redaktion und den AutorInnen

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
► Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 236:
► (Druckfertige Vorlagen) 1.3.1999

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733